

1.1NEU2 Im Zentrum unserer Politik: Nachhaltige Entwicklung

Gremium: landesvorstand

Beschlussdatum: 22.10.2018

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

- 1 Braunkohleverstromung, industrialisierte Landwirtschaft, Individualverkehr mit fossilen Treibstoffen: Wir
- 2 verbrauchen Ressourcen und belasten unsere Atmosphäre, als ob es kein Morgen gäbe. Klimakrise, Verlust
- 3 der Artenvielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sind Folgen und zugleich zentrale Herausforderungen an
- 4 jegliche Politik, gleichermaßen weltweit wie in Brandenburg.
- 5 Die Alternative heißt Nachhaltige Entwicklung, heißt Wirtschaften im Einklang mit der Natur, Denken und
- 6 Handeln in Kreisläufen und bedeutet auch, die soziale Dimension wirtschaftlicher Tätigkeit als
- 7 unabdingbare Voraussetzung unseres Wohlstandes anzuerkennen. Ökonomie, Ökologie und Soziales
- 8 bedingen einander. Ökologisches Fehlverhalten ist gleichzeitig ökonomisches und soziales Fehlverhalten.
- 9 Denn die Schäden, die durch das herkömmliche Wirtschaften an unseren Lebensgrundlagen verursacht
- 10 werden, werfen Kosten auf, die früher oder später beglichen werden müssen und dies oft zuerst durch die
- 11 wirtschaftlich Schwachen.
- 12 Wir werden die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden
- 13 verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von
- 14 rot-rot abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat setzen wir wieder ein und machen ihn zum zentralen
- 15 Beratungsorgan. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien möchten wir auf
- 16 Staatssekretärebene in der Staatskanzlei verankern. Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen.
- 17 Wir wollen weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP)
- 18 gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem
- 19 Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der
- 20 Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an
- 21 den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch
- 22 Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher
- 23 Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt. Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan
- 24 oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie
- 25 widersprechen. Mit uns wird Brandenburg zum Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung unter den
- 26 Bundesländern.

1.2NEU2 Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

5 Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere
6 Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für die Landwirt*innen hervorbringt,
7 unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit den Tieren umgeht. Die Voraussetzungen dafür sind sehr
8 gemischt: Einerseits machen sich viele Betriebe auf den Weg, gibt es exzellente Agrarforschung, fragen
9 Brandenburger und Berliner Verbraucher*innen immer mehr ökologisch, regional und tiergerecht erzeugte
10 Produkte nach.

11 Andererseits haben vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen
12 zur sogenannten „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchstertragskonzeption eine Landwirtschaft
13 hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Bodens zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach
14 hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden
15 nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird
16 durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der
17 offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge der Klimaerhitzung zunehmenden
18 Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land kaum vorbereitet. Auch nimmt sie ihre Verantwortung bei
19 der Reduzierung von Klimagasen nicht ausreichend wahr.

20 Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit 1990 Verteidigung der konventionell
21 wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen Massentierhaltung. Der Ausbau des
22 Ökolandbaus stagniert seit Jahren, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Höchste Zeit für eine
23 zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden
24 Generationen orientiert! Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer ökologischer orientierten
25 Verteilung der Subventionen wollen wir Landwirt*innen und Verbraucher*innen einander näher bringen.
26 Den Landwirt*innen wollen wir tragfähige Perspektiven in der regionalen und ökologischen Vermarktung
27 eröffnen, denn wir brauchen sie sowohl als Akteure für eine nachhaltige Landwirtschaft, als auch als
28 Impulsgeber*innen für die regionale Entwicklung.

29 **Ökologische Landwirtschaft voranbringen**

30 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
31 Hauptursachen für das Artensterben. Wir streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne
32 Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm
33 wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren: Als ersten Schritt wollen wir den Einsatz von
34 Glyphosat auf Landesflächen verbieten. Wir wollen Beratung und Förderung für Alternativen beim
35 Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden
36 ganz ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von
37 blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische
38 Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer
39 industriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.

40 Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen,
41 ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der
42 Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten,
43 klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf
44 das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die
45 Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft konzentrieren. Die Vorschläge der
46 EU-Kommission zu reduzierten Flächenprämien ab 60.000 Euro pro Betrieb und zur Einführung

47 betriebsbezogener Obergrenzen von 100.000 Euro bei den Direktzahlungen unterstützen wir.
48 Landwirtschaftsunternehmen müssen von ihren Erträgen leben können, deshalb streben wir langfristig
49 eine Abschaffung der heutigen Flächenprämien an.

50 Die Möglichkeiten zur Junglandwirteförderung wollen wir vollständig nutzen und auf alle
51 Neugründer*innen unabhängig vom Alter ausweiten. Die Liberalisierung der Agrarmarktpolitik und die
52 Fixierung auf den Weltmarkt haben die wirtschaftliche Situation der Landwirt*innen eher verschlechtert
53 als verbessert. Wir wollen daher Maßnahmen ergreifen, um regionale Qualitätsmärkte zu erschließen und
54 die Stellung der Landwirt*innen in der Wertschöpfungskette zu verbessern. Zudem muss die sogenannte
55 gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet
56 werden: Sie soll unter anderem Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und
57 dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.

58 Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen
59 eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von
60 landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen. Das klare
61 Urteil des europäischen Gerichtshofs, dass auch die sogenannte "Genschere" und andere neue
62 Gentechnikmethoden unter das bestehende Gentechnikrecht fallen, begrüßen wir ausdrücklich. Nur so
63 können das Vorsorgeprinzip umgesetzt und die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen
64 garantiert werden. Versuchen, das Gentechnikrecht abzuschwächen, werden wir entschieden
65 entgegnetreten. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung
66 von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und
67 Tiere ein.

68 **Grünes Klima für Gründung und Hofnachfolge schaffen**

69
70 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
71 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
72 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
73 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
74 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
75 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
76 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
77 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen.

78
79 Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Die Art der Bodenprivatisierung durch die
80 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befördert die Preistreiberei für landwirtschaftliche
81 Flächen und deren Konzentration in immer größeren Betrieben und steht so einer regional verankerten
82 bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und
83 sozial-ökologische zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung
84 aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigenen
85 Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der
86 Vergabe-Regeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen
87 einfordern. Wir wollen mit den Verbänden ein Agrarstrukturgesetz erarbeiten, um den Erwerb von
88 landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche
89 Investoren zu erschweren und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu
90 verbessern. Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen. Die in den 90er
91 Jahren vom Land enteigneten Neusiedlerflächen wollen wir an deren Erben zurückgeben.

92
93 Als Teil unserer Wirtschafts- und Agrarpolitik wollen wir in Brandenburg die Anzahl verarbeitender Betriebe
94 wie Molkereien, Saftpressen und Getreidemöhlen erhöhen, damit möglichst viele Produkte unmittelbar in
95 der Region weiterverarbeitet werden können. Auf diese Weise wollen wir Transportwege in den

96 Handelsketten verkürzen, regionale Vermarktung fördern und gut bezahlte Arbeitsplätze nach Brandenburg
97 holen.

98 **Massentierhaltung stoppen**

99 Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in
100 Kastenstandshaltung eingepfercht, ein Huhn lebt in der Regel mit 24 Artgenossen auf nur einem
101 Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der industriellen Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die
102 ohnehin laxen Nutztierhaltungsverordnungen und erschweren ein effektives Vorgehen gegen Missstände. Sie
103 führt systembedingt zu einem enormen Verbrauch von Antibiotika, was die Bildung multiresistenter
104 Keime befördert und letztlich auch die Wirksamkeit von Antibiotika in der Humanmedizin gefährdet.
105 Außerdem sind durch die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner*innen von verunreinigter und
106 teilweise kontaminierter Abluft betroffen. Zudem konzentriert sie die Umweltbelastung rund um die
107 Megaställe. Dort fallen durch industrielle Massentierhaltung riesige Mengen an Tierkot an, die unser
108 Grundwasser immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von
109 Futtermitteln aus Soja-, Palmöl- und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für
110 Mensch und Umwelt in den Herkunftsländern. Unser Export von subventionierten landwirtschaftlichen
111 Erzeugnissen zu Dumpingpreisen zerstört zugleich lokale Märkte in Afrika und Asien und trägt zum Hunger
112 in der Welt bei.

113 Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch,
114 sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro,
115 flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt. Dies gilt im Übrigen
116 auch für Schlachthöfe. Erst durch den gemeinsamen Druck durch die lokale Bürgerinitiative und uns
117 musste der Wiesenhof-Schlachthof in Königs Wusterhausen die Schlachtungen auf das genehmigte Maß
118 zurückschrauben. Die Menschen in Brandenburg haben mit dem erfolgreichen Volksbegehren gegen
119 Massentierhaltung Anfang 2016 mit 104.000 Unterschriften deutlich gezeigt, dass sie eine andere
120 Tierhaltung in Brandenburg wollen. Der hieraus resultierende Kompromissbeschluss des Landtags hat
121 einige Forderungen des Volksbegehrens aufgegriffen, ohne jedoch eine Neuausrichtung der
122 Landwirtschaftspolitik erreichen zu können. Für uns sind die Forderungen des Volksbegehrens und die
123 Umsetzung des Tierschutzplans eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen
124 Landwirtschaftspolitik.

125 Um die Massentierhaltung zu überwinden wollen wir in Brandenburg alle uns zur Verfügung stehenden
126 Instrumente nutzen. Dazu gehören unter anderem die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts
127 und der Brandenburgischen Bauordnung für mehr Brandschutz. Um Tierschutzverletzungen schon früh zu
128 verhindern wollen wir den Tierschutzverbänden ein Kontrollrecht gegenüber den Genehmigungsbehörden
129 einräumen (Verbandsklagerecht). So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur
130 Geltung zu bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Wir wollen zudem deutlich mehr
131 Tierschutzkontrollen. Bisher werden Tierhaltungsbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt nur alle 16,5
132 Jahre kontrolliert, mit Ankündigung und nur in Teilbereichen. Auch bei Tiertransporten wollen wir mehr
133 Kontrolle. Nur 0,4 Prozent der Tierschutzkontrollen bei Tiertransporten finden auf der Straße statt. Doch
134 alle gesetzlichen Vorschriften sind nur hohle Worte, wenn Sie in der Realität nicht durchgesetzt werden.
135 Dafür wollen wir die Kontrollen deutlich ausweiten und Tiertransporte in Länder außerhalb der EU
136 solange aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden kann. Wir lehnen
137 aber auch Tiertransporte innerhalb der EU ab, bei denen lebende Tiere auf langen Strecken zu
138 Megaschlachtfabriken transportiert werden.

139 Vor allem aber wollen die Alternativen zur industriellen Massentierhaltung voranbringen: Mit einer
140 Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung sollen nur noch Betriebe gefördert werden, die
141 umweltverträglich und nach strengen Tierschutzstandards arbeiten. Wir wollen die Freilandhaltung
142 insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen fördern. Hier wollen wir die
143 Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen. Damit Tiere
144 möglichst wenig leiden und der Transport begrenzt wird, wollen wir die mobile Schlachtung als Alternative

145 voranbringen. Die extensive Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten Haustierrassen
146 trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert den
147 touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur gesundes Fleisch, sondern stärken
148 zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.

149 Klar ist aber auch: Die industrielle Massentierhaltung kann nicht von Brandenburg allein überwunden
150 werden. Bundesweit setzen wir uns dafür ein, flächengebundene Tierhaltung zur Regel zu machen: Nur
151 Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als
152 landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Als Zwischenschritt wollen wir absolute Tierzahlen-Obergrenzen
153 für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des
154 Deutschen Tierschutzbundes orientieren. Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden
155 Tierschutzrechtes und der EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht
156 länger an die Ställe angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden.
157 Das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln
158 beim Geflügel und das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der
159 Kastenstandshaltung für Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab.

160 **Wir retten die Bienen!**

161 Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung
162 unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre
163 Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von
164 Ackergiften und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und Insekten massiv bedroht,
165 gleiches gilt für die Honigbienenvölker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen schafft
166 eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen,
167 Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf Pestizide und
168 Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen Landwirtschaft.

169 Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern wollen wir
170 Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland, Obst-Baumreihen
171 und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser fördern. Den Einsatz
172 von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich reduzieren, um mittelfristig
173 komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf öffentlichen Flächen und
174 Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf Gebäuden der Landesverwaltung
175 und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern unterstützen und werden intensive
176 Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen. Das Neuimker*innen-Programm des Landes
177 wollen wir ausbauen.

178

179 **Brandenburgs Landwirtschaft für die Heiszeit wappnen**

180

181 Brandenburgs Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der besonders armen
182 Böden überdurchschnittlich heftig von der Klimaerhitzung betroffen. Die Extremwetterschden nehmen
183 jährlich zu, die Kompensationszahlungen aus dem Landeshaushalt haben in den letzten Jahren zweistellige
184 Millionenbeträge erreicht. Gleichzeitig gibt es kaum Landesmittel und Beratung zur Klimaanpassung,
185 ebensowenig zur Reduzierung von Klimagasen. Wir wollen ein umfassendes Klimafitnessprogramm für die
186 Brandenburger Landwirtschaft auflegen und viele Maßnahmen wie ökologischen Landbau,
187 Humusaufbauprojekte, Gewässerrandstreifen, Heckenpflanzungen, Bewsserungstechniken oder Weinbau
188 bündeln und mit großen Schritten voranbringen.

1.3NEU3 Natürlich regional: Ernährung und Verbraucherschutz

Antragsteller*in: Petra Budke (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

33 **Ökologische und regionale Lebensmittel auf den Tisch**

34 Äpfel aus dem eigenen Garten, Gemüse vom Bauern nebenan, immer mehr Brandenburger*innen suchen
35 nach Alternativen zu Massentierhaltung, Fast Food und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen
36 großen Teil des Brandenburger und Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze
37 Transportwege zu decken. Ökologische und soziale Standards und mehr Transparenz schützen
38 Verbraucher*innen und ermöglichen einen bewussteren Konsum. Gentechnik und Ackergifte haben auf
39 unseren Tellern nichts zu suchen. In öffentlichen Einrichtungen, Kitas, Schulen, Kantinen, Mensen,
40 Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Verwaltung wollen wir den Anteil an regionalen und ökologischen
41 Lebensmitteln deutlich steigern. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer
42 Angebote.

43 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Märkte und Existenzgründer*inneninitiativen eröffnen neue
44 Perspektiven. Menschen gehen neue Wege, um Einfluss auf die Produktion gesunder Lebensmittel zu
45 nehmen – und um den ländlichen Raum zu entfalten. Wir unterstützen solche neuen Formen der
46 Partnerschaft zwischen Verbraucher*innen und Erzeuger*innen und fördern diese
47 Wertschöpfungsplattformen mit Förderprogrammen und Beratung.

48 Klima- und Tierschutz beginnt auf dem Teller. Was wir essen, hat auch Einfluss darauf, was in anderen
49 Teilen der Welt passiert. Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem,
50 wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja
51 und Mais, werden durch unser Essverhalten mitverursacht.

52 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen Tonnen mit einem Gegenwert von
53 22 Milliarden EUR werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und
54 Verbrauch ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
55 Lebensmittelverschwendung initiieren, mit dem Ziel einer bundesweiten Regelung in Supermärkten und
56 entlang der Lebensmittelketten.

57 **Verbraucher*innen besser schützen**

58 Verbraucher*innen möchten wissen, was sie konsumieren. Bewusste Konsumententscheidungen setzen
59 Information und Transparenz voraus. Die Verbraucherzentralen leisten einen wichtigen Beitrag zur
60 Information und Beratung. Wir wollen alle Standorte der Verbraucherzentralen sichern und finanziell
61 besser ausstatten. Die derzeit zur Verfügung gestellten sechzig Cent pro Einwohner*in und Jahr wollen wir
62 auf einen Euro erhöhen.

63 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache gesetzliche Kennzeichnungspflicht für alle
64 Nahrungsmittel gibt. Bei tierischen Produkten wie Fleisch und Milch muss klar sein, aus welchen
65 Haltungsbedingungen sie stammen. Die Kennzeichnung bei Eiern hat gezeigt wie es geht und zum
66 schnellen Ende der Käfighaltung beigetragen. Für die in Brandenburg produzierten Produkte wollen wir
67 eine Regionalkennzeichnung mit hohen Qualitätsstandards voranbringen.

68 Die Hygienequalität in Restaurants und Lebensmittelbetrieben wollen wir nach dem Vorbild Dänemarks
69 mit einer Hygieneampel verbessern. Mit den Farben Rot, Gelb und Grün im Eingangsbereich von Betrieben
70 und auf den betriebseigenen Homepages sollen die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen transparent
71 dargestellt werden. Das schafft Klarheit für die Verbraucher*innen und belohnt diejenigen Betriebe, die
72 sich um die Einhaltung hoher Standards bemühen.

73 **Schluss mit der Plastikflut**

74 Die Gurke in Plastikfolie, die kleinen Schokoriegel gleich doppelt in Plaste verpackt, Plastik Kaffeekapseln,
75 jede*r Brandenburger*in produziert fast 40 kg Plastikmüll im Jahr. Weltweit landen acht Millionen Tonnen
76 Plastikmüll jedes Jahr in unseren Ozeanen, gefährden unser Öko-System und töten Fische und Vögel.
77 Mikroplastik ist selbst im Brandenburger Anglerverband inzwischen Thema.

78
79 Wir wollen Müll vermeiden, wo es nur geht und einen Aktionsplan ins Leben rufen, um die
80 Plastikverschwendung wirkungsvoll zu bekämpfen. Dazu gehört die Einführung von Mehrwegsystemen wie
81 es einige Kommunen zum Beispiel bei Kaffee-to-go-Bechern schon praktizieren und die Unterstützung von
82 plastikfreien Kommunen als Modellprojekt, die Förderung von Repair-Cafés und Gebrauchsgüterläden nach
83 belgischem Vorbild, die Stärkung des Recyclingsystems. In der Landesverwaltung wollen wir mit gutem
84 Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir umbauen, um mehr Unternehmen
85 beim Ressourcenschutz zu unterstützen.

86 Das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAGV) braucht genügend Personal
87 und eine strenge Aufsicht für seinen verantwortungsvollen Aufgabenbereich. Skandale wie der
88 unkontrollierte Handel mit gestohlenen und möglicherweise unwirksamen Medikamenten dürfen sich
89 nicht wiederholen. Die Lebensmittelüberwachung wollen wir finanziell und personell besser ausstatten,
90 einen jährlichen Lagebericht im Landtag einführen und den Verbraucherschutz als Forschungsgebiet in
91 Brandenburg etablieren.

92 Verbraucher*innenbildung in Kita und Schule ist die Basis für ein kluges Verbraucher*innenverhalten. Das
93 wollen wir auch zum Bestandteil der Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen machen.

94 Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden,
95 damit Verbraucher*innen gut geschützt sind, egal ob sie online oder offline einkaufen.

1.4NEU2 Schützen, was uns am Leben hält: Umwelt- und Naturschutz

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

49 Wir wollen an die Politik der ersten Jahre unseres Bundeslandes nach 1990 anknüpfen und wieder zum
50 bundesweit beachteten Vorbild einer natur- und umweltverträglichen Regionalentwicklung werden. Die
51 Lebensraumverluste und den damit verbundenen gravierenden Schwund der Artenvielfalt wollen wir
52 stoppen. Industrialisierte konventionelle Landwirtschaft, Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
53 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, Aushöhlung der Naturschutzgesetze,
54 Vernachlässigung von Schutzgebieten, Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu
55 Lasten der Allgemeinheit – dem Rückbau des Naturschutzes durch Rot-Rot setzen wir unser grünes
56 Konzept entgegen.

57 Wir wollen den Personalabbau in der Landes-Naturschutzverwaltung umkehren. Den Naturschutz im
58 Geschäftsbereich des Umweltministeriums wollen wir personell so aufstellen, dass die Behörden den
59 gewachsenen Anforderungen aufgrund von EU-Richtlinien und anderen gesetzlichen Grundlagen gerecht
60 werden können. Die Biosphärenreservate und Naturparke wollen wir zu Modellregionen für eine
61 nachhaltige Landnutzung und Naturtourismus entwickeln. Unsere Wälder wollen wir komplett ökologisch
62 bewirtschaften, unsere Seen und Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen und der
63 Artenvielfalt den Schutz besorgen, den sie benötigt. Illegale Müllablagerungen wollen wir systematisch
64 beseitigen.

66 **Unser Countdown für mehr Naturschutz**

67 In den nächsten fünf Jahren wollen wir unter anderem:

- 68 - 100 % des Landeswaldes nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren lassen
- 69 - 20 % der Landwirtschaftsfläche pestizidfrei machen - durch ökologische Landwirtschaft (bisher 11%)
- 70 - 10 % der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z. B. Hecken, durchgängige Bachläufe,
71 Wanderungskorridore für bedrohte Arten und als grüne Adern in der Landschaft);
- 72 - 2 % der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen;
- 73 - 1 % der Waldflächen rechtssicher als Naturwaldzellen ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung
74 (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel) reservieren.
- 75 - 0 % Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft

76 **Brandenburger Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit entwickeln**

77 Brandenburg hatte 1990 das im Einigungsvertrag festgeschriebene Erbe des Nationalparkprogramms
78 angetreten und dieses „Tafelsilber der Deutschen Einheit“ in den ersten Legislaturperioden zu einem
79 bundesweit vorbildlichen Großschutzgebietssystem aus dem Nationalpark Unteres Odertal, 3
80 Biosphärenreservaten und 11 Naturparks entwickelt. Der so geschützte Naturreichtum ist seither auch
81 die Basis des touristischen Erfolgs des Landes.

82
83 Allerdings wurde ab 2003 schrittweise mit dem Abbau der zuständigen Verwaltungen und der Naturwacht
84 begonnen. Zuletzt wurde im April 2018 die Abteilung Großschutzgebiete im Landesamt für Umwelt
85 aufgelöst und die zentrale Koordinierung abgeschafft. Die Stellenausstattung der Biosphärenreservate
86 wurde halbiert. Damit können auch immer weniger Drittmittel aus Naturschutzprogrammen in die
87 Regionen geholt werden. Hinzu kommt der massive Abbau der Naturwacht. Die Sparmaßnahmen haben
88 dazu geführt, dass besonders in den größeren Schutzgebieten die Naturwacht kaum noch in der Fläche

89 präsent ist.

90 Unser Ziel ist es Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
91 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
92 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
93 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
94 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
95 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
96 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
97 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
98 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
99 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass die Stellen der
100 Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität der jeweiligen
101 Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete sind wieder in einer organisatorischen
102 Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich Umwelt/Landwirtschaft zusammen
103 zu führen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programm zur gezielten nachhaltigen
104 Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum in Brandenburg
105 und Berlin (EPLR)“ aus.

106 **Wald und Forstwirtschaft nachhaltiger gestalten**

107 Mit einem Anteil von 37 Prozent an der Gesamtfläche des Landes, bieten die Wälder Brandenburgs ein
108 einzigartiges ökologisches Potential. Doch leider sind diese wenig vielfältig. Fast drei Viertel des
109 Waldbildes werden von der Kiefer dominiert - zum größten Teil in Form von eintönigen und instabilen
110 Monokulturen. In Zeiten des Klimawandels wird die Anfälligkeit dieser künstlichen Forsten leider allzu
111 deutlich. Waldbrände haben zuletzt ein dramatisches Ausmaß angenommen, die Massenvermehrungen von
112 Schadinsekten wird weiter begünstigt, zu wenig Grundwasser neu gebildet und Sturmschäden sind immens
113 hoch. Wenn sich klimatische Extreme häufen, wird der Umgang mit dem Wald in Zukunft von noch größerer
114 Bedeutung sein.

115 Wir setzen uns daher für einen Waldumbau hin zu einem artenreichen Mischwald ein, der diese
116 Problematiken lindert, einen Beitrag zur Artenvielfalt leistet und gleichzeitig die Attraktivität der Wälder
117 für die Naherholung steigert. Unter Laubbäumen wird mehr Grundwasser, frei von Belastungen aus der
118 Landwirtschaft, neu gebildet. Für das Vorantreiben einer ambitionierten Waldumbau-Strategie der
119 Landesforstverwaltung in privaten und öffentlichen Forsten wollen wir die notwendigen Mittel
120 bereitstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Landesbetrieb Forst handlungsfähig bleibt und nicht weiter
121 kaputtgespart wird.

122 Dabei muss der Landeswald zum Vorbild für die von uns geforderte nachhaltige Entwicklung werden und
123 vollständig FSC-Siegel zertifiziert (Forest Stewardship Council für nachhaltige Forstwirtschaft) werden. Wir
124 wollen die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften
125 der ehemaligen Sowjettruppen dem Landesbetrieb Forst übertragen. Weiterhin wollen wir das Jagdrecht
126 novellieren, die Zahl der jagbaren Arten deutlich reduzieren und dabei die Jagd auf Vögel beenden. Ziel der
127 Jagd muss eine effektive Begrenzung der Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild sein,
128 um Fraßschäden zu verringern und eine natürliche Erneuerung des Waldes zu ermöglichen. Die
129 Mindestanforderungen an die sogenannte gute fachliche Praxis in der Forstwirtschaft wollen wir im
130 Landeswaldgesetz verankern. Fördermittel sollen nur noch für über die in diesem Gesetz formulierten
131 Mindestansprüche hinausgehenden Leistungen ausgereicht werden. Zusammenschlüsse von
132 Kleinwaldbesitzern in Form von Forstbetriebsgemeinschaften begrüßen wir, sie sollen durch
133 kostengünstige Beratung unterstützt werden. Im Landeswaldgesetz wollen wir zudem eine differenzierte
134 Bewirtschaftung von Kleinwaldflächen in dicht besiedelten Gemeinden festlegen und klare
135 Verfahrensregeln zur Anlage und Sicherung von Schutz- und Erholungswäldern definieren.

136

137 **Den Baum im Dorf lassen und Alleen schützen**

138 Landschafts-, dorf- und stadtbildprägende Einzelbäume und Baumreihen dürfen nicht verloren gehen - wir

139 wollen sie gesetzlich besonders schützen. Alleebäume, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt
140 werden mussten, sollen im Verhältnis 2:1 innerhalb eines Jahres nach der Fällung neu gepflanzt werden.
141 Den derzeit geschrumpften Bestand an Alleebäumen möchten wir nicht nur erhalten sondern damit weiter
142 ausbauen. Wir wollen auch wieder eine landesweit gültige Baumschutzsatzung etablieren.

143 **Unsere Seen, Flüsse und Bäche in einen guten ökologischen Zustand bringen**

144 Von den 190 Brandenburger Seen mit einer Wasserfläche von mehr als 50ha sind nur 24 in einem guten
145 oder sehr guten ökologischen Zustand. Der überwiegende Teil weist hingegen eine mäßige bis schlechte
146 Qualität auf. Um die Seen vor weiteren Verunreinigungen vor allem durch Pestizide und Dünger zu
147 schützen, wollen wir an allen Gewässern Randstreifen mit einer Breite von zehn Metern festlegen. Diese
148 schützen nicht nur das Wasser unserer Seen und Flüsse vor Giften und Dünger, sondern helfen auch die
149 Artenvielfalt zu erhalten und die Landschaft zu verschönern. Viele Seen in Brandenburg sind von einem
150 sinkenden Wasserspiegel betroffen. In der Lausitz geht dies auf die Entwässerungsmaßnahmen der
151 Tagebaubetreiber zurück. Auf unseren Druck hin wurden die Tagebaubetreiber zu Ausgleichseinleitungen
152 an einigen Seen verpflichtet. Wir kämpfen für weitere Maßnahmen gegen den Wasserverlust.

153 Es gibt besorgniserregende Ausbaupläne für mehrere Brandenburger Flüsse. Für die Oder wird unter dem
154 Deckmantel der Sicherstellung einer Mindesttiefe für Eisbrecherfahrten zum Hochwasserschutz ein
155 massiver Ausbau vorangetrieben. An der Elbe wird trotz eines Ausbaustopps, den BÜNDNIS 90/DIE
156 GRÜNEN auf der Bundesebene 2002 durchgesetzt haben, seit über zehn Jahren kontinuierlich gebaut.
157 Deren Ziel ist es, eine nahezu ganzjährige Fahrtiefe von 1,60 Meter zwischen Geesthacht und Dresden zu
158 gewährleisten. Doch die damit verbundenen großen Hoffnungen für die Güterschifffahrt haben sich nicht
159 erfüllt, die Befestigungsmaßnahmen an den Ufern und die Einbringung von Buhnen führen lediglich zu
160 einer stärkeren Strömung und der voranschreitenden Erosion des Flussbetts. Damit trocknen die Flussauen
161 bei mittleren und niedrigen Wasserständen aus und wertvolle Feuchtwiesen gehen verloren, Auwälder
162 werden beeinträchtigt. Solche Entwässerungs-tendenzen werden an allen ausgebauten und begradigten
163 Flüssen beobachtet.

164 Wir wollen in den nächsten fünf Jahren unsere Flüsse entsprechend der Europäischen
165 Wasserrahmenrichtlinie in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren
166 Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür möchten wir den
167 Flüssen zunächst ausreichend Raum geben und zusätzliche Überschwemmungsgebiete ausweisen. Diese
168 sollen nicht weiter für Ackerbau und Neubau zur Verfügung stehen, stattdessen wollen wir hier extensive
169 Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir reaktivieren und wieder an die
170 natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise möchten wir der Elbe, der schwarzen Elster
171 und der Havel langfristig – so weit wie möglich – ihre natürlichen Formen zurückgeben. Wir werden keinen
172 weiteren den Ausbau unserer Flüsse zulassen. Oder und Elbe müssen als freifließende Flüsse ohne
173 (weitere) Staustufen erhalten bleiben. Damit begegnen wir auch den zunehmenden
174 Extremwetterereignissen, wie z.B. längere regenarme Zeiten, höhere Temperaturen und
175 Extremniederschläge: Bei Hochwasser gibt es schließlich mehr Raum für Retention und Versickerung, bei
176 Trockenheit wird so der Abfluss verlangsamt.

177 Die Folgen des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz schlagen sich seit ca. zehn Jahren in der Belastung der
178 Spree und vieler ihrer Zuflüsse mit Eisenhydroxid und Sulfat nieder. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid
179 verschlammt Ufer und Gewässersohle und vernichtet wichtige Lebensräume. Dieses stammt aus den
180 ehemaligen und aktiven Tagebaugebieten in Sachsen und Brandenburg und bedroht mit dem Spreewald
181 ein UNESCO-Biosphärenreservat mit FFH-Status (Fauna-Flora-Habitat EU-Richtlinie) und eine wichtige
182 Tourismusregion. Der steigende Sulfatgehalt des Spreewassers bedroht mittlerweile sogar die
183 Trinkwasserversorgung von Berlin und den Städten Frankfurt (Oder) und Lübbenau. Bisher sind keine
184 Vorkehrungen getroffen worden, um eine zusätzliche Belastung der Spree auszuschließen – eine sträfliche
185 Vernachlässigung unserer natürlichen Ressourcen.

186 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, legen wir einen
187 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vor. Für die

188 Braunkohletagebaue führen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat ein. Die Vorsperre Bühlow und
189 die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das
190 Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlamms in anderen
191 stehenden Gewässern lehnen wir ab. In Zusammenarbeit mit der lokalen Bürgerinitiative konnten wir die
192 Entsorgung Eisenhydroxidschlämme im Altdöberner See verhindern. Wir streben eine Deponierung oder
193 eine Wiedernutzung des darin enthaltenen Eisens an.

194 **Moore schützen - Moorböden erhalten**

195 Das Land Brandenburg gehört zu den vier moorreichsten Bundesländern im Norddeutschen Tiefland und
196 trägt damit eine besondere Verantwortung für den Schutz der Moore. Die Moorböden müssen ihrer
197 Funktion als Wasser-, Nährstoff- und Kohlenstoffspeicher in der Landschaft gerecht werden können. Dazu
198 wollen wir das Moorschutzprogramm aufgreifen und zu einer fundierten brandenburgischen
199 Moorschutzstrategie für umfassenden Moorschutz weiterentwickeln.

200 Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Moorböden
201 an den ökologischen und Klimaschutzzielen ausgerichtet wird. Dazu wollen wir moorschonende und
202 moorerhaltende Bewirtschaftungsweisen mit geländenahen Wasserständen fördern. Hierfür wollen wir
203 sowohl die Entwicklung und den Einsatz standortangepasster Grünlandtechnik, als auch
204 Verwertungsketten von Biomasse aus nassem Moor prioritär unterstützen und fördern.

205 Torfwachstum zur Speicherung von Wasser- Nährstoffen und CO₂ wollen wir durch den Schutz der noch
206 vorhandenen naturnahen Moore und die Wiedervernässung von entwässerten Moore aktiv fördern.
207 Degradierete Moorflächen, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind, sollen – wenn dies fachlich vertretbar
208 und technisch möglich ist – wieder vernässt werden. Dazu wollen wir spezielle Projekte fördern.

209 **Artenvielfalt retten!**

210 Brandenburg bietet vielen seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Um die seltenen
211 und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, wollen wir das Maßnahmenprogramm „Biologische
212 Vielfalt“ zu einer echten Strategie weiterentwickeln, insbesondere ist ein Umsteuern in der Landnutzung
213 dafür zwingend erforderlich. Das Artensterben hat mittlerweile sehr viele unserer für Brandenburg
214 typischen heimischen Arten erreicht. Viele Arten auf der Roten Liste haben ihren Lebensraum in unserer
215 Kulturlandschaft. In riesigen Maisschlägen oder anderen intensiven Monokulturen finden sie keine
216 Lebensräume mehr. Arten die früher sehr häufig waren oder deren Bestände sich nach der Wende deutlich
217 erholt hatten wie Feldlerche, Kiebitz und Rotbauchunke sind seit jüngster Zeit wieder selten geworden
218 oder akut bedroht. Viele dieser Arten sind auch Indikatoren für die Qualität unserer Umwelt, ihr
219 Verschwinden sollte uns zu denken geben. Wenn wir ihnen effektiv helfen wollen müssen wir nicht nur
220 weitere Schutzgebiete einrichten, sondern insbesondere die Landnutzung umweltverträglicher gestalten.
221 Bei der Straßenpflege wollen wir erreichen, dass die Straßenrandflächen landesweit im Sinne des
222 Artenschutzes nicht mehr mit Pestiziden behandelt und die Mähzeiten entsprechend berücksichtigt
223 werden (Blühwiesen).

224 Wir werden Konflikte mit Arten wie Wolf, Biber und Kormoran, die es geschafft haben erfolgreich nach
225 Brandenburg zurück zu kehren, weder ignorieren noch populistisch ausschlichten. Wir werden mögliche
226 Konflikte, die mit Landnutzer*innen entstehen, ernst nehmen und Interessen verantwortungsvoll abwägen.
227 Dabei werden wir weder zulassen, dass geschützte Arten wieder verfolgt und ausgerottet werden noch das
228 Landnutzer*innen um ihre Existenz fürchten müssen. Das gilt insbesondere für den Wolf, der die
229 Weidetierhaltung in Brandenburg vor große Herausforderungen stellt. Hier setzen wir auf eine bessere
230 Ausstattung der Behörden für eine intensive fachlich fundierte Aufklärungsarbeit und die
231 Weiterentwicklung der bundesweit vorbildlichen Wolfsverordnung. Herdenschutzmaßnahmen wollen wir
232 zu 100 Prozent finanzieren und weitere Maßnahmen wie Vergrämung konsequent fortentwickeln. Dabei
233 stehen wir zum Grundsatz: In letzter Konsequenz müssen Wölfe, die Menschen gefährlich geworden sind
234 oder trotz Herdenschutzmaßnahmen wiederholt Weidetiere gerissen haben, entnommen werden. Die
235 Verordnung muss jedoch deutlich praxistauglicher gestaltet werden. Für vom Wolf gerissene Tiere wollen

236 wir unbürokratisch entschädigen. Die Ehrenamtlichen Wolfsbeauftragten der Landkreise, die u.a.
237 Anlaufstellen für die Anliegen der Bürger im Umgang mit Wölfen sind, wollen wir in ihrer Position
238 stärken.

239 Wir wollen der Bildung für den nachhaltigen Schutz unserer Lebensgrundlagen einen zentralen
240 Stellenwert einräumen. Umweltbildung muss in den Kitas und Schulen beginnen und auch die Bürger mit
241 berücksichtigen. Wir wollen alle Menschen stärker für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen
242 Lebensgrundlagen sensibilisieren. Parallel dazu muss das Brandenburger Biotopverbund-Konzept rasch
243 umgesetzt werden. Wir wollen zehn Prozent der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z.
244 B. Hecken, durchgängige Bachläufe, Wanderungskorridore für Reptilien und Amphibien) und zwei Prozent
245 der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen; indem
246 v.a. alte Waldbestände des Landeswaldes sowie rekultivierte Bergbaufolgelandschaften ihrer natürlichen
247 Entwicklung überlassen werden. Ein Prozent der Waldflächen wollen wir rechtssicher als Naturwaldzellen
248 ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere für Waldinsekten, Waldvögel)
249 reservieren. Weiterhin treten wir dafür ein, dass der gesetzliche Biotopschutz ausgeweitet wird, damit die
250 Inseln der Artenvielfalt in unserer Landschaft wirksam geschützt werden.

251 **Illegale Müllberge beseitigen**

252 Skrupellose Müllhändler, die sich auf Kosten der Umwelt und der Steuerzahler*innen bereichern, richten
253 durch illegale Müllablagerungen enormen Schaden im Land an. Diese Art der Umweltkriminalität macht
254 über undurchsichtige Firmengeflechte Millionengewinne. Weit über 100 solcher illegalen Lager sind
255 inzwischen bekannt, allein 2017 kamen sechs neue hinzu. In den meisten Fällen ist die Gefährdungslage
256 unbekannt. An mehreren Standorten ist das Grundwasser nachweislich belastet.

257 Wir wollen detaillierte Untersuchungen aller illegalen Müllablagerungen, um anhand einer
258 Gefahrenabschätzung deren Beräumungen priorisieren zu können. Bestehende Müllunternehmen müssen
259 künftig strenger kontrolliert werden. Durch Änderung der Bundesgesetze wollen wir erreichen, dass
260 unzuverlässige Unternehmen mit dubiosen Praktiken keine neuen Anlagen genehmigt bekommen. Vor der
261 Inbetriebnahme neuer Abfallanlagen sollen ausreichend hohe Sicherheitsleistungen von den Betreibern
262 hinterlegt werden, die notfalls für entstehende Entsorgungs- und Sanierungsmaßnahmen herangezogen
263 werden können. Wie wollen die Steuerzahler nicht für Altlasten aufkommen lassen müssen.

264 Langfristig ist die Vermeidung von Müll die beste Strategie gegen illegalen Müll. Wir setzen uns daher für
265 eine Wirtschaftsweise ein, die ressourcenschonend und in Kreisläufen arbeitet. Gerade die Vermüllung
266 unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan
267 gegen Plastemüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für Kaffeebecher,
268 Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und –besteck wollen wir
269 vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und
270 Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen
271 wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten
272 Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein
273 Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-Cafés und kommunalen
274 Gebrauchtwarenläden.

275 Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit
276 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für
277 Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren.
278 Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist
279 eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der
280 Europäische Union und bei den Vereinten Nationen brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote
281 für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

1.5NEU2 Dezentral, umweltverträglich und beteiligend: Ausbau der Erneuerbaren Energien

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

91 Die Umstellung auf erneuerbare Energien bringt viele Vorteile: Weniger Umweltschäden, eine höhere
92 regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von
93 Energielieferungen aus dem Ausland. Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf natürliche und saubere
94 Energien. Das wollen wir mit dem besten Verhältnis von Kosten und Ertrag umsetzen und plädieren dafür,
95 dass Energie sparsam verwendet und nah am Verbrauch produziert wird. Insbesondere Wind- und
96 Solarenergie wollen wir in Brandenburg umweltverträglich, dezentral und beteiligend ausbauen. Dafür
97 müssen die Netze entsprechend angepasst und die Netzkosten gerechter verteilt werden. Die
98 Umlagekosten für erneuerbare Energien im Strompreis werden sinken. Wir wollen zudem sicherstellen,
99 dass die regionale Wertschöpfung aus erneuerbarer Energieerzeugung steigt, damit die
100 Brandenburger*innen stärker von der Energiewende profitieren.

101 Energie bestimmt unser Leben auch bei der Versorgung mit Wärme und Mobilität. Die öffentliche Hand
102 kann im ganzen Land Vorreiter für den Umstieg auf Elektromobilität und die energieeffizientesten Gebäude
103 sein. Für Landesverwaltung und -behörden konnten wir den Landtag bereits von einem Umstieg auf 100
104 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien überzeugen und streben nun auch für die Wärme eine
105 Versorgung aus Erneuerbaren an. Brandenburg besitzt die Ideen, die Investoren und die Technologien, um
106 bei sparsamem Umgang mit Energie jedem einen hohen Lebensstandard bieten zu können.

107

108 **Erneuerbare Energien ausbauen**

109 Um unser Ziel zu realisieren, benötigen wir in Brandenburg v.a. den entschlossenen weiteren Ausbau der
110 Windenergie auf zwei Prozent der Landesfläche und eine Verdopplung der bisherigen Fotovoltaikleistung.
111 Somit könnte der erneuerbare Strom auch für Verkehr und die Beheizung von Gebäuden mittels
112 Wärmepumpe zur Verfügung stehen. Das Potential der Sonnenenergie wird bei weitem noch nicht
113 ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine
114 Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter*innen ein Anreizprogramm
115 auflegen. Die bisher kaum genutzte Erdwärme wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker
116 berücksichtigen. Sie bietet eine emissionsfreie, Tages- und Jahreszeit unabhängige Energiequelle mit wenig
117 Platzbedarf, die mit unterschiedlichen Temperaturen und Tiefenbereichen eine Vielzahl an
118 Nutzungsvarianten ermöglicht. Konflikte mit dem Denkmalschutz wollen wir pragmatisch lösen.

119 Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe
120 und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die
121 umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen Windenergieanlagen, als auch die Klärung
122 planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen und Kommunen sein. Aber für
123 uns ist auch klar: Akzeptanz für Windenergie kann nicht erkaufte werden, sondern benötigt einen
124 Mindestabstand von 1000 Metern zu bewohnten Gebieten und eine bessere Beteiligung und Teilhabe der
125 Anwohner*innen. Wir konnten bereits durchsetzen, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften besser
126 ausgestattet sind. Wir wollen sie weiter darin stärken, einen ausgewogenen Interessensausgleich
127 herstellen zu können.

128 Der Wunsch, Energie aus erneuerbaren Quellen preiswert erzeugen zu wollen, muss klare Grenzen haben.
129 Deshalb haben Windenergieanlagen in Naturschutz- Großschutz- und Vogelschutzgebieten nichts zu
130 suchen. In anderen Schutzgebieten wollen wir sie nur zulassen, wenn es mit den Schutzziele vereinbar ist.
131 Bei der energetischen Biogasnutzung wollen wir den Ausbau stoppen und den Anbau von Energiepflanzen
132 generell nachhaltiger gestalten. Wir wollen durch eine mindestens dreijährige Fruchtfolge der

133 zunehmenden „Vermaisung“ der Landschaft begegnen. Um die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft wieder
134 zu fördern, wollen wir mittel- bis langfristig den Ausstieg aus der Maisverwertung als Energieträger
135 einleiten. Nahrungsmittelproduktion und Reststoffverwertung müssen Vorrang vor der Erzeugung und
136 Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger haben.

137 Mit dem Ausbau der moorschonenden und moorerhaltenden Grünlandbewirtschaftung werden künftig
138 vermehrt Verwertungsmöglichkeiten für Biomasse aus nassen Mooren erforderlich werden. Wir wollen
139 Projekte unterstützen, die die Verwendung von Moor-Biomasse zur energetischen Verwertung entwickeln
140 und erproben. Beim Anbau schnell wachsender Hölzer in Agroforstsystemen und Kurzumtriebsplantagen
141 muss das Land Regelungen zur „guten fachlichen Praxis“ festlegen. Naturschutz und Energiewende müssen
142 Hand in Hand gehen. Bei der Abwägung von Standorten ist für uns die Schwere des Eingriffs in Natur und
143 Artenvielfalt entscheidend. Ein artenreicher Mischwald kann kein geeigneter Standort für
144 Windenergieanlagen sein. Ein artenarmer Kiefernstangenforst kann allerdings ein besserer Standort sein,
145 als eine artenreiche offene Landschaft. Dies gilt es stets im Einzelfall abzuwägen.

146 Die Energieerzeugung aus Wasserkraft steht im Land Brandenburg im Widerspruch zu den Vorgaben der
147 EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wie inzwischen mehrere Studien belegen, ist das Wasserdargebot in den
148 Brandenburger Flüssen und Bächen nicht rentabel zu nutzen, wenn die Anlagen mit funktionierenden
149 Fischwanderhilfen für den Auf- und Abstieg der Fische kombiniert werden sollen. Jede neue
150 Wasserkraftanlage stellt eine Verschlechterung für den Zustand des Gewässers dar. Deshalb soll es über
151 den Bestand hinaus keine neuen Wasserkraftanlagen im Land Brandenburg geben.

152 **Strom, Wärme und Mobilität vernetzen**

153 Die Erneuerbaren Energien erzeugen immer zuverlässiger und preiswerter Strom. Diese Entwicklung wird
154 sich fortsetzen. Wir wollen, dass erneuerbare Energie aus Brandenburg einen immer größeren Beitrag zur
155 Beheizung der Gebäude und zum Antrieb von Fahrzeugen leistet. Es ist bereits möglich, dass die
156 Brandenburger*innen ihre Zukunft zu 100 Prozent erneuerbar planen und genießen können. Diese
157 Entwicklung unterstützen wir Bündnisgrünen, wo es nur geht.

158 Zunächst fordern wir Investitionen in die Flexibilisierung der Nachfrage: So können Verbraucher*innen
159 Strom vermehrt zu den Zeiten nutzen, in denen er besonders günstig ist. Mit einem schrittweisen Umstieg
160 auf Elektromobilität, können neben Zügen und Straßenbahnen auch Busse und Autos mit erneuerbarer
161 Energie angetrieben werden. Brandenburg muss sich hier noch stärker für die effiziente Erzeugung und
162 Speicherung von Wärme und E-Gas aus Strom einsetzen, damit die drei Sektoren des Energieverbrauchs
163 intelligent verknüpft werden können. Dadurch kann sich in Brandenburg der Bedarf an Netzausbau und
164 Speichern deutlich verringern. Die dennoch notwendigen Investitionen schaffen Arbeitsplätze und
165 verbessern die Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Infrastruktur. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht
166 problematisch sind, wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

167 **Chancen der Energiewende für die Regionalwirtschaft nutzen**

168 Bei so viel Veränderung benötigt Brandenburg eine unabhängige Energieagentur, wie es sie bereits in
169 vielen anderen Bundesländern gibt. Sie muss den Bürger*innen und Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite
170 stehen. Die bestehende Energieabteilung in der Wirtschaftsförderung reicht dafür nicht aus. Gemeinden, in
171 denen Anlagen für Erneuerbare Energie errichtet werden sollen, benötigen mehr Unterstützung vom Land,
172 damit sie wirkliche Partner der Energiewende werden können. Die Wertschöpfung aus Wind- und
173 Solaranlagen muss dort verbleiben, wo die Energie erzeugt wird. Wir wollen mit einer frühzeitigeren
174 Beteiligung der Bürger*innen am Planungsprozess und mehr finanzieller Teilhabe von Stadtwerken,
175 Kommunen und Bürger*innen die ländlichen Regionen Brandenburgs deutlich stärker von den
176 Investitionen und Profiten aus dem Betrieb der Wind- und Solaranlagen profitieren lassen. Projekte zur
177 Energie in Bürgerhand sind uns wichtig und wollen wir mehr unterstützen.

178 Ebenso wollen wir den Weg für Brandenburger Bürger*innen und Unternehmen ebnen, die in erneuerbare
179 Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren und ihren selbst erzeugten Strom ohne viel Bürokratie
180 selber nutzen wollen. Jede(r) Verbraucher(in) – auch alle Mieter*innen – sollen ihren selbst erzeugten

181 Strom ohne bürokratische Auflagen und Abgaben nutzen können. Schließlich entrichten wir ja auch keine
182 Steuern auf die Äpfel aus dem eigenen Garten. Ebenso kämpfen wir für bundeseinheitliche Netzentgelte,
183 damit die Kosten für den Netzausbau fair verteilt werden.

184 **Erneuerbare Energien ermöglichen Braunkohleausstieg**

185 Nach fast 20 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz sind die Kosten für die erneuerbare Stromversorgung
186 unter die Kosten einer fossilen Energieversorgung gesunken. In Brandenburg stehen ca. 6.800 MW
187 Windenergie, ca. 3.379 MW Photovoltaik und ca. 420 MW Biomasse zur Verfügung. Es ist bereits gelungen,
188 deutschlandweit über 40 Prozent und in Brandenburg über 80 Prozent des Stromverbrauchs aus
189 erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Jedoch exportiert Brandenburg über die Hälfte des hier erzeugten
190 Stroms. Statt Braunkohlestrom zu exportieren, wollen wir den schrittweisen Kohleausstieg entschlossen
191 fortsetzen, um die hohen Treibhausgasemissionen aus der Braunkohleverstromung deutlich zu reduzieren.
192 Fracking, eine stark risikobehaftete Bohrmethode, bei der Millionen Liter Wasser mit Chemikalien wie
193 Bioziden, Säuren und Korrosionsschutzmittel versetzt werden, bei der diese Chemikalien und brennbares
194 Methan in Brunnenwasser gelangen können, lehnen wir grundsätzlich ab und wollen wir verbieten.

1.6NEU2 Aus alt mach neu: Kohleausstieg und Strukturwandel

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

108 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
109 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die
110 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
111 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
112 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
113 die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
114 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,
115 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

116 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel
117 beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs
118 extrem hohen CO₂-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO₂-Ausstoß aller
119 Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum kann weder Brandenburg noch Deutschland seine
120 beschlossenen Klimaziele realisieren.

121 Kohleausstieg als Einstieg in die Energiewende-Zukunft verstehen

122 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen
123 fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten.
124 Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in
125 den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan
126 mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und
127 wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in
128 Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend
129 auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen
130 unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber gar nicht im nötigen Umfang erbracht werden.
131 Zudem subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die
132 Entnahme von Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.

133

134 Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen

135 Die „Kohlekommission“ auf Bundesebene wurde mit Aufgaben überfrachtet. Ob bzw. wann und mit welchen
136 konkreten Festsetzungen der von ihr vorzulegende Kohleausstiegs-Fahrplan von Bundesregierung und
137 Bundestag beschlossen wird, ist noch offen. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass
138 es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf und auch die Verkleinerung genehmigter Tagebaue in
139 Betracht gezogen werden muss. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des
140 Tagebaus Welzow Süd II ein. Zudem wollen wir alles dafür tun, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle
141 verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd EUR allein für die
142 Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte
143 Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die
144 rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue
145 Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen.

146 Chancen nutzen, Risiken vermeiden

147 Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den
148 kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten

149 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
150 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
151 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere
152 Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die
153 menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für
154 immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und
155 Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an den Klimakrise schon jetzt Realität – und
156 sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue
157 Arbeitsplätze schaffen und weltweit nachgefragte Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

158 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft auch durch
159 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Die vielen qualifizierten und erfahrenen
160 Fachkräfte in gut bezahlten Industriearbeitsplätzen sind eine Stärke der Lausitz, gerade im Vergleich mit
161 anderen peripheren Regionen Brandenburgs. Wir wollen diese Strukturen nicht aufgeben - nicht nur, um die
162 Wirtschaftskraft der Lausitz zu erhalten, sondern auch um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen
163 Umstieg zu ermöglichen. Es ist wichtig für die Region, diese Fachkräfte nicht zu verlieren, sondern ihnen
164 vor Ort Entwicklungschancen zu bieten. Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie
165 Verfahrenstechniker*innen, Maschinenbauer*innen, Elektrotechniker*innen, Mechatroniker*innen usw. sind
166 nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen
167 Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen müssen entschlossen als
168 Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus dem Bereich der
169 Energiewende genutzt werden.

170 Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld,
171 sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher wir
172 damit beginnen und ein finales Datum definieren, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden.
173 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der
174 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
175 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
176 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
177 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

178 **Lausitz-Steuerungskreises einsetzen**

179 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
180 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region
181 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)
182 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

183 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

184 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
185 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).
186 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
187 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

188 **Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ einrichten**

189 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
190 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
191 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.
192 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 193 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 194 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und

- 195
- die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

196 **Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds) schaffen**

197 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
198 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
199 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 200
- strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,

201

 - Akquisition externer finanzieller Ressourcen,

202

 - Finanzierungsmechanismus Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.

203 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes,des
204 Bundes und der EU wirken.

205

206 **Lausitzstiftung gründen**

207

208 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des
209 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,
210 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu
211 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als
212 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über
213 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die
214 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.

1.7NEU2 Ziele setzen und erreichen: Mobilität

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

138 Die Strategien, die die Landesregierung in den letzten Jahren im Bereich der Mobilität vorgelegt hat, haben
139 nicht dazu beigetragen die Verkehrswende in Brandenburg einzuleiten. So ist etwa das in der
140 Mobilitätsstrategie formulierte Ziel, den Anteil des Umweltverbunds (Fuß, Rad, Öffentlicher Verkehr) an den
141 zurückgelegten Wegen von 47 Prozent (Stand 2008) auf 50 Prozent in 2030 zu erhöhen, völlig ambitionlos.
142 Wir wollen erreichen, dass dieser Anteil bis 2030 auf zwei Drittel am gesamten Verkehrsvolumen steigt.
143 Zudem soll es überall in Brandenburg möglich sein, ohne ein eigenes Auto ein gutes Leben zu führen.

144 **Trendwende für den öffentlichen Nahverkehr einleiten**

145 Zwischen 2006 und 2016 sind die Fahrgastzahlen im Brandenburger Regionalverkehr um 60 Prozent
146 gestiegen. Gleichzeitig wurden im Jahr 2016 674.000 km weniger Zugkilometer vom Land bei den
147 Verkehrsträgern bestellt als in 2006. Von einst 557 Bahnhöfen (1990) sind nur noch 318 (2018) übrig
148 geblieben. Wichtige Infrastrukturprojekte wurden jahrelang nicht angegangen und kommen nun erst nach
149 2030. Die vom Bund bereitgestellten Finanzmittel für den Regionalverkehr (sogenannte
150 Regionalisierungsmittel) werden nur zu zwei Drittel für den eigentlichen Zweck der Zugbestellungen
151 eingesetzt. Die jetzt durch die Neuausschreibung der Verkehrsverträge für einige Zugverbindungen
152 beschlossenen Verbesserungen werden allerdings erst 2022 wirksam und durch einige Verschlechterungen
153 auch konterkariert. Bis dahin werden die Fahrgastzahlen allerdings voraussichtlich noch einmal um mehr
154 als 25 Prozent steigen.

155
156 Die Folgen dieser Entwicklungen müssen viele Menschen täglich, im wahrsten Sinne des Wortes, hautnah
157 erleben. Dabei hat der öffentliche Nahverkehr viele Vorteile gegenüber dem privaten Autoverkehr: Er hat
158 eine geringere Klimabelastung, verursacht weniger Unfallopfer, deutlich weniger Lärm und
159 Flächenverbrauch. Er transportiert Menschen, die anders kaum mobil sein könnten, weil sie sich z.B. kein
160 Auto leisten können oder aufgrund des Alters nicht mehr Auto fahren. Öffentlicher Nahverkehr ist
161 Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Infrastruktur und Mobilitätsangebote insgesamt so beschaffen sind, dass
162 die Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind. Es ist höchste Zeit hier wirksame Maßnahmen zu
163 ergreifen.

164 Verbesserungen kosten Geld, deshalb wollen wir als erstes die Zweckentfremdung der
165 Regionalisierungsmittel stufenweise beenden und diese mittelfristig komplett für die Bestellung von
166 Zugkilometern einsetzen. Das Land muss außerdem zusätzlich eigenes Geld in die Hand nehmen, um den
167 übrigen öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren. Im Personenbeförderungsgesetz ist das Ziel
168 festgeschrieben, eine vollständige Barrierefreiheit in Bussen und Straßenbahnen bis 2022 herzustellen. Um
169 dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Gelder für den kommunalen ÖPNV um 10 Mio. Euro pro Jahr
170 erhöhen sowie weitere 10 Mio. Euro pro Jahr für den Erhalt der Straßenbahnen zur Verfügung zu stellen
171 und damit die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte bei dieser Aufgabe deutlich unterstützen. Im
172 Gegenzug wollen wir als Land Mindeststandards bei der Bedienung von einzelnen Orten entwickeln. Wir
173 wollen auch prüfen, welches Potenzial gemeindeübergreifende Tram-Verbindungen
174 (Überland-Straßenbahnen) haben, wenn bestehende Linien verlängert werden.

175 Da viele Mobilitätsströme Brandenburgs Berlin als Durchgangs-, Ausgangs- oder Zielpunkt haben, fordern
176 wir einen gemeinsamen Landesnahverkehrsplan (LNVP) für beide Länder. Regionalbahnen, die überall
177 halten, und Regionalexpress, die nur in den größeren Orten halten, sollen sich künftig hierbei stärker
178 voneinander unterscheiden. Zusätzlich wollen wir einen Metropolexpress (ME) einführen. Dieser soll die
179 Lücke zwischen S-Bahn und Regionalverkehr schließen, indem er im Berliner Umland an möglichst allen

180 Bahnhöfen, in Berlin dagegen nur an den zentralen Knotenpunkten hält. Erforderlich sind auch
 181 Querverbindungen innerhalb Brandenburgs. Für die Strecken, auf denen das über den Schienenverkehr
 182 nicht möglich ist, fordern wir den Aufbau eines Netzes landesbedeutsamer Buslinien, analog zu dem
 183 bereits bestehenden System in Sachsen-Anhalt. Dieses kann das Konzept der bestehenden Plus-Busse
 184 aufgreifen und erweitern.

185 Wir wollen mindestens einen einstunden-Takt an Wochentagen durch Regionalverkehr und
 186 landesbedeutsame Buslinien zwischen 5 und 22 Uhr und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die
 187 S-Bahn in Brandenburg ist der zehnminuten-Takt unser mittelfristiges Ziel. Bei vielfrequenzierten Strecken
 188 ist eine Taktverdichtung weit darüber hinaus notwendig. Die vom Bund angekündigte Unterstützung für die
 189 Einführung eines Taktfahrplans (Deutschlandtakt) unterstützen wir ausdrücklich und wollen einen
 190 Brandenburg-Takt bereits vorher im Land so weit wie möglich erreichen, u.a. durch abgestimmtere
 191 Fahrzeiten von Bahn- und Busverkehr.

192 **Infrastruktur anpassen**

193 Ohne Infrastrukturanpassungen ist an vielen Stellen eine Verbesserung des Leistungsangebots nicht
 194 möglich. Stilllegungen, Abkopplungen und Entwidmungen von Zugstrecken lehnen wir gänzlich ab.
 195 Ungenutzte Strecken sowie kaum genutzte Güterverkehrsstrecken möchten wir dauerhaft für den
 196 Personenverkehr sichern. Strecken und Bahnhalte wollen wir reaktivieren, insbesondere da, wo größere
 197 Zentren verbunden werden. Kapazitätsengpässe, die Auswirkungen auf das Gesamtnetz haben (z.B. Bahnhof
 198 Königs-Wusterhausen, Hamburger Bahn zwischen Spandau und Nauen, eingleisige Regionalstrecken)
 199 wollen wir dringend beseitigen. Wir fordern, dass an allen neuralgischen Punkten die S-Bahnlinien
 200 zweigleisig ausgebaut werden, um die Fahrplanstabilität zu gewährleisten und notwendige
 201 Taktverdichtungen zu ermöglichen. Für die Bahnhofsgebäude konnten wir die Landesregierung von
 202 einem Sanierungsprogramm überzeugen. Wir bleiben dran, um den Erhalt der Gebäude zu sichern und
 203 Neunutzungen anzuregen. Seit Bündnis 90/Die Grünen in Berlin mitregieren, geht es mit den
 204 Infrastrukturplanungen endlich wieder voran. So haben Brandenburg, Berlin und die Bahn eine
 205 Rahmenvereinbarung für Infrastrukturverbesserungen beschlossen. Auch auf Brandenburg Seite sind
 206 starke Bündnisgrüne notwendig, damit es in diesem Bereich ambitioniert voran geht.

207 Wir wollen die Emissionen beim Verkehr auf der Schiene deutlich senken. Dies wollen wir über die
 208 Elektrifizierung der Strecken einerseits und über technologieoffene eigenelektrische Antriebe der
 209 Fahrzeuge andererseits erreichen. Bei der Stromversorgung wollen wir dabei auf 100 Prozent Erneuerbare
 210 Energien zurückgreifen. Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr sind die perfekten Partner. Rund um die
 211 Bahnhöfe wollen wir diebstahlsichere und wetterfeste Abstellplätze, abschließbare Boxen bis hin zu
 212 Fahrradparkhäusern mit Reparatur-Service wie in Bernau und Potsdam anbieten.

213 **Tarife attraktiv gestalten**

214 Steht für uns zunächst die Angebotsverbesserung im Vordergrund, wollen wir mittelfristig auch die Tarife
 215 umgestalten, um das dann verbesserte Angebot auch finanziell attraktiv zu gestalten. Um die Nutzung des
 216 ÖPNV deutlich zu vereinfachen, möchten wir sehr günstige Monatstickets anbieten, die sich bereits ab 15
 217 Fahrten im Monat rechnen. Langfristig sollen Jahrestickets für das gesamte VBB-Gebiet ab 1€ am Tag
 218 erhältlich sein (365€-Ticket) und Schüler*innen, Auszubildende und Studierende kostenlos fahren.
 219 Beginnend wollen wir ein 365€-Schüler*innenticket anbieten und das Wirrwarr der verschiedenen
 220 kreislichen Erstattungsregeln harmonisieren. Senioren und Familientickets sollen insgesamt günstiger
 221 werden. Wir wollen, dass Berlin in das Brandenburger Sozialticket integriert wird. Das Lösen von
 222 Fahrscheinen in Bussen und Zügen mit Bargeld muss ohne Aufpreis möglich sein. Wir wollen auch die
 223 rechtlichen Möglichkeiten schaffen, lokal umlagefinanzierte Systeme zur vollständigen Fahrscheinfreiheit
 224 zu etablieren. Langfristig können wir uns einen komplett umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr
 225 vorstellen.

226 Wir wollen, dass das Tarifgebiet des VBB über die Landesgrenze Brandenburgs hinaus wachsen kann. Auf
 227 dem Weg zu einem Deutschlandtarif streben wir zunächst mit den angrenzenden Bundesländern ein

228 einheitliches Tarifgebiet an. Vor allem im Bereich der Lausitz durch gemeinsame Tarife mit den
 229 Verkehrsverbänden VVO und ZVON oder im Norden mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
 230 ergäbe sich dadurch ein Mehrwert. Auch bei den Doppelstädten an der deutsch-polnischen Grenze muss
 231 dieses Anliegen verfolgt werden. Den Berlin-C-Bereich wollen wir auf einige Orte wie Bestensee, Zossen
 232 oder Rehfelde ausweiten. Wir wollen, dass Tarifzongrenzen Städte und Gemeinden nicht mehr
 233 durchschneiden, wie das z.B. bei Oranienburg mit seinen Ortsteilen der Fall ist.

234 Da für viele Strecken ein Wechsel zwischen Rad, Bus und Bahn notwendig ist, muss es das langfristige Ziel
 235 des Verkehrsverbands Berlin-Brandenburg (VBB) sein, auch Bike- und Carsharing oder ähnliche innovative
 236 Kombinationsmöglichkeiten anzubieten. Wir wollen den VBB so zu einem allgemeinen
 237 Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln. Gerade der Weg von und bis zum nächsten Einstieg von und bis
 238 zur Haltestelle - die sogenannte "Letzte Meile" - ist oft die entscheidende Hürde. Deshalb ist eine
 239 Einbeziehung des Taxigewerbes anzuregen und durchaus erstrebenswert, besonders wenn gleich mehrere
 240 Personen in dieselbe Richtung weiterreisen möchten.

241 Hier besteht auch viel Potenzial für autonomes Fahren. Dafür wollen wir Pilotprojekte starten, um die
 242 Auswirkungen zu erforschen. Dafür böten sich z.B. die vom RE2 größtenteils abgekoppelten Orte Raddusch,
 243 Kolkwitz und Kunersdorf an. **(strittig stellen)**

244 Wir wollen außerdem eine Smartphone-App, die eine verkehrsträgerübergreifende Fahrplanauskunft sowie
 245 den gleichzeitigen Fahrscheinerwerb ermöglicht. Im Zusammenspiel mit qualitativ ansprechendem
 246 Fahrradverleih an den Bahnhöfen wollen wir die kombinierte Nutzung von Fahrrädern und öffentlichem
 247 Nahverkehr deutlich attraktiver machen.

248 **Radverkehr – Potential erkennen und nutzen**

249 Brandenburg ist ein Fahrradland, doch der Zustand unserer Radwege ist alarmierend – das Radverkehrsnetz
 250 ist lückenhaft und die bestehende Substanz verfällt. Die Hälfte aller Radwege außerorts ist älter als 15
 251 Jahre. Ähnlich sieht es bei den touristischen Radwegen aus. Mittel für die Instandhaltung und den
 252 Radwegeausbau wurden gekürzt – obwohl der Radverkehr deutschlandweit aktuell einen Boom erlebt.

253 Die „Radverkehrsstrategie 2030“ der rot-roten Landesregierung ist in weiten Teilen eine bloße
 254 Beschreibung des Ist-Zustands und enthält keine ehrgeizigen Ziele. Auch die Finanzen sind ernüchternd:
 255 Für 2017 und 2018 flossen insgesamt nur rund 6,3 Millionen Euro in den Radverkehr. Das entspricht
 256 gerade einmal etwas mehr als vier Prozent an der Gesamtsumme der Ausgaben für Straßen! Für uns steht
 257 fest: Das ist viel zu wenig, um die bestehenden Radwege zu erhalten und bestehende Lücken im Wegenetz
 258 zu schließen.

259 Wir treten für einen grundlegenden Wandel der Radverkehrspolitik in Brandenburg ein und wollen das
 260 Fahrrad als gleichberechtigtes Fahrzeug neben dem Auto fördern. Wir brauchen ein Gesetz zur Förderung
 261 des Radverkehrs, in welchem nach dem Vorbild des Berliner Radgesetzes Maßnahmen verpflichtend
 262 festgeschrieben werden. Jeder Ort in Brandenburg soll sicher mit dem Fahrrad erreichbar sein. Wo der
 263 Verkehr dies auf der Straße unsicher macht, muss ein baulich getrennter Radweg geschaffen werden.
 264 Hierfür schlagen wir das Sonderprogramm „Straßenbegleitende Radwege“ im Haushalt vor. Die
 265 Investitionen in den Radverkehr müssen mindestens dem Anteil des Radverkehrs an allen zurückgelegten
 266 Wegen entsprechen. Bike & Ride und Fahrradmitnahme: Radfahren muss für Pendler*innen wie für
 267 Tourist*innen attraktiver werden. Wir brauchen mehr Bike & Ride-Parkplätze und die Fahrradmitnahme im
 268 ÖPNV muss weiter ausgebaut werden.

269 Auch für längere Wege im Alltag kommt das Fahrrad immer stärker zum Einsatz, nicht zuletzt, weil die
 270 Nutzung von E-Bikes kontinuierlich ansteigt. Wir brauchen deshalb überregionale Radschnellwege, die
 271 Dörfer und Städte verbinden. Die in Berlin geplanten Radschnellwege wollen wir auf Brandenburger Seite
 272 sinnvoll weiter führen. Wir wollen einen Radschnellweg, der als Außenring die Orte im Berliner Umland
 273 miteinander verbindet. Alle Orte mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km voneinander
 274 entfernt liegen, sollen durch breitspurige Radschnellwege verbunden werden. Zu diesem Vorschlag gehört
 275 auch, dass Radwege zunehmend unabhängig von Straßen verlaufen werden. Um die Zuständigkeiten

276 eindeutig zu klären, muss im Brandenburger Straßengesetz die Kategorie "selbstständiger Radweg"
277 eingeführt werden. Es soll eine Plattform für verbesserten Dialog zwischen benachbarten Kommunen und
278 Landkreisen geschaffen werden, um die Zusammenarbeit beim Bau von Radwegen zu koordinieren. Zudem
279 sollen Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen
280 sollen bei den Kosten für die Baumaßnahmen entlastet werden und künftig die Finanzierung des
281 Radverkehrs nur zu zehn Prozent selbst tragen, die restlichen 90 Prozent der Baulast sollen beim Land
282 liegen. So wird es teilweise bereits in Sachsen gehandhabt. Wir wollen, dass Brandenburg mindestens ein
283 Drittel des bisherigen Landesstraßenbauetats für Radinfrastruktur bereitstellt. Mit jährlich mindestens 20
284 Euro pro Einwohner*in entspricht das ca. 50 Millionen Euro im Jahr. Zudem braucht es ein regelmäßiges
285 Monitoring, um den Sanierungs- und Ausbaubedarf transparent zu machen.

286

287 **Vision Zero - Verkehrssicherheit erhöhen**

288

289 Noch immer sterben in Brandenburg jährlich deutlich über 100 Menschen bei Verkehrsunfällen. Bezogen
290 auf die Einwohner*innenzahl nimmt Brandenburg bundesweit wiederholt traurige Spitzenplätze ein. Aus
291 unserer Sicht muss das Ziel lauten, dass es gar keine Todesopfer mehr gibt. Technische Errungenschaften
292 wie Gurte, Airbags und ABS sowie bessere Rettungs- und Intensivmedizin haben bereits einen erheblichen
293 Beitrag zur Senkung der Opferzahlen geleistet. Weitere Neuerungen müssen konsequent genutzt werden.
294 Im Fuhrpark der Landesverwaltung wollen wir den Abbiegeassistenten verbindlich einführen. Aber auch die
295 nicht-technische Verkehrspolitik ist gefordert ihren Anteil beizutragen. Wir erkennen an, dass der Mensch
296 Fehler macht und wollen doppelt vorsorgen: Durch geeignete Maßnahmen sowohl die Fehleranfälligkeit
297 senken, als auch dafür sorgen, dass Fehler nur den geringstmöglichen Schaden anrichten können. Große
298 Teile der Verkehrswissenschaft, der Unfallforscher*innen und der Versicherer sind sich einig: Innerorts
299 sollte Tempo 30 die Regelgeschwindigkeit sein und höhere Geschwindigkeiten an den Hauptachsen
300 gekennzeichnet werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen wir mit einer Bundesratsinitiative eine
301 dahingehende Änderung der StVO erreichen. Bis dahin wollen wir in einer besonders unfallträchtigen
302 Gemeinde einen Modellversuch durchführen. Auf den Autobahnen wollen wir den landesrechtlichen
303 Spielraum ausnutzen um Tempo 120 als Höchstgeschwindigkeit festzulegen. An unfallträchtigen Alleen
304 wollen wir durch Leitplanken dazu beitragen, dass Unfälle nicht mehr tödlich am Baum enden.
305 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen benötigen dann ausreichend Platz und im Zweifel eigene Wege.
306 Verkehrssicherheitskampagnen von Verbänden, die sich der Vision Null Verkehrstote verschrieben haben,
307 wollen wir unterstützen. Schließlich wollen wir durch die allgemeine Verkehrspolitik erreichen, dass das
308 Auto öfter stehen gelassen wird, denn eine Autofahrt ist bis zu 40mal gefährlicher als die Nutzung von Bus
309 und Bahn.

310 **BER – Luftverkehr begrenzen**

311 Der Bau des Flughafens BER ist von einer einzigartigen, desaströsen Fehlerkette geprägt. Durch Fehler in
312 Planung und Bauausführung sind die Kosten für das Projekt von ursprünglich geplanten 2,5 Mrd. Euro auf
313 derzeit über 7 Mrd. Euro gestiegen. Beim Lärmschutz der Anwohner*innen wird dagegen gespart.
314 Entsprechender Schallschutz wird nur noch bei einem Bruchteil der Gebäude eingebaut, der größere Teil
315 wird mit 30 Prozent des speziellen Gebäudewertes abgefunden. Immerhin gibt es jetzt
316 Ultrafeinstaub-Messungen.

317

318 Wir wollen das Projekt bestmöglich zu Ende führen. Dazu muss für uns sichergestellt werden, dass der
319 Luftverkehr für die Finanzierung des Betriebs stärker herangezogen wird und keine weiteren Steuergelder
320 versenkt werden. Durch das Bevölkerungswachstum und die Siedlungsentwicklung wird der BER immer
321 mehr zu einem nahezu innerstädtischen Flughafen, sodass die Lärmschutzmaßnahmen in vollem Umfang
322 durchzusetzen sind. Außerdem muss endlich anerkannt werden, dass der Luftverkehr Grenzen hat. Wir
323 wollen dafür sorgen, dass die jetzt diskutierten Ausbaupläne (Masterplan 2040) für den BER ad acta gelegt
324 werden. Eine dritte Start- und Landebahn schließen wir für die Zukunft kategorisch aus. Die
325 Anwohner*innen brauchen ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Der Flughafen Tegel muss wie
326 vorgesehen nach der Eröffnung des BER geschlossen werden. Die in der Entgeltordnung vorgesehenen

327 verkehrsfördernden Maßnahmen wollen wir komplett abschaffen und stattdessen empfindliche
328 Lärmentgelte einführen.

329 Insgesamt möchten wir darauf hinweisen, dass der ausgewählte Standort nur für eine begrenzte Kapazität
330 geeignet ist. Sollte es zu Kapazitätsengpässen kommen, ist nicht der Flughafen zu klein, sondern der
331 Luftverkehr zu groß geworden. Als Alternative zu Kurzstreckenflügen möchten wir den Fernverkehr auf der
332 Schiene entwickeln. Um übermäßige Mittel- und Langstreckenflüge zu vermeiden, werben wir für einen
333 Kulturwechsel hin zum Urlaub in der Region. Diesen wollen wir u.a. durch besseren öffentlichen
334 Nahverkehr deutlich attraktiver machen. Weitere Steigerungen im Luftverkehr sind schon allein aus
335 klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel. In diesem Fall befürworten wir ein marktwirtschaftliches
336 Versteigern der Start- und Landrechte. Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Luftverkehrs- und/oder
337 Kerosinsteuer, die beim Flugverkehr die wahren gesellschaftlichen Kosten darstellt.

1.8NEU2 Grüne Gründerzeit: sozial-ökologisch Wirtschaften

Gremium: landesvorstand

Beschlussdatum: 22.10.2018

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

169 Mehrere Megatrends wirken sich grundlegend auf Wirtschaft und Gesellschaft aus: Die Digitalisierung auf
170 die Art, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren, wie wir produzieren und konsumieren.
171 Gleichzeitig wirkt sich die Klimakrise und das Fördermaximum von fossilen Energieträgern auf die
172 finanzielle und politische Verfügbarkeit dieser Rohstoffe aus. Die demografische Entwicklung führt zu
173 einem massiven Fachkräftemangel. Hinzu kommt eine aktuelle Phase der Hochkonjunktur auf der einen
174 und der wachsenden Vermögens- und Einkommensunterschiede auf der anderen Seite. Grundansatz
175 unserer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Das
176 bedeutet Ressourcen sparsam einzusetzen und die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair
177 zu verteilen und Armut zu bekämpfen sowie die das gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu
178 betrachten. Wir wollen die Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, dass Produktion und Dienstleistungen in
179 Brandenburg in Zukunft ökologischer, solidarischer, digitaler, kommunikativer, dezentraler und vernetzter
180 werden. Brandenburg soll Vorreiter in Sachen sozialökologische Marktwirtschaft werden. Kleine und
181 mittelständische Unternehmen sowie Gründer*innen sind häufig die Treiber*innen dieser Transformation
182 und sind für uns Hauptaugenmerk unserer Wirtschaftspolitik. Mit der Förderung dieser wollen wir zudem den
183 immer größer werdenden Monopolstrukturen etwas entgegensetzen.

184

185 **Auf Qualität statt Quantität setzen**

186 Während die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit vor allem auf Quantität setzte, um Arbeitsplätze zu
187 schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit zu senken, stehen wir heute vor einem zunehmenden Fachkräftemangel,
188 der eine Verschiebung hin zu einer neuen qualitativen Wirtschaftsförderung verlangt. Auch die
189 ökologischen Leitplanken verlangen eine konsumkritische Abkehr von der undifferenziert immer weiteren
190 Steigerung der Produktion. Es kommt auch darauf an, Wegwerfprodukte durch langlebige Waren zu
191 ersetzen, zu reparieren statt wegzuschmeißen, Dinge Second Hand zu nutzen statt neu anzuschaffen und
192 Dinge zu teilen, statt zu besitzen. Mit nachhaltiger Wirtschaftsförderung wollen wir die vielen Ideen, die
193 diese Ansätze bereits beherzigen, vorantreiben.

194 Die Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung schenkt diesen neuen Impulsen wenig Beachtung.
195 Das fortwährende Festhalten an der Braunkohlewirtschaft ist ein symptomatisch für einen
196 innovationsfeindlichen Wirtschaftskonservatismus, der für die Gewinne von heute die Chancen von morgen
197 opfert und Regionen ihre Zukunft raubt. Viel zu wenig wird hingegen auf die vielerorts kleinteilig geprägte
198 Wirtschaft unseres Landes eingegangen. Es fehlt eine professionelle und aktivierenden Gründungs- und
199 Innovationsförderung, ein Fokus auf Kreativität und Gründung im Bildungsbereich und eine Strategie
200 gegen den Brain-Drain von Querdenker*innen, Akademiker*innen und Fachkräften. Wir treten dafür ein,
201 dass Brandenburg das Image eines innovativen Wirtschaftsraums bekommt.

202 Ziel einer landesweiten Start-Up- und Innovationspolitik muss es sein, sich nicht nur auf
203 Hochschulstandorte und junge Akademiker*innen zu konzentrieren. Das Potenzial ist auch in anderen
204 Teilen des Landes und beispielsweise im Handwerk hoch. Wir setzen uns für die kostenfreie
205 Meisterausbildung in Brandenburg ein und wollen, dass auch hier Aspekte der Digitalisierung und der
206 Innovationsförderung stärker Berücksichtigung finden.

207

208 **Gründungen anschieben**

209 In Zeiten von Hochkonjunktur und Fachkräftemangel wollen wir weg von den Investitionszuschüssen und
210 Fördermitteln für Beton, hin zu Strukturen, die Kreativität und Innovation ermöglichen und damit

211 Gründungen anschieben! Da nicht jede Idee beim ersten Versuch funktioniert, brauchen wir auch in
212 Brandenburg eine neue fehlertolerante Gründungskultur. Leider stehen die Chancen dafür in Brandenburg
213 derzeit schlecht. Laut Gründungsmonitor der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist Brandenburg 2017
214 im Drei-Jahres-Vergleich der Bundesländer von Rang 13 auf Rang 15 abgerutscht. Interessant ist dabei der
215 Blick auf die Ergebnisse des Green Economy Gründungsmonitors 2017: Bei den grünen Gründungen weist
216 Brandenburg zwischen 2006 und 2016 die zweithöchste Gründungsintensität aller Bundesländer auf. Dies
217 zeigt, dass Brandenburg als ländlich geprägtes Bundesland mit einer großen Relevanz des Energiesektors
218 gute Bedingungen für Start-Ups mit Schwerpunkten in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Landwirtschaft
219 & Ernährung und in den erneuerbaren Energien bietet. Die Green Economy fasst in Brandenburger
220 schneller Fuß als andernorts. Einige Standorte haben einen Leuchtturmeffekt und locken junge Start-Ups
221 an, wie z.B. der Digital Hub Potsdam, SAP, der Filmpark Babelsberg und Hennigsdorf als Pilot-Stadt für die
222 FFTH-Technologie (Glasfaser bis ins Gebäude).

223 Viele Untersuchungen zeigen, dass Frauen anders gründen. Deshalb wollen wir Netzwerkstrukturen und
224 Forschung zu Genderaspekten stärker unterstützen. Bestehende Strukturen wie das
225 Unternehmerinnen-Netzwerk in Brandenburg sind wichtig und müssen weiterhin gefördert und unterstützt
226 werden. Um diesen Mut anzuerkennen, zeichnen wir monatlich im ganzen Land eine "Grüne Gründerin" für
227 eine innovative, nachhaltige Geschäftsidee aus. Die positiven Ansätze im Land wie der Business Plan
228 Wettbewerb, das Gründungsnetz Brandenburg, die Gründungsförderung der Hochschulen und die
229 landesweiten Lotsendienste haben die Wahrnehmung Brandenburgs als Gründerland schon verbessert.
230 Diese Aktivitäten vieler Akteure in Kooperation mit dem Wirtschafts- und mit dem Sozialministerium
231 begrüßen wir ausdrücklich. Sie müssen aber noch effizienter, konzeptionell weiter ausgearbeitet und
232 verstetigt werden.

233 Eine passgenaue Gründer*innen-Förderung soll den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Nur
234 ein kleiner Teil der Gründungen sind „Wachstumsgründungen“, also solche, die mit ihren Projekten auf ein
235 nachhaltiges Wachstum zielen. Zudem tragen sie zu der Entstehung eines qualifizierten Arbeitsmarkts bei,
236 der dann wiederum weitere innovative Unternehmen anzieht. Wachstumsgründungen sind digitaler,
237 innovativer, aber auch kapitalintensiver als andere Gründungen. Für diesen Bedarf braucht es besondere
238 Förderinstrumente. Vier Faktoren müssen dabei zusammenspielen: Inspiration, Qualifizierung, Infrastruktur
239 und Finanzierung. Damit können Formate und Orte geschaffen werden, die die Wahrscheinlichkeit von
240 Gründungen erhöhen. Um eine größere Kompetenz für den Bereich Innovation und Start-Up Politik in der
241 Landesregierung zu verankern, fordern wir einen Innovations- und Start-Up-Beirat, angesiedelt beim
242 Wirtschaftsministerium.

243 Die Gründungszentren an unseren Hochschulen wollen wir ausbauen – sie sollen gemeinsam mit den
244 Technologiezentren stärker in die jeweilige Region hineinwirken. Entsprechende Strukturen an den
245 außeruniversitären Forschungszentren kommen bislang nicht in den Genuss einer Landesförderung.
246 Notwendig sind aber auch außeruniversitäre Innovationszentren, in denen – themen- oder
247 branchenspezifisch – mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung
248 spezifischer Lösungsideen gearbeitet wird. Sie sollten eine inspirierende Gemeinschaft bieten, die durch
249 Formate wie Hackathons oder Prototypenwochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung
250 ermöglicht. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung, wie
251 Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet. Wir möchten, dass mindestens
252 zwei Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden,
253 modellhaft gefördert und im Rahmen eines begleitenden Forschungsprojekts evaluiert werden. Darüber
254 hinaus möchten wir einen landesweit wirkenden Inkubator einrichten, in dem besonders chancenreiche
255 Start-Ups das Angebot erhalten, in einem Start-Up-Bootcamp einen Feinschliff zu bekommen. Es kann als
256 Auftrag vergeben oder im Rahmen einer langfristigen Projektförderung betrieben werden.

257

258 **Soziales Unternehmertum stärken**

259 Wir wollen die Wirtschaftspolitik des Landes auch für soziales Unternehmertum oder Projekte zur
260 ökologischen Nachhaltigkeit verfügbar machen. Gewinn- und wachstumsorientierte Start-Ups,

261 beispielsweise aus Medizintechnik oder Softwareentwicklung, sollen soziale und ökologische Kriterien
262 einhalten müssen, um von der Wirtschaftsförderung zu profitieren. Unsere Wirtschaftsförderpolitik darf
263 deshalb nicht einseitig ökonomisch orientiert sein, sondern muss sich an ökologischen Kriterien, fairer
264 Bezahlung der Arbeitnehmer*innen, sowie der Verhinderung von Monopolstrukturen orientieren. Ideen, die
265 unsere Gemeinschaft stärken oder ökologisch nachhaltig sind, verdienen Vorfahrt.

266 Zur Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der
267 regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und
268 Technologien genutzt und geteilt werden, die für jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären. Zur
269 Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und
270 Wirtschaftskraft der Nutzer unterschiedlich hoch ausfallen. Für derartige offene Werkstätten wollen wir die
271 Fachhochschulen im Land nutzen. Auch genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in
272 Anlehnung an landwirtschaftliche Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der
273 Ressourcenschonung, da somit weniger Geräte notwendig sind und diese besser ausgelastet sind.

274 **Das richtige Umfeld schaffen**

275 Gerade Unternehmer*innen in den grünen und sozialen Ökonomien, haben eine hohe innere Motivation.
276 Sie brauchen aber Stärkung, Inspiration und Vernetzung, wofür kreative, offene und kulturelle Milieus eine
277 Voraussetzung sind. Sogenannte weiche Standortfaktoren wie ein funktionierender öffentlicher
278 Nahverkehr, wohnortnahe Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und ansprechender Wohnraum sind
279 letztlich Teil einer guten Wirtschaftspolitik. Auch eine menschenrechtsorientierte und offene
280 Gesellschaftspolitik (humane Asylpolitik, Gleichstellung und aktive Antidiskriminierungspolitik) trägt zu
281 einem attraktiven Standort bei. Unerlässlich für eine erfolgreiche Unternehmenslandschaft ist eine gute
282 digitale Infrastruktur mit glasfaserbasiertem Breitbandanschluss. Genauso braucht es eine unbürokratische
283 Verwaltung, die es ermöglicht Anträge etc. komplett online abzuwickeln.

284 Co-Working-Spaces liegen in Brandenburg im Trend. Wir sehen sie als wichtige Grundlage um eine
285 attraktive Arbeit der Zukunft im ländlichen Raum zu gewährleisten und den negativen Faktoren des
286 demografischen Wandels entgegenzuwirken. Daher wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um in ganz
287 Brandenburg in zehn Regionen solche Initiativen zu starten.

1.9NEU2 Lebenswert und bezahlbar: Landesplanung und Wohnungsbau

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

188 **Eine Planung für das ganze Land**

189 Wir wollen, dass die Landesplanung eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes ermöglicht, die
190 gemeinsame Entwicklung Brandenburgs und Berlins voranbringt und die Lebensqualität in allen Räumen
191 von Brandenburg fördert. In den wachsenden Landesteilen an den Rändern Berlins soll sie ordnen und
192 steuern, in den altindustrialisierten Regionen den Strukturwandel aktiv und nachhaltig gestalten und die
193 ländlichen Räume soll sie nicht weiter alleine lassen. Der aktuelle Landesentwicklungsplan
194 Hauptstadtregion (LEP-HR) setzt keine in die Zukunft gerichteten Ziele, sondern schreibt die Konzeption
195 des „Stärken stärken“ fort und schwächt damit die ländlichen Räume. Gerade Kleinstädte außerhalb des
196 Berliner Umlandes werden hierdurch stark benachteiligt.

197 Wir wollen eine zukunftsorientierte Landesplanung an einer zentralen Nachhaltigkeitsstrategie
198 orientieren, statt vieles in eigenständige Planwerke auszulagern. Die eigenständigen Braunkohlepläne und
199 der Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP-FS) müssen in den
200 Landesentwicklungsplan (LEP-HR) integriert werden. Das gilt auch für die Mobilitätsstrategie. Nur so
201 können wir die Anforderungen der wachsenden Metropole mit einer umweltfreundlichen Mobilität sinnvoll
202 verknüpfen. Die Siedlungsentwicklung ist v.a. entlang bestehender und künftiger Schienenachsen zu
203 lenken. So können wir die Grün- und Frischluftschneisen rund um die Hauptstadt erhalten. Die
204 Landesplanung muss mit den Gemeinden im Berliner Umland in einen Kommunikationsprozess mit dem
205 Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung treten, will sie das Ziel des Siedlungssternes nicht an
206 Partikularinteressen einzelner Gemeinden verlieren.

207 Bei einem Leerstand von etwa 10% in den Städten des weiteren Metropolenraums darf nicht nur der
208 Neubau im Berliner Umland zur Lösung der Wohnungsnot herangezogen werden. Wir möchten Anreize
209 setzen, damit auch der weitere Metropolenraum vom Berliner Wachstum profitieren und der Wohnndruck auf
210 das ganze Land verteilt werden kann. Gerade Orte mit hohem Wohnungsleerstand sollen profitieren. Dazu
211 gehört eine Stärkung der Orte im ländlichen Raum, v.a. durch eine bessere Anbindung an das
212 Landesschienennetz. Ebenso wollen wir den Freiraumverbund stärken und verbindliche Vorgaben zur
213 Flächeninanspruchnahme für Siedlung, Rohstoffe und Verkehr definieren und umzusetzen. Dazu gehört
214 auch die Ausweisung von Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten.

215 **Boden verpachten statt verkaufen**

216 Die explodierenden Bodenpreise in den Innenbereichen gefährden den sozialen Zusammenhalt, den
217 notwendigen ökologischen und altersgerechten Umbau unseres Gebäudebestandes und die öffentlichen
218 Haushalte. Die aktuellen Preissteigerungen sind nicht mehr mit sozial und ökologisch verträglichen
219 Nutzungen zu erwirtschaften. Betroffen sind neben dem urbanen Raum, inzwischen auch die Wälder und
220 Fluren des Außenbereichs. Unter solchen Bedingungen ist keine ökologische oder kleinteilige Land- und
221 Forstwirtschaft mehr möglich. Daher wollen wir den Ausverkauf öffentlichen Bodens stoppen und
222 Liegenschaften und Flächen des Landes grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht oder als Pachtland
223 vergeben. Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien, nicht weiterhin nach Höchstgebot erfolgen. Ein
224 Verkauf soll künftig nur mit der Begründung eines öffentlichen Interesses und einer entsprechenden
225 Genehmigung wirksam werden.

226 Das Reichssiedlungsgesetz, Landpachtgesetz und Grundstücksverkehrsgesetz wollen wir durch ein
227 Agrarstrukturverbesserungsgesetz ablösen und ein Leitbild für eine regional verankerte Landwirtschaft
228 erarbeiten. Zur Realisierung von landwirtschaftlichen Vorkaufsrechten ist eine landeseigene

229 Siedlungsgesellschaft zu gründen. Darüber hinaus ist ein transparenter und fairer Grundstücksmarkt zu
230 schaffen. Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Anteilskäufe an Unternehmen in
231 gleicher Weise mit Grunderwerbsteuer belastet werden wie reine Flächenkäufe.

232 Beim Flächenverbrauch pro Kopf nimmt Brandenburg bundesweit eine Spitzenposition ein. Diese Flächen
233 gehen der Natur, dem Wald und der Landwirtschaft verloren. Um dies zu ändern fordern wir den Ausbau
234 von Naturschutzgebieten und den konsequenten Erhalt von Naturräumen. Um in absehbarer Zeit eine
235 ausgeglichene Versiegelungsbilanz zu erreichen, wollen wir eine Entsiegelungsstrategie zur Rückgabe
236 menschlich genutzter Flächen an die Natur erarbeiten, um die neu entstehende Flächenversiegelung
237 komplett auszugleichen. Dafür sind verschiedene Maßnahmen denkbar, wie ein Flächenpool,
238 Flächenzertifikate aber auch ganz allgemein die Stärkung der Innenentwicklung gegenüber der
239 Ausweisung von Neubauflächen. Qualitätsverbessernde Nachverdichtungen, Aufstockungen und
240 Dachausbauten schonen nicht nur den Flächenverbrauch, sondern führen gleichzeitig zu einer besseren
241 Infrastrukturauslastung bei Straßen, Kanalisation und ÖPNV. Als unterstützende Maßnahmen hierfür
242 wollen wir eine Reaktivierung der Ortskerne, den Abriss baufälliger Gebäude und die Sanierung von
243 Bürgerhäusern.

244 **Ökologisch, Wirtschaftlich und mit Baukultur Bauen**

245 Bei baulichen Investitionen werden häufig nur die Herstellungskosten betrachtet, obwohl die meisten
246 Kosten während der Nutzung durch Betrieb und Instandsetzungen anfallen. An den Gesamtkosten über den
247 Nutzungszeitraum haben die Planung und Errichtung des Gebäudes nur einen Anteil von 10 bis max. 30%.
248 Es ist also äußerst kosteneffizient und wirtschaftlich ein Gebäude zu errichten, das so wenig Heiz- und
249 Betriebsenergie benötigt, wie möglich, das einfach zu reinigen und zu warten ist und in dem langlebige
250 Bauteile und Baustoffe verbaut werden. Wir möchten, dass die Landesförderung künftig für kommunale
251 Baumaßnahmen und bei landeseigenen Bauten die Lebenszykluskosten ermittelt und anhand dieser ihre
252 Investitionsentscheidungen ausrichtet.

253 Bei Bauten unter direkter oder indirekter Beteiligung des Landes wollen wir die Verwendung von
254 pestizidhaltigen und gesundheitsbeeinträchtigende Baustoffen sowie Bauteilen ausschließen. Bei der
255 Auswahl von Baukonstruktion und Baustoffen sind ihre gesundheitlichen, ökologischen und
256 wirtschaftlichen Auswirkungen beim Bau, bei der Nutzung, Instandhaltung und Entsorgung zu beachten.
257 Mit einer entsprechenden Änderung der Landesbauordnung soll die Holzbauweise unterstützt werden.

258 Wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Dörfer ist eine gute Baukultur mit
259 bürgerschaftlicher Teilhabe an den Planungsprozessen. Klimaschonende, nachhaltige und schöne Gebäude
260 brauchen eine gute Planung von interessierten Bauherr*innen. Daher fordern wir die Einrichtung und
261 Förderung von externen Gestaltungsbeiräten für die Städte und Dörfer Brandenburgs, um Bauherr*innen,
262 Planer*innen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Verwaltungen individuell zu
263 einzelnen Vorhaben beraten zu können. Die im Zuge des Beratungsverfahrens dokumentierten Ergebnisse
264 sind den zuständigen kommunalen Gremien vorzustellen. Durch diese zusätzliche und unabhängige
265 fachliche Beratung unter Beteiligung der Öffentlichkeit wird die Entscheidungsfindung versachlicht,
266 bereichert und letztendlich gestärkt. Ziel ist es, die Individualität unserer Dörfer und Städte zu bewahren
267 und ihr baulich-räumliches Erscheinungsbild positiv weiterzuentwickeln.

268 **Mehr bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen**

269 Das Land Brandenburg hat den sozialen Wohnungsbau lange stark vernachlässigt. Allein zwischen 2012
270 und 2015 hat die Gesamtzahl aller Wohnungen mit Mietpreis und Belegungsbindung um 30 Prozent
271 abgenommen. Inzwischen hat man zwar den Fehler erkannt und begonnen um zu steuern. Die Mieten im
272 Berliner Umland und in Potsdam steigen dennoch weiter. Auch die eingeführte Mietpreisbremse konnte
273 das nicht verhindern, Mieten von 10 Euro nettokalt pro Quadratmeter sind heute keine Seltenheit mehr.
274 Menschen im Leistungsbezug (z.B. ALG2) oder mit niedrigen Einkommen, Studierende, Familien, ältere
275 Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchtete können sich das nicht leisten und haben auf

276 dem Wohnungsmarkt zunehmend weniger Chancen. Gleichzeitig steigt im mittleren Einkommenssegment
277 der prozentuale Anteil des Einkommens, welcher für die Miete verwendet werden muss.

278 Wir sehen daher dringenden Bedarf, mehr sozial verträglichen Wohnraum mit tragbaren Mieten zu
279 schaffen. Dabei wollen wir die soziale Mischung der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden im
280 ganzen Land erhalten. Das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und das Landesprogramm für
281 den sozialen Wohnungsbau wollen wir im Bereich Neubau von Mietwohnungen deutlich aufstocken. Für
282 den Bau von dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen sollen nicht nur Darlehen sondern auch
283 Baukostenzuschüsse gewährt werden, um Miethöhen im Bereich des jeweiligen KdU-Satzes der
284 Kommunen (Kosten für Unterkunft und Heizung) zu gewährleisten. Ebenso wollen wir mehr bezahlbaren
285 Wohnraum für mittlere Einkommen schaffen und den Bau von Wohnungen bezuschussen, deren Miethöhen
286 bis zu maximal zwanzig Prozent über dem jeweiligen KdU-Satz der Kommunen liegen können. Wir wollen
287 wir die Städte und Gemeinden im Land, die selber noch keine Wohnungsbauaktivitäten entfaltet haben,
288 gezielt ansprechen und motivieren die angebotenen Fördermittel zu nutzen. Auch
289 Wohnungsbaukooperationen zwischen solchen Kommunen wollen wir unterstützen und extra fördern.

290 Wir wollen die Eigeninitiative der Menschen stärken und die Gründung von Genossenschaften und
291 Baugemeinschaften vorantreiben. Inklusives und Mehrgenerationenwohnen soll besonders unterstützt
292 werden. Kommunen, Land und Bund sind gefordert, Grundstücke für kommunalen Wohnungsbau zu
293 angemessenen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Mit einem Zweckentfremdungsgesetz wollen wir
294 Leerstandspekulation und Zweckentfremdung von Wohnungen entgegenwirken.

2.1NEU6 Auf den Anfang kommt es an: Kinder, Jugend und Familie

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

204 **Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen**

205 Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ganz gleich,
206 in welcher Konstellation, ob das in einer Mutter-Vater-Kind(er)-Konstellation, bei Alleinerziehenden,
207 Patchwork- oder Regenbogenfamilien geschieht. Wir kämpfen für ein gerechtes Land, in dem jedes einzelne
208 Kind gesund aufwachsen und seine Potenziale entfalten kann.

209 Kinderarmut dürfen wir in einem reichen Land wie unserem nicht zulassen. Jedes vierte Kind in
210 Brandenburg unter drei Jahren ist arm oder armutsgefährdet. Besonders häufig arm sind die Kinder
211 alleinerziehender Mütter oder in kinderreichen Familien. Sie wollen wir deshalb besonders unterstützen.
212 Aufwachsen in Armut bedeutet mehr als finanzielle Not, es betrifft die gesamte Lebenssituation. Denn
213 Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, oft ein Leben lang. Schließlich stehen in keinem anderen
214 Industrieland die Chancen für einen späteren sozialen Aufstieg so schlecht wie in Deutschland. Wir wollen
215 deshalb nicht nur an einem „Runden Tisch“ über Kinderarmut reden, sondern das Problem mit konkreten
216 Maßnahmen wie der „Bildungskarte gegen Kinderarmut“ ernsthaft anpacken. Die Karte soll Kindern, die
217 Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu
218 Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglichen. Besonders wichtig ist uns, dass
219 anspruchsberechtigte Kinder kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita, Schule oder Hort
220 teilnehmen können. Das Land muss den Eigenanteil von einem Euro übernehmen. Auf Bundesebene setzen
221 wir uns für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen und für eine Kindergrundsicherung ein.

222 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Politik. Wir setzen uns für
223 familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für
224 Familien ein. Gleichzeitig möchten wir erreichen, dass Frauen und Männer ihren Wunsch nach
225 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben können und Zeit haben, Kinder oder
226 pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Die Situation von Alleinerziehenden nehmen wir besonders in
227 den Blick.

228 **Mehr Hebammen ausbilden**

229 Jedes einzelne Kind muss gute Startchancen ins Leben haben, von Anfang an. Wir wollen, dass Frauen
230 überall in Brandenburg ihre Kinder selbstbestimmt auf die Welt bringen können, unabhängig davon, ob sie
231 sich für eine Klinik, ein Geburtshaus oder eine Hausgeburt entscheiden. Es kann nicht sein, dass Familien
232 kein Hebamme mehr für die Geburtvorbereitung und die Wochenbettbetreuung finden und
233 Geburtsstationen aus Personalmangel geschlossen werden müssen. Wir brauchen dringend mehr
234 Hebammen. Dafür wollen wir ausreichend Ausbildungskapazitäten schaffen und das Fach
235 Hebammenwissenschaften an einer Brandenburger Hochschule einführen.

236 **„Frühe Hilfen“: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

237 Für eine starke soziale, emotionale, motorische, kognitive und sprachliche Entwicklung brauchen vor allem
238 Kinder aus Familien in schwierigen Lebenslagen eine frühe Förderung. Wir wollen die Mittel für den
239 Kinderschutz und die „Frühen Hilfen“ aufstocken und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ professionalisieren
240 und ausbauen. Kitas wollen wir zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehr-Generationenhäusern weiterentwickeln.
241 Hier können niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung
242 von unterstützenden Patenschaften oder Senior*innenkreise stattfinden. Das Land soll hier Modellprojekte
243 vor allem in berlinfernen Regionen fördern.

244 **Die Welt entdecken: Frühkindliche Bildung verbessern**

245 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Menschen. Deswegen
246 brauchen wir gute Kitas und müssen sie entsprechend ausstatten. In der Relation von Personal zu Kindern
247 liegt Brandenburg trotz leichter Verbesserungen regelmäßig auf den hinteren Rängen. Wir wollen sowohl
248 die Qualität in den Kitas weiterentwickeln als auch die gerade begonnene Einführung der Beitragsfreiheit
249 fortsetzen. Bis dieses Ziel erreicht ist, setzen wir uns für gerechte und vergleichbare Elternbeiträge in den
250 Kommunen ein. Die Gruppengrößen wollen wir senken und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut,
251 möglichst schnell auf die wissenschaftlich empfohlene Relation von 1:3 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für
252 Drei- bis Sechsjährige verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Elternbeitragsfreiheit stärker ausweiten und
253 landesfinanzierten Betreuungszeiten durch die Einführung einer dritten Betreuungsumfangsstufe
254 bedarfsgerecht ausbauen. Das auf unsere Initiative hin beschlossene landesweite Kita-Qualitätsmonitoring
255 soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können. Das
256 Kitagesetz wollen wir über einen öffentlichen Beteiligungsprozess umfassend reformieren, um den
257 erweiterten Bildungsauftrag, die Qualitätssicherung, die räumliche und zeitliche Bedarfsabdeckung, eine
258 gerechte Finanzierung und Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zu regeln. Wir wollen
259 flächendeckend gezielte Sprachförderung, Musik- und Bewegungsangebote und gutes Essen, ohne dass
260 Eltern dafür draufzahlen müssen. Das Programm „Kiez-Kita“ wollen wir weiter verbessern. Die Zahl von 100
261 Kitas, die aufgrund ihres Sozialindex jetzt im Rahmen des Programms „Kiez-Kita eine halbe bis ganze
262 Stelle zusätzlich beantragen können, ist zu klein.

263 Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte.
264 Auch hier muss gelten: Gute Qualität der Arbeit, gute Ausbildung, gute Bezahlung, die über den
265 Mindestlohn hinaus geht und eine regelmäßige Evaluierung.

266 Damit sich Kinder optimal entwickeln können, brauchen sie die Unterstützung verschiedener
267 Berufsgruppen. Hierzu wollen wir in den Kitas multiprofessionelle Teams einsetzen. Neben Erzieher*innen
268 gehört hierzu auch Personal aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für Die
269 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und
270 Therapieprogramme anbieten.

271 **Kinderrechte umsetzen, Kinder und Jugendliche beteiligen**

272 Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Wir wollen
273 Kinder darin unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb werden wir ein Konzept erarbeiten, wie wir
274 die Kinderrechts-Charta in Brandenburg am besten umsetzen können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen
275 künftig in Brandenburg eine eigene Anlaufstelle finden, die ihnen mit juristischem Rat zur Seite steht. Die
276 Initiative der Landesregierung, sich im Bundesrat für „Kinderrechte ins Grundgesetz“ einzusetzen,
277 unterstützen wir. Aufgrund unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und
278 Jugendbeteiligung jetzt verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir wollen die konkrete
279 Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort von Landesseite unterstützen, denn es ist wichtig, dass die
280 Beteiligung auch wirksam ist. Da es viele tolle Beispiele für gut funktionierende Kinder- und
281 Jugendparlamente, Jugendbeiräte oder Jugendforen gibt, wollen wir eine landesweite
282 Informationskampagne mit Best-Practise-Beispielen starten.

283 **Kinder und Jugendhilfe stärken**

284 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Angebots- und Unterstützungssystem, das Familien
285 bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenslagen auf Augenhöhe berät und ihnen unter die
286 Arme greift. Wir wollen eine freundliche, den Menschen und den Familien zugewandte Behörde, die
287 präventiv und proaktiv tätig wird und so Benachteiligungen vermeidet und abbaut. Jugendämter sollen
288 stärker zur Schaffung von positiven Lebensbedingungen beitragen und eine kinder- und
289 familienfreundliche Umwelt gestalten, damit Familien gar nicht erst in Bedrängnis geraten. Um zuzuhören
290 und sensibel mit den Betroffenen umzugehen müssen sich Sozialarbeiter*innen ausreichend Zeit nehmen
291 können. Derzeit sind die einzelnen Fallzahlen in der Kinder- und Jugendhilfe viel zu hoch. Wir setzen uns

292 für bessere Rahmenbedingungen, mehr finanzielle Ressourcen und qualifiziertes Personal sowie gute
293 Fortbildungs- und Supervisionsangebote für die Mitarbeiter*innen ein.

294 Wir betrachten Jugend- und Jugendsozialarbeit als Anspruch nicht nur für benachteiligte, sondern für alle
295 Jugendlichen. Jugend- und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit mit politischer, sozialer,
296 kultureller und persönlichkeitsbildender Funktion. Die Sozialraumorientierung wollen wir ausbauen und
297 möglichst über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus weitere Einrichtungen, z.B. Schulen, stärker in die
298 Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds einbeziehen.

299 Skandalöses Versagen wie das der Fachaufsicht des Landesjugendamts und des Ministeriums für Bildung,
300 Jugend und Sport in den Haasenburg-Heimen darf sich nicht wiederholen. Unsere Fraktion brachte die
301 Vorgänge auf die Tagesordnung des Landtags und setzte eine Untersuchung sowie Neu-Konzeption des
302 Umgangs mit dieser Klientel durch. Wir wollen die empfohlenen Maßnahmen umsetzen, die Fachaufsicht
303 personell aufstocken und die Einrichtungen fachlich beraten, unterstützen und ggf. auch kontrollieren. Für
304 Konfliktsituationen zwischen Betroffenen und dem Jugendamt wollen wir das Netz regionaler
305 Ombudsstellen weiter ausbauen.

2.2NEU4 Bildung fürs Leben: Schule und Ausbildung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

222 Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung
223 eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer
224 zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Das wollen wir ändern. Wir sehen Schulen als Lern- und
225 Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Alle Kinder können und wollen lernen.
226 Dafür muss es gute Rahmenbedingungen geben und Freiräume, in denen sich alle Beteiligten entfalten
227 und gute Arbeit leisten können.

228 **Lehrer*innen und Seiteneinsteiger*innen ausbilden und qualifizieren**

229 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Gute Lehrer*innen für unsere Kinder und Jugendlichen zu finden und zu
230 qualifizieren ist die zentrale Herausforderung der Schulpolitik in den nächsten fünf Jahren. Unsere
231 Warnungen vor einem drohenden Lehrkräftemangel wurden viele Jahre lang ignoriert. Das rächt sich nun.
232 Die Universität Potsdam bildet als einzige, brandenburgische Universität Lehrkräfte für fast alle
233 Schulformen und Schulstufen aus. Knapp ein Fünftel aller Studierenden der Universität Potsdam, also ca.
234 3.300, sind derzeit im Lehramt immatrikuliert. Jährlich verlassen 500 Lehramtsstudierende die Universität
235 Potsdam, eingestellt werden müssten in diesem und den nächsten Jahren aber zwischen 950 und 1200
236 neue Lehrer*innen pro Jahr. Inzwischen hat die Universität angekündigt, die Zahl der
237 Lehramts-Studienplätze schrittweise bis zum Jahr 2020 auf 1.000 zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu
238 etwa 800 ausgebildeten Lehrer*innen jährlich führt. Und auch nach 2023/24 werden weiter jährlich mehr
239 als 600 Lehrer*innen benötigt.

240 Um den großen Bedarf an Lehrkräften zu decken, wollen wir deshalb die Kapazitäten für die
241 Lehramtsausbildung auf Dauer erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und
242 Inklusionspädagogik. Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch möglichst gut ausgebildete Lehrer*innen.
243 Wir wollen die Einführung eines Lehramtsstudiums an der Universität Cottbus, evtl. speziell für die
244 MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), prüfen. Außerdem wollen wir neue
245 Ausbildungswege entwickeln, zum Beispiel ein duales Studium oder Ein-Fach-Lehrkräfte. Die
246 Lehramtsausbildung wollen wir reformieren und praxisnäher gestalten. Kurzfristig lässt sich der große
247 Bedarf nur über Seiteneinsteiger*innen decken. Wir setzen uns für gute Konzepte ein, um diese zu
248 gewinnen und von Anfang an entsprechend zu qualifizieren.

249 Mit einer Erhöhung der Vertretungsreserve auf sechs Prozent wollen wir dem hohen Unterrichtsausfall
250 begegnen.

251 Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz
252 neue Lösungen ermöglichen, wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der
253 Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung sowie Aufstiegschancen.

254 Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein, um den
255 ruinösen Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von
256 Lehrkräften zu beenden. Damit die Lehrkräfte sich stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren
257 können, wollen wir die Schulorganisation anders gestalten und zusätzliches Verwaltungspersonal
258 einführen, z. B. für die Unterstützung der Klassenleitung bei organisatorischen Tätigkeiten. Zur Entlastung
259 der Schulleitung von Verwaltungsaufgaben wollen wir an großen Schulen hauptamtliche
260 Verwaltungsleitungen einsetzen.

261 Der Beruf der Lehrkraft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr
262 Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und anderen

263 Expert*innen und die Nutzung digitaler Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des
264 Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze für Lehrer*innen
265 innerhalb der Schulen ist dazu dringend erforderlich.

266 **Medienbildung und Digitalisierung voranbringen**

267 Um in der modernen Lebenswelt selbstbestimmt teilhaben zu können, ist ein grundlegendes Verständnis
268 der digitalen Technik unverzichtbar. Die neuen Medien bieten große Chancen, aber auch große Gefahren.
269 Sie verändern Kommunikation und Alltag, auch Lernen und Lehren in Schule, Uni und Freizeit ändern sich.
270 Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit Bund und Kommunen die technische
271 Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital gestützten Unterricht auf den
272 erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein schneller Breitbandanschluss und WLAN sowie ausreichend
273 Computer, Laptops oder Tablets. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig den verantwortungsbewussten
274 Umgang mit digitalen Medien lernen. Neben technischen Fähigkeiten gehören dazu ergänzend zur
275 fachübergreifenden Medienbildung auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen
276 Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds. An allen weiterführenden Schulen wollen wir
277 Informatik oder das neue Fach "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Auf einer landesweiten
278 Plattform wollen wir freie Lernangebote (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den
279 Austausch zwischen Lehrer*innen unterstützen. Wir wollen einen Runden Tisch Medienbildung etablieren,
280 um alle beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen.

281 **Die Schule im Dorf lassen - Grundschulstandorte erhalten**

282 Zur Qualität von Bildung gehört für uns auch, dass unsere Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an
283 Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb wollen wir möglichst viele
284 Grundschulstandorte erhalten oder schaffen, ohne Abstriche an der Bildungsqualität zu machen. In den
285 ländlichen Räumen kann dieses Ziel beispielsweise mit Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4.
286 Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse erreicht werden.

287 **Von der Kita in die Schule - mehr Zeit (und Geld) für gelungene Übergänge**

288 Guter Unterricht beginnt vor dem ersten Schultag. Um den Übergang der Kinder von der Kita zur
289 Grundschule zu verbessern, müssen Schulen und Kitas besser kooperieren können. Das gilt auch für den
290 Übergang von der Schule zur weiteren Ausbildung. Schließlich gehören die Übergänge im Bildungssystem
291 zu den sensibelsten Phasen im Bildungsweg eines Kindes.

292 **Längeres gemeinsames Lernen auch nach Klasse sechs**

293 Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule ist entscheidend. Für die Qualität ist es
294 förderlich, wenn Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können. Die bestehende
295 Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halbherziger Schulreformen der Vergangenheit. Wir
296 wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt einer
297 Veränderung wollen wir daher die Oberschule stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, die auch den
298 Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir möchten eine Schulform, die alle
299 Abschlüsse ermöglicht und niemanden frühzeitig ausschließt. Darum bestärken wir alle Schulträger, die
300 gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse oder darüber hinaus anbieten wollen. In ländlichen Regionen
301 wollen wir Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit
302 Oberstufe zusammenzulegen. Modularisierte Oberstufen und doppelqualifizierende Bildungsgänge, die
303 Abitur und Berufsausbildung („Berufsabitur“) verbinden, finden unsere Unterstützung.

304 **Inklusive Schule: Mehr individuelle Förderung für alle!**

305 Wir unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle
306 Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach.
307 Wir wollen Schulen dazu befähigen, sich noch weiter zu öffnen und gleichzeitig die besonderen
308 Fähigkeiten aller Lernenden zu entwickeln. Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das
309 Konzept der „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Gleichzeitig brauchen wir inklusive

310 Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe wie „körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“,
311 „Hören“ und „geistige Entwicklung“. Vor allem in der Sekundarstufe besteht bei der Inklusion noch
312 Nachholbedarf. Die Lehrkräfte brauchen mehr und bessere Angebote, sich entsprechend zu qualifizieren.
313 Uns ist wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch von Kindern mit Förderbedarf auch nach Abschluss
314 der sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Die schulinterne Verwendung
315 der Mittel für die Inklusion darf nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen werden. Zudem wollen
316 wir die Klassengrößen für den inklusiven Unterricht weiter senken. Wir wollen es Schulen ermöglichen, in
317 demokratischer Selbstentscheidung bis Klasse neun auf Ziffernnoten zu verzichten und den Lernfortschritt
318 und die Lernentwicklung in verbalen Beurteilungen sowie Ziel- und Bilanzgesprächen zu dokumentieren.

319 Die Kulturelle Bildung wollen wir stärken und allen Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit
320 vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen.

321 Wir fördern Kreativität und neue Unterrichtsformen wie projektbezogene Gruppenarbeit und stellen dafür
322 auch entsprechende Räumlichkeiten, wie Werkstätten und sogenannte „Fablabs“ (Fabrikationslabore)
323 bereit.

324 Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut, aber es gibt noch Lücken, die wir
325 schließen wollen. Auch die schulpsychologische Betreuung wollen wir schrittweise verbessern.

326 **Willkommen: Geflüchtete Kinder und Jugendliche gut integrieren**

327 Ohne eine engagierte Arbeit an unseren Schulen wird Integration nicht gelingen. Für den Unterricht in den
328 Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen brauchen wir gut fortgebildete
329 Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von Lehrkräften zu
330 nutzen, die selbst geflüchtet sind und unterstützen das „Refugee Teacher Program“ an der Universität
331 Potsdam.

332 **Ganztagschulen weiterentwickeln**

333 Wir wollen die Anzahl und Qualität der Ganztagschulen bedarfsgerecht steigern. Von einer guten
334 Ganztagschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages: Phasen des intensiven Lernens wechseln sich
335 mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit haben
336 ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen aus regionalen Produkten.
337 Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die
338 Jahrgangsstufen vier bis sechs. Wir wollen, dass sich Lehrkräfte und Horterzieher*innen gemeinsam
339 fortbilden und integrierte Konzepte entwickeln können. Die Ganztagsangebote der weiterführenden
340 Schulen in der Sekundarstufe I (Klasse sieben bis zehn) wollen wir weiter ausbauen. Die Jugendsozialarbeit
341 wollen wir dabei einbeziehen und verstärken. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die
342 Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle Bildungsangebote
343 gemacht werden können. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit
344 und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

345 **Berufsorientierung fördern**

346 Bundesweit gibt es 326 Ausbildungsberufe und über 16 000 Studienangebote – die individuell richtige
347 Entscheidung zu treffen ist eine der großen Herausforderungen auf dem Lebensweg junger Menschen.

348 In der Schule als zentralem Lern- und Lebensort für die Schüler*innen muss Berufs- und
349 Studienorientierung (BSO) eine größere Rolle spielen, zum Beispiel im Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)
350 bzw. in der Oberstufe im Seminarskurs zur Studien- und Berufsorientierung. Wir wollen die
351 Berufsorientierung zu einem Qualitätsmerkmal jeder Schule machen und das Qualitätssiegel „Exzellente
352 Berufsorientierung“ fördern. Die Betriebspraktika an den weiterführenden Schulen müssen einen festen
353 Platz im Schuljahreskalender haben, ebenso das Praxislernen oder die Gründung von Schülerfirmen.
354 Kooperationen von Unternehmen, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, Bundesagentur
355 für Arbeit, Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg mit Schulen sowie den Aufbau von
356 Berufs- und Studienorientierungs-Teams an den weiterführenden Schulen wollen wir stärken.

357 Die Zustimmung der Brandenburger Jugendlichen zu ihrem Land und zu ihrer Heimat wollen wir durch eine
358 qualifizierte Berufs – und Studienorientierung an den Schulen fördern, zum Beispiel mit einem regionalen
359 runden Tisch, an dem Betriebe und Unternehmen, Schulen und die Jugendberufsagentur den Übergang in
360 die duale Ausbildung oder das duale Studium thematisieren. Den "Brandenburgischen
361 Ausbildungskonsenses" wollen wir fortschreiben, um die betriebliche Berufsorientierung und die duale
362 Ausbildung weiter zu stärken. Analog wollen wir ein Konzept entwickeln, das die Studienorientierung und
363 den Übergang von Schule zur Hochschule im Fokus hat.

364 **Duale Ausbildung stärken**

365 Die beruflich duale Ausbildung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in unserem Bildungssystem. Wir wollen sie
366 stärken und die Oberstufenzentren personell und technisch gut ausstatten, damit sie mit den veränderte
367 Rahmenbedingungen in der Praxis Schritt halten können. Noch immer gibt es zahlreiche unbesetzte
368 Lehrstellen, während gleichzeitig junge Menschen auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz
369 sind und viele Unternehmen gar nicht ausbilden. Um Betriebe und Bewerber*innen besser
370 zusammenzubringen, brauchen wir Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr und ein
371 kostenfreies Azubi-Ticket.

372 Fast jede*r dritte Auszubildende in Brandenburg wechselt die Lehrstelle oder bricht die Ausbildung sogar
373 ganz ab. Diese Zahl wollen wir deutlich reduzieren. Fehlende Ausbildungspläne, Überstunden sowie
374 schlechte Bezahlung sind laut Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes in vielen
375 Ausbildungsberufen ein Problem. Wir setzen uns für Mindestausbildungsvergütungen und bessere
376 Beratung und Kontrolle der Ausbildungsbetriebe ein.

377 Die Ausbildung an beruflichen Schulen muss für zukünftige Erzieher*innen, Altenpfleger*innen und
378 Sozialassistent*innen kostenfrei sein. Wir wollen für diese Berufe eine duale Ausbildung, die eine
379 Ausbildungsvergütung einschließt, einführen.

380 Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, doch bei vielen Jugendlichen mit
381 Vermittlungshemmnissen stößt es an seine Grenzen. Daher brauchen wir gute Schulsozialarbeit und
382 Qualifizierungsmaßnahme wie „produktives Lernen“ oder überbetriebliche Lernorte, die benachteiligte oder
383 geflüchtete Jugendliche auf ihrem Weg in die Ausbildung oder Berufsfindung begleiten.

384 **Räume für individuelles und kreatives Lernen bauen**

385 Gute Schule ist angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und
386 ermöglicht individuelle Lernwege. In den Kommunen machen wir uns dafür stark, an moderne Lernformen
387 angepasste Unterrichtsräume zu schaffen. Die Raumempfehlungen wollen wir im Hinblick auf moderne
388 Pädagogik und Inklusion aktualisieren. Gerade für Ganztagschulen gibt es viele Möglichkeiten, mit
389 offenen Raumkonzepten zu differenziertem Unterricht anzuregen, moderne Medien einzubeziehen und
390 Schule als Lebensraum zu gestalten. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm für die Sanierung oder den
391 Neubau von Schulen auflegen.

392 **Schulen in freier Trägerschaft**

393 Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft. Daher setzen wir uns auch für ein faires,
394 transparentes und verlässliches Finanzierungsmodell für die Schulen in freier Trägerschaft ein. Die
395 Wartefrist bis zur Zuschussung durch das Land wollen wir auf zwei Jahre verkürzen. Auch kleine (Eltern-)
396 Initiativen wollen wir besser unterstützen. Außerdem wollen wir alle Schulen in die
397 Schulentwicklungsplanung und die kommunalen Bildungslandschaften einbeziehen, ebenso wie in die
398 Schulvisitation.

399 **Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn**

400 Brandenburg braucht endlich ein Mehrsprachigkeitskonzept, das auch Polnisch als Nachbarsprache,
401 Sorbisch als Minderheitensprache und die Herkunftssprachen der Lernenden berücksichtigt. In der
402 Sprachforschung ist unbestritten, dass die Zweitsprache umso besser gelernt werden kann, je besser die

403 Muttersprache beherrscht wird. Wir wollen Mehrsprachigkeit stärker fördern und bedarfsgerechte
404 Angebote für alle Altersgruppen schaffen.

405 **Lebenslanges Lernen ermöglichen**

406 Die Erwachsenenbildung ist unverzichtbar für das berufliche, politische und kulturelle Leben in unserer
407 demokratischen Gesellschaft. Volkshochschulen ergänzen die Weiterbildungslandschaft und tragen durch
408 die Sprach- und Integrationskurse maßgeblich zur Integration der Geflüchteten bei. Wir wollen die
409 Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für faire Honorare und qualifiziertes
410 Personal ein.

411 Den Zweiten Bildungsweg wollen wir ausbauen und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar
412 machen. Er ist eine Möglichkeit, versäumte Bildungschancen nachzuholen und die persönlichen
413 Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Lange Anfahrtswege sind jedoch oftmals ein Hindernis für
414 den erfolgreichen Abschluss. Dem wollen wir mit verstärkten online-Angeboten begegnen.

415 Bibliotheken als wichtige kulturelle Treffpunkte stehen in der finanziellen Verantwortung der Kommunen.
416 Wir wollen sie als Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

417 **Partizipation: Gute Bildung wächst von unten**

418 Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen.
419 Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher
420 Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Wir wollen die Vertretungsorgane von Schülerinnen und
421 Schülern in ihren Rechten stärken, vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen
422 wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau
423 von Kita-Beiräten. Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und andere Einrichtungen sollen
424 stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

425 **Mehr Geld für Bildung**

426 Bildung eröffnet Zukunft – für den Einzelnen, aber auch für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft.
427 Darum sind Bildungsausgaben für uns Bündnisgrüne unverzichtbare Investitionen in die Zukunft. Wir
428 wollen allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten – unabhängig von ihrer
429 Herkunft, von ihren Lebensumständen und dem Geldbeutel ihrer Eltern. Die notwendigen Verbesserungen
430 des Bildungssystems sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb wollen wir deutlich mehr Geld in das
431 Bildungssystem stecken - für eine bessere Qualität in unseren Kitas und Schulen.

2.3NEU2 Ideenschmiede und Zukunftslabor: Wissenschaft und Hochschule

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

270 Unser Land verfügt über eine gute und vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätzen.
271 Unsere Hochschulen und hochschulnahen Institute, ihre Wissenschaftler*innen und Studierenden sind
272 wichtig für den gesellschaftlichen und kulturellen Diskurs, für soziale, wirtschaftliche und technische
273 Innovationen und für die Vielfalt in Brandenburger Städten. Sie setzen Impulse und geben Antworten auf
274 die Fragen unserer Zukunft: Ob zur Klimakrise, zum Strukturwandel oder zu einem sozial gerechten
275 Miteinander. Sie sind der Hort wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit in Lehre, Forschung und
276 Wissenstransfer. In einem Land wie Brandenburg, das über materielle Rohstoffe nicht verfügt oder wie die
277 Braunkohle aus ökologischen Gründen nicht mehr länger ausbeuten darf, sind Forschung und Entwicklung
278 von den Grundlagen bis zur Anwendung das Potenzial nachhaltiger Landesentwicklung. Wir wollen
279 Brandenburgs Hochschulen deshalb im Interesse der Landesentwicklung die Möglichkeiten verschaffen,
280 dieses Potenzial in gesellschaftlicher Verantwortung noch besser auszuschöpfen.

281 Nach wie vor liegt Brandenburg bundesweit auf dem vorletzten Platz in der Hochschulfinanzierung.
282 Nirgendwo in Deutschland wird weniger Geld pro Einwohner*in investiert als hier. Pro Kopf wird in
283 unserem Bundesland nur 13,7 Cent für Hochschulen ausgegeben, während der Bundesschnitt bei 20 Cent
284 liegt. Dies ist ein Unterschied von 46%!

285 Unser Ziel ist die Entwicklung einer Hochschullandschaft, die den Wissenschaften konkurrenzfähige
286 Möglichkeiten bieten, eng mit der Landesentwicklung und der Überwindung ihrer Strukturprobleme
287 verknüpft ist und sich zugleich kooperativ, arbeitsteilig und produktiv in die gemeinsame
288 Hochschullandschaft der Region Berlin-Brandenburg einpasst.

289 **Finanzierung der Hochschulen verbessern**

290 Wir wollen die Grundmittel der Hochschulen aufstocken, um sie freier von Töpfchenwirtschaft, Drittmitteln
291 und Programmsteuerung werden zu lassen. Freie Mittel sind für die Hochschulen unerlässlich, um
292 Innovationen voranzubringen, Grundlagenforschung zu betreiben und eine leistungsstarke Verwaltung
293 aufzubauen. Denn Grundlagenforschung zu kulturellen und gesellschaftlichen Fragen muss gegenüber
294 wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion wieder mehr in den Fokus rücken. Dafür ist die Abschaffung
295 des Kooperationsverbots wichtig, um auch mehr Geld vom Bund bekommen zu können. Zusätzlich werden
296 wir ein Landesforschungsprogramm auflegen, welches die Forschungsthemen Klimakrise und
297 Strukturwandel und Nachhaltigkeit besonders berücksichtigt.

298 Nach dem Ende des Hochschulpakts von Bund und Ländern im Jahr 2020 erwarten wir, dass der Bund seine
299 Förderung von derzeit vier auf mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Erfolgreiche Projekte aus
300 dem Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen. Eine Finanzierung der Hochschulen durch die Einführung
301 von Studiengebühren lehnen wir ab. Versteckte Studiengebühren, wie die Rückmeldegebühren wollen wir
302 abschaffen, da sie nicht geeignet sind die Finanzierung der Hochschulen nachhaltig zu verbessern und eine
303 nicht gerechtfertigte Belastung der Studierenden darstellen.

304 Wir schauen in der Hochschulpolitik über den Tellerrand. Die in Brandenburg und Berlin entstandene
305 Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige
306 Entwicklung der Hochschulen. Wir wollen Schwerpunkte setzen und die Einrichtungen besser vernetzen.
307 Durch gegenseitige Anerkennung wollen wir flexible Übergänge ermöglichen. Auch die Kooperation mit
308 den Hochschulen in Sachsen und Polen wollen wir ausbauen.

309 Varianten zur Abstimmung auf der LDK:

310 Variante 1: Für Mangelberufe im medizinischen Bereich wollen wir in Brandenburg bessere
311 Studienmöglichkeiten schaffen und vermehrt Studiengänge in den Gesundheitsberufen anbieten und
312 ausbauen. Die mit dem Gesundheitscampus Berlin-Brandenburg angeschobene Entwicklung wollen wir
313 weiter vorantreiben. Wir wollen das Fach Hebammenwissenschaften an einer Brandenburger Hochschule
314 einführen und eine Medizinische Hochschule gründen, um ein staatliche Medizinstudium auch in
315 Brandenburg möglich zu machen.

316 Variante 2: Eine eigene medizinische Fakultät oder gar Hochschule wird aus diesen Überlegungen heraus
317 von uns abgelehnt. Berlin bietet für die akademische Ausbildung von Mediziner*innen die besten
318 Voraussetzungen. Ein staatliches Medizinstudium auch in Brandenburg möglich zu machen, würde noch
319 lange nicht das Problem der medizinischen Unterversorgung in unseren ländlichen Regionen beseitigen.
320 Hier müssen andere Lösungen her.

321 **Hochschulen als Orte gelebter Demokratie**

322 Wir werden eine Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) auf den Weg bringen,
323 das die Autonomie der Hochschulen stärkt, ihnen neue Eigenverantwortlichkeiten gibt, ihre eigenen
324 demokratischen Entscheidungsprozesse fördert und die Abhängigkeit von Ministerien mindert. In Zukunft
325 sollen die Hochschulen die "Dienstherren" der Professor*innen sein, nicht das Land. Jedoch dürfen dabei die
326 Hochschulen, solange sie noch nicht die Tarifhoheit besitzen, nicht auf den Pensionslasten und den
327 Tarifierhöhungen sitzen bleiben. Jedoch dürfen dabei die Hochschulen, solange sie noch nicht die
328 Tarifhoheit besitzen, nicht auf den Pensionslasten und Tarifierhöhungen sitzen bleiben. Das Land soll sich
329 auf die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den
330 Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die
331 Hochschulen verteilt werden. Alle vier Statusgruppen – Studierende, akademischer Mittelbau,
332 Professor*innen und nichtwissenschaftliches Personal – sollen die Hochschule aktiv mitgestalten
333 können.

334 Wir wollen die Möglichkeiten zum Studieren und die Studienbedingungen für die jungen Menschen in
335 Brandenburg verbessern. Innovative Lehr- und Lernformen an den Hochschulen wollen wir durch
336 Landesprogramme fördern und verstärkt in die Lehre investieren. Die Verbesserung der Lehr- und
337 Studienbedingungen kann auch mithilfe eines wirksamen Qualitätssicherungs- und -managementssystem,
338 das sich allerdings nicht in ein überzogenes Berichts(un)wesen ergehen darf, durch die Hochschulen selbst
339 vorangebracht werden. Hier gibt es in Brandenburg schon gute Beispiele. Wie wollen die Hochschulen
340 dabei unterstützen, effiziente Strukturen für die Qualitätsentwicklung insbesondere in Lehre und Studium
341 aufzubauen oder weiter zu entwickeln.

342 Wir werden die Bedingungen für erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter optimieren. Dazu gehört
343 auch der Ausbau des Wissenstransfers von den Brandenburgischen Hochschulen in die brandenburgische
344 Gesellschaft und Wirtschaft durch Ausgründungen, Weiterbildung und regionale Verankerung. Wir werden
345 den Ausbau der Brandenburger Wissenschaftslandschaft auch unter der Perspektive betreiben, dass er in
346 den jeweiligen Landesteilen maßgeblich zur regionalen Entwicklung beiträgt. Die Drittmittelforschung
347 bindet in der Regel öffentliche Mittel und muss daher für uns ein hohes Maß an Transparenz erfüllen. Denn
348 Transparenz schafft nicht nur die Akzeptanz für die öffentlich Zuweisungen für Wissenschaft und
349 Forschung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft an der ethischen Debatte über
350 Forschungsvorhaben stärker zu beteiligen. Deshalb unterstützen wir Konzepte für den öffentlichen Zugang
351 zu Daten und deren Nutzbarkeit im Wissenschaftsbereich (Open Access und Open Data im Sinne der
352 Datengrundlagen) sowie Transparenz- und Zivilklauseln gegen militärische Forschung oder diese
353 unterstützende Projekte.

354 Gute Lehre und Forschung im internationalen Wettbewerb brauchen gute Arbeitsbedingungen mit
355 angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Der
356 Wissenschaftsbereich stellt besondere Anforderungen. Hierzu können flexible Arbeitsverhältnisse (zum
357 Beispiel bei kurzfristigen Forschungsprojekten) und eine leistungsbezogene Entlohnung gehören. Diese
358 Besonderheiten wollen wir in einem eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag berücksichtigt sehen.

359 Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht eine langfristige berufliche Perspektive. Mit unbefristeten
360 Stellen für dauerhaft anfallende Aufgaben wollen wir den akademischen Mittelbau stärken und neue
361 Personalkategorien jenseits der Professur schaffen.

362 Ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich schafft die notwendigen
363 Instrumente für eine effiziente und vorausschauende Personalplanung.

364 Auch wollen wir den Hochschulen als Arbeitgeberverbund Tarifhoheit geben. Nur so kommt es in
365 Hochschule und Wissenschaft zu Beschäftigungsverhältnissen, die durch Tarifvereinbarungen abgesichert
366 sind. Wir wollen dem Berliner Modell folgen und endlich einen eigenen Tarifvertrag für die studentischen
367 Beschäftigten realisieren.

368 Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, zumal in der Besetzung von
369 Professuren. Wir wollen die Chancengleichheit voranbringen, daher werden wir die Hochschulen in die
370 Pflicht nehmen, die Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) erfüllen.

371 **Bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen**

372 Jedes Jahr zu Semesteranfang wiederholt sich das Bild: Tausende von Studierenden sind auf
373 Wohnungssuche und finden weder eine bezahlbare Wohnung noch einen Platz in einer Wohngemeinschaft
374 oder einem Wohnheim. Die Situation verschärft sich durch rasant steigende Mieten ganz besonders in
375 Potsdam. Wir wollen uns gemeinsam mit den Hochschulstädten und Studentenwerken für mehr Neubau
376 von Studierendenwohnungen und Wohnheimen einsetzen, u.a. indem die Studentenwerke befähigen, selbst
377 Kredite aufzunehmen.

378 Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Erhöhung und eine Reform des BAföGs.

379

380 Perspektivisch wollen wir in Brandenburg klimaneutrale Hochschulen schaffen und unterstützen Konzepte
381 für den Einsatz von Erneuerbaren Energien, Wärmewende und den ressourcenschonenden Umgang mit
382 Verbrauchsmaterialien.

2.4NEU3 Chancen für alle: Faire Arbeit

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

294 Ob Erwerbsarbeit, Ehrenamt oder Familienarbeit: Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen
295 Stellenwert. Gute Erwerbsarbeit ist für viele die Grundlage für ein gesichertes Einkommen, soziale
296 Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Globalisierung und Digitalisierung wirken sich
297 besonders stark auf die Arbeitswelt aus. In Brandenburg sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die Zahl
298 der Arbeitslosen ist heute mit unter sieben Prozent so niedrig, wie noch nie seit 1991. Doch viele der
299 Arbeitsplätze sind befristet, Minijobs oder unsichere Leiharbeit. Auch das Lohngefälle zu den westlichen
300 Bundesländern ist nach wie vor groß, mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in Brandenburg arbeitet im
301 Niedriglohnsektor - oft in Jobs, in denen sie so wenig verdienen, dass sie mit Wohngeld oder
302 Arbeitslosengeld II (ALG II) aufstocken müssen.

303 Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Unser grünes
304 Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und Teilhabe. Sozialverträgliche
305 Beschäftigung und faire Entlohnung gehören für uns zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens.
306 Schlecht bezahlte, unsichere Jobs erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu
307 Armut im Alter. Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen
308 Menschen gerechte Chancen und fairen Arbeitslohn bietet.

309 Wir setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Ende der
310 Lohndiskriminierung von Frauen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Typische Frauenberufe“,
311 beispielsweise in der Pflege, müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden –
312 Geschlechterstereotype bei der Berufswahl wollen wir überwinden.

313 Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir
314 ihnen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und dazu Modellprojekte initiieren.

315
316 Verkaufsoffene Sonntage sehen wir sehr kritisch. Sie behindern die Familienzeit der Angestellten,
317 untergraben den letzten weitgehend kommerzfreien Wochentag und begünstigen die großen Ketten
318 gegenüber den kleinen Läden, die zusätzliche Öffnungstage oft nicht stemmen können. Wir wollen sie
319 deshalb auf ganz besondere Anlässe reduzieren.

320 **Öffentliche Hand als Vorbild**

321 Errungenschaften wie der Mindestlohn dürfen nicht aufgeweicht werden. Prekäre Entlohnung im
322 öffentlichen Auftrag darf es nicht geben. Das betrifft die Vergaberichtlinien des Landes Brandenburg
323 genauso wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Musik- und Hochschulen. Wer aus öffentlichen Mitteln
324 finanziert wird, muss eine faire Bezahlung erhalten. Die öffentliche Hand wollen wir zum Vorbild für gute
325 Arbeit machen. Mobbing, Überstunden, ständige Erreichbarkeit: Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb
326 werben wir für eine gesundheitsfördernde Arbeitskultur und altersgerechte Arbeitsplätze.

327 Die Beteiligungsrechte der Personalräte im Personalvertretungsgesetz Brandenburg wollen wir ausbauen,
328 besonders in Bezug auf Arbeitsverdichtung und die Auswirkungen der Digitalisierung. Verstöße gegen die
329 Beteiligungsrechte der Personalräte müssen gerichtlich unterbunden werden können.

330 **Langzeitlose in Arbeit bringen**

331 Immer noch sind in Brandenburg mehr als 80.000 Menschen ohne Arbeit. Um sie dauerhaft in Arbeit zu
332 vermitteln, müssen sie individuelle Betreuung und Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung
333 erhalten. Wir wollen die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose verbessern. Wir brauchen sinnvolle
334 Weiterbildungsmaßnahmen, die nachhaltig wirken und nicht nur dazu dienen die Statistik zu schönen.

335 Diese müssen auf Augenhöhe mit den Betroffenen regelmäßig evaluiert und weiter ausgebaut werden. Die
336 Sanktionen gegenüber ALG II-Bezieher*innen sind wirkungslos und diskriminierend. Die
337 Hinzuverdienstregeln sind zudem so restriktiv, dass sich Arbeit kaum lohnt und das ALG II zu einer
338 Stilllegungsprämie verkommt. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen, bessere
339 Hinzuverdienstregeln und eine Reform der Grundsicherung. Statt Androhung und Strafe wollen wir
340 Motivation, Anerkennung und gute Beratung. Das setzt voraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
341 der Jobcenter und Arbeitsagenturen gut geschult sind und Zeit zur individuellen Betreuung haben. Auf
342 Bundesebene setzen wir uns für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen
343 Grundeinkommen (BGE) ein

344 Die Lage der Langzeitarbeitslosen ist besonders schwierig. Arbeitsmarktprogramme, die diesen Menschen
345 lediglich eine kurzfristige Beschäftigung auf dem „zweiten“ oder „dritten“ Arbeitsmarkt ermöglichen, haben
346 sich im Land Brandenburg als nicht zielführend erwiesen. Im Gegenteil, viele der Teilnehmenden der
347 ehemaligen Maßnahmen standen wegen der fehlenden Nachhaltigkeit der Programme bald wieder ohne
348 Arbeit da. Wir möchten, dass für diese Menschen Arbeit öffentlich durch Programme gefördert wird. Für uns
349 steht dabei im Vordergrund, dass die Programme auf Langfristigkeit angelegt sind. Mit einem
350 Passiv-Aktiv-Transfer werden ALG II und Kosten der Unterkunft in einen Zuschuss zu den Lohnkosten
351 umgewandelt. Langzeitarbeitslosen Menschen wird dadurch die Aufnahme einer regulären,
352 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erleichtert. Soziale Teilhabe wird wieder möglich. Wir werden
353 uns gegenüber der kommunalen Ebene und im Bund für die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers
354 einsetzen. Die bestehende Maßnahme „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und
355 Familienbedarfsgemeinschaften“ möchten wir fortführen.

2.5NEU4 Gut und gesund leben: Gesundheit

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

306 Ziel unserer Gesundheitspolitik in Brandenburg ist, Gesundheitsschutz und -vorsorge zu verstärken,
307 Krankheit zu vermeiden und Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. In
308 Brandenburg leben besonders viele alte und sehr alte Menschen mit einem entsprechend hohen Risiko
309 chronischer Erkrankungen. Der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch. Brandenburg hat bundesweit
310 den höchsten Anteil an Raucher*innen. 42,6 Prozent greifen regelmäßig zur Zigarette. Das ist alarmierend.
311 Arme und sozial benachteiligte Menschen sind häufiger als andere krank. Ganz besonders hart wirkt sich
312 Armut auf die Gesundheit der Jüngsten aus. Kinder aus einkommensarmen Familien sind von
313 Gesundheitsproblemen wie starkem Übergewicht, kariösen Zähnen und Entwicklungsverzögerungen
314 überproportional häufig betroffen. Dabei hat jedes Kind ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen!

315 Die Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stellen für viele Menschen einen wichtigen
316 Zugangspunkt zur Gesundheitsversorgung dar. Der ÖGD leistet viel durch zielgruppenspezifische Angebote
317 und direkte Ansprache. Dafür muss der ÖGD ein attraktiver Arbeitgeber werden, der auch junge
318 Generationen von Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräften für eine Tätigkeit begeistern kann. Wir wollen
319 Möglichkeiten entwickeln, um beispielsweise die Unterschiede der Gehälter von Ärzt*innen im ÖGD und in
320 Krankenhäusern anzugleichen.

321 Unser Gesundheitssystem ist ein dynamischer und wachsender Arbeitsbereich, der vielen Menschen in
322 allen Landesteilen eine gute Perspektive bietet. Mit fast 100.000 Beschäftigten in Pflege, Reha- und
323 Wellnesseinrichtungen ist er bereits einer der größten Wirtschaftszweige. Eine der größten
324 Herausforderungen der Zukunft wird die Fachkräftesicherung in diesem Sektor sein. Daher fordern wir für
325 Brandenburg die Einrichtung eines runden Tisches zur Fachkräftesicherung für Gesundheit und Pflege, der
326 ein verbindliches Massnahmepaket erarbeitet und die Umsetzung begleitet.

327 Ein Ur-Grünes Herzensanliegen ist die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin, mit der Trennung von
328 Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Deswegen werden wir im Bund weiter Druck für eine
329 Bürger*innenversicherung machen, um die Lasten von Krankheit endlich solidarisch gerecht zu verteilen.

330 **Kindergesundheit stärken**

331 Gesundheit ist die Grundlage für einen guten Start ins Leben eines Kindes. Wir wollen Hebammen und
332 Entbindungspfleger in ihrer verantwortungsvollen Berufsausübung stärken und dafür Sorge tragen, dass es
333 in Brandenburg auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der
334 Geburtshilfe sowie der Vor- und Nachsorge gibt. Die Schließung weiterer Geburtsstationen lehnen wir ab.

335 Jedes Kind verdient die Chance, gesund aufzuwachsen. Doch es zeigt sich zum Beispiel bei den
336 Schuleingangsuntersuchungen, dass Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus häufiger eine Sprach-
337 und Sprechstörung haben oder übergewichtig sind. Deshalb wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst
338 mit pädiatrischen Angeboten stärken und Kinder von Anfang an gezielt fördern, indem wir das Kindeswohl
339 und den Kinderschutz sichern. Die „Frühen Hilfen“ und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ möchten wir
340 ausbauen und professionalisieren. Sie eröffnen Eltern Ressourcen, um ihre Kinder beim Aufwachsen gut zu
341 unterstützen und zu begleiten. Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder gesunde Ernährung in Kitas
342 und Schulen. Die Kinder, die mehr Unterstützung brauchen, zum Beispiel in Form von Sprach- und
343 Bewegungsförderung oder Angeboten der Logo-, Ergo- oder Physiotherapie sollen diese schnell und
344 unkompliziert erhalten.

345 Des Weiteren unterstützen wir das Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte, bei dem Pflegefachkräfte
346 aktiv Gesundheitsbildung an Schulen leisten, Präventionsangebote machen und Lehrer*innen bei der

347 Betreuung erkrankter Schüler*innen unterstützen. Wir wollen prüfen, ob die Schulgesundheitsfachkräfte
348 aus der Form des Modellprojekts in eine dauerhafte Förderung überführt werden können.

349 **Prävention und Beratung ausbauen**

350 Eine gute gesundheitliche Versorgung benötigt zielgruppengerechte Angebote. Die Menschen im Land
351 Brandenburg sind vielfältig. Dieser Vielfalt wollen wir mit der Stärkung von Beratungseinrichtungen und
352 Präventionsangeboten begegnen. Wir möchten bestehende Beratungsangebote bei Suchterkrankungen
353 oder zur sexuellen Gesundheit erhalten und weiterentwickeln. Auf den Prüfstand gehören ebenfalls die
354 Entwicklung von präventiv wirkenden Angeboten zu Ernährung und Diabetes. Unabhängige
355 Patient*innenberatung und Selbsthilfe-Initiativen fördern wir.

356 Etwa dreizehn Prozent aller Todesfälle sind in Deutschland auf den Konsum von Tabak zurückzuführen,
357 verursacht durch eine ganze Reihe besonders häufiger Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, der
358 Atemwege und Krebsleiden. Im Gegensatz zu anderen Suchterkrankungen wird der Entzug bei Tabak nicht
359 von den Krankenkassen finanziert. Wir wollen daher prüfen, inwieweit Angebote zur
360 Raucher*innenentwöhnung und vor allem zur Prävention durch die Suchtberatungsstellen ausgebaut
361 werden können. Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Nichtraucher*innenschutz konsequent
362 umgesetzt wird. Das geltende Rauchverbot soll auf alle öffentlich zugänglichen Gebäude ausgeweitet
363 werden und bisherige Ausnahmeregelungen müssen fallen.

364 **Medizinische Versorgung im ganzen Land sichern**

365 Wir wollen integrierte Versorgungsangebote ausweiten und die stationäre und ambulante Versorgung
366 besser verzahnen. Dazu wollen wir die Übernahme von Hausarztpraxen durch junge Ärzt*innen erleichtern,
367 zum Beispiel indem die Kommunen Praxisräume bereitstellen, den Auf- und Ausbau von
368 Gesundheitszentren fördern, und den Fortbestand bestehender Projekte wie rollende Arztpraxen und
369 nichtärztliche Praxisassistent*innen *AGNES 2* (Arztentlastende Gemeinde-nahe E-Health-gestützte
370 Systemische Intervention) vorantreiben. Unser Anspruch bleibt die wohnortnahe medizinische Versorgung;
371 mithilfe von Telemedizin kann diese ergänzt und erheblich bereichert werden. Telemedizin wird in Zukunft
372 Teil der Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum werden. Gerade in ländlich
373 strukturierten Flächenstaaten wie Brandenburg kann die Versorgung in Zukunft nur durch die enge
374 Verzahnung der verschiedenen Sektoren der Versorgung (Prävention, ambulante und stationäre Versorgung,
375 Nachsorge, Pflege und Rehabilitation) gesichert werden. Es geht um mehr Kooperation zwischen kleinen
376 und großen Kliniken sowie allen Akteuren der Versorgungskette. Für Brandenburg geht es daher nicht um
377 einen Abbau von Krankenhäusern, sondern um einen Umbau der Standorte zu modernen
378 sektorübergreifenden Gesundheitsanbietern.

379 Dabei sollen der Strukturfonds des Bundes für Umbaumaßnahmen an den Kliniken und der
380 Innovationsfonds für Projektmanagement und Technik genutzt werden. Die Teilnahme des Landes
381 Brandenburg am Krankenhausstrukturfonds und am Innovationsfonds sind systematisch zum Aufbau
382 ambulant-stationärer Gesundheitszentren einzusetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das
383 gemeinsame Landesgremium für sektorübergreifende gesundheitliche Versorgung zukunftsfähige
384 Konzepte in allen Regionen des Landes unterstützt.

385 Eine gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin ist auch in diesem Zusammenhang sinnvoll und
386 unterstützt die wohnortnahe Versorgung von Patient*innen in Brandenburg. Wir setzen uns für eine
387 Planung ein, die das Land Berlin und dessen Angebote der medizinischen Versorgung im Hinblick auf die
388 Behandlungsqualität von Patient*innen und der finanziellen und personellen Ressourcen im
389 Gesundheitswesen beider Länder einbezieht.

390 Das länderübergreifende Projekt ANNOTEM zur Schlaganfallversorgung ist dafür ein gutes Beispiel.
391 Überordnetes Ziel ist die Sicherstellung der flächendeckenden bedarfsgerechten Versorgung in allen
392 Disziplinen. An allen 54 Krankenhausstandorten wollen wir integrierte medizinische Versorgungsangebote
393 erhalten oder entwickeln.

394 **Notfallversorgung muss flächendeckend gesichert sein**

395 Den in Brandenburg eingeschlagenen Weg, die Notfallversorgung mit den Mitteln aus dem bundesweiten
396 Innovationsfonds sektorübergreifend weiter zu entwickeln, halten wir für richtig. Im Ergebnis des
397 landesweiten Projekts müssen Vorschläge für eine flächendeckende Notfall- und Akutversorgung in
398 gleichwertiger Qualität in allen Landesteilen stehen.

399 Ebenso wichtig ist es für uns, das Projekt zur qualifizierten und schnellen Notfallversorgung von
400 Herzinfarktpatient*innen „QS-Notfall“ als flächendeckendes Herzinfarktregister auf das gesamte Land
401 auszuweiten. In Brandenburg erkranken im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich mehr Menschen
402 an einem Herzinfarkt und sterben auch daran. Das muss sich ändern. Die Erfordernisse dünnbesiedelter
403 Regionen müssen mitbedacht werden. Im wirklichen Notfall zählt jede Sekunde, die ein*e Patient*in *in
404 nicht auf dem Weg in die Notaufnahme verliert. Daher stehen wir auch zur Hilfsfrist von 15 Minuten im
405 Land und lehnen jegliche Debatten zur Erhöhung ab. Die neuen Richtlinien des Gemeinsamen
406 Bundesausschusses zur Notfallversorgung sehen wir kritisch, da diese nicht hinreichend den Bedürfnissen
407 einer flächendeckenden Versorgung in ländlichen Räumen Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür, dass alle
408 Krankenhäuser in Brandenburg für ihre Notaufnahmen angemessen entlohnt werden.

409 **Zur Abstimmung auf LDK:**

410 **Mediziner*innen und medizinisches Fachpersonal in Brandenburg ausbilden**

411 *Brandenburg hat deutschlandweit die geringste Ärzt*innendichte (2016: 363,98 pro 100.000 Einwohner*innen).
412 Was schon an sich ein Problem darstellt, wird durch den hohen Anteil der älteren Bevölkerung verschärft. Zur
413 Lösung von Fachkräfteproblemen gibt es nicht das eine Patentrezept. Hier braucht es eine Vielzahl koordinierter
414 Maßnahmen auf Landesebene, in den Kreisen und Gemeinden vor Ort. Wir möchten neben Stipendien für
415 Medizinstudierende, die später auf dem Land praktizieren wollen, auch Anreize für Assistenzärzt*innen schaffen,
416 einen Teil ihrer Ausbildung in ländlichen Regionen zu absolvieren. Und insgesamt fordern wir auch mehr
417 Medizinstudienplätze. Brandenburg bringt sich hier bisher gar nicht ein, neben Bremen ist es das einzige
418 Bundesland ohne eine eigene medizinische Fakultät. Die private Medizinische Hochschule Theodor-Fontane in
419 Neuruppin und Brandenburg an der Havel ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie kann nicht die
420 Kapazitäten einer öffentlichen Hochschule leisten. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass an einer der
421 Brandenburger Universitäten in naher Zukunft eine Medizinfakultät aufgebaut wird. Wir möchten dort die im
422 Gesundheitscampus Brandenburg angeschobene Entwicklung hin zu einem Wissenschaftsstandort, der gezielt
423 die gesundheitlichen Herausforderungen ländlicher Räume in den Fokus nimmt, als spezifisches Profil der
424 Brandenburger Hochschulmedizin etablieren. Bei der Studierendenauswahl soll die individuelle Motivation der
425 Bewerber*innen eine große Rolle spielen. Wir begrüßen den Aufbau des Gesundheitscampus Brandenburg und
426 wollen diesen bis zur Etablierung einer funktionierenden Hochschulmedizin auch weiter vorantreiben.*

427 **Medikamentenversorgung in der Fläche und Arzneisicherheit für Patient*innen sicherstellen**

428 Zum einem funktionierenden Gesundheitssystem gehört auch eine gute Erreichbarkeit von Apotheken.
429 Diese ziehen sich immer weiter aus der Fläche zurück. Gemeinsam mit Apotheker*innen möchten wir daran
430 arbeiten, die Medikamentenversorgung auch in Zukunft flächendeckend zu gewährleisten. Der
431 Versandhandel von rezeptpflichtigen Arzneien kann eine sinnvolle Ergänzung gerade im ländlichen Raum
432 darstellen, ein Verbot halten wir daher für nicht zielführend.

433 **Mehr Schutz für besonders Schutzbedürftige – Antworten auf organisierte Kriminalität in der Pflege und dem Pharmahandel**

435 Der Staat muss gerade im Bereich der Pflege und Gesundheit seiner Aufsichts, Kontroll- und
436 Fürsorgepflicht verlässlich nachkommen. Menschen, die sich aufgrund von Pflegebedürftigkeit oder einer
437 schweren Erkrankung in einer besonders sensiblen Lebenssituation befinden, müssen geschützt werden.
438 Landesbehörden wie die Arzneimittelaufsicht müssen mit ausreichendem und gut geschultem Personal
439 ausgestattet sein. Die Staatsanwaltschaften bei Arzneimittelkriminalität und Pflegebetrug wollen wir
440 personell und strukturell stärken.

441 Medizinische Versorgung – barrierefrei

442 Die Arztpraxis im dritten Stock, die Apotheke mit vier Stufen vor der Türe: Viele bestehende Angebote der
443 gesundheitlichen Versorgung sind nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Damit ist eine freie Arzt- oder
444 Therapeut*innenwahl für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht gewährleistet. Landesweit ist der Anteil
445 an Praxen, Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Ambulanzen mit barrierefreiem Zugang nicht
446 bedarfsgerecht und entspricht somit nicht der UN-Behinderungskonvention. Wir wollen die besonderen
447 Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen in der ambulanten, teilstationären und stationären
448 medizinischen Versorgung besser berücksichtigen. Daher wollen wir uns auf Bundesebene für
449 Förderprogramme einsetzen, die die Herstellung der barrierefreien Zugänglichkeit von Praxen und
450 Apotheken unterstützen.

451 Psychiatrische Versorgung verbessern

452 Psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Krankschreibungen in
453 Brandenburg. Doch nicht nur in ländlichen Regionen reichen die Behandlungsplätze für Menschen mit
454 psychischen Erkrankungen bei Weitem nicht aus. Es fehlen insbesondere psychiatrische Angebote für junge
455 Menschen und für Mütter mit Kindern. Betroffene Menschen brauchen einen schnellen Zugang zu
456 Therapieangeboten. Monatelanges Warten führt zu gesundheitlicher Verschlechterung und birgt das Risiko
457 der Chronifizierung. Wir wollen daher ambulante gemeindenahe Angebote ausbauen, Nachsorgeangebote
458 aufbauen und Kriseneinrichtungen stärken. Die Angebote der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) vor Ort,
459 Psychiatrische Institutsambulanzen (PIAs), Tageskliniken und kommunale psychiatrische Verbände wollen
460 wir von Landesseite stärker fördern.

461 Suchterkrankungen vorbeugen

462 Eine besondere Herausforderung im Bereich der psychischen Erkrankungen stellen Suchterkrankungen dar.
463 Die Vielfalt der Suchtformen reicht von Medien- und Computerspielsucht bis zur Substanzabhängigkeit.
464 Diese Vielfalt findet sich auch in unseren Lösungsansätzen wieder. Menschen mit Suchterkrankungen sind
465 für uns genauso hilfebedürftige Kranke wie andere. Wir werden mithelfen, gesellschaftliche Stigmata
466 abzubauen, die Betroffene allzu oft davon abhalten, professionelle Hilfe zu suchen.

467 Ein Viertel aller erwachsenen Brandenburger*innen konsumiert Alkohol in riskanten Mengen und immer
468 noch rauchen zu viele der Erwachsenen täglich Zigaretten. Die gesundheitlichen Folgen durch Alkohol-
469 und Tabakkonsum sind schwer. Zusätzlich zu diesen dominierenden Drogen zeigen sich jetzt vor allem im
470 Südosten Brandenburgs Auswirkungen des Crystal Meth Konsums, der zu gravierenden gesundheitlichen
471 Schäden führt. Unsere Suchtpolitik wollen wir vor allem an den tatsächlichen Zahlen der Betroffenen
472 ausrichten. Wir werden daher den Fokus landesweit noch stärker auf Alkohol und Tabak setzen ohne
473 spezifische regionale Angebote zum Beispiel hinsichtlich Crystal Meth zu vernachlässigen.

474 Wir setzen auf Prävention und Entkriminalisierung statt auf die Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und
475 Suchtpolitik und werden gemeinsam mit Berlin neue Wege in der Drogenpolitik gehen.

476 Patient*innenrechte stärken

477 Patient*innen wollen nicht nur passiv behandelt werden, sie wollen auch selbst handeln, selbst
478 mitbestimmen und mitreden. Das gilt sowohl für ihre Behandlung bei Ärzt*innen als auch im Krankenhaus
479 oder bei anderen gesundheitlichen Dienstleistungen. Wir wollen prüfen, wie die Arbeit der unabhängigen
480 Patientenfürsprecher*innen in Brandenburg in Zukunft gestaltet werden muss, um dieses Ziel zu
481 erreichen.

482 Antibiotikaeinsatz sinnvoll einsetzen

483 Die Verbreitung multiresistenter Keime in stationären Einrichtungen ist beunruhigend. Das ist ein
484 komplexes Problem, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Wir wollen Kampagnen gegen den
485 unkritischen Antibiotikaeinsatz in der ambulanten Medizin prüfen. Für die Resistenzentwicklung
486 mitverantwortlich ist der weitverbreitete Antibiotikaeinsatz in der industriellen Massentierhaltung. Für uns

487 ist daher klar: Mit der Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft reduzieren wir
488 automatisch auch die Gefahr multiresistenter Bakterien. Den Einsatz von Reserveantibiotika in der
489 Landwirtschaft wollen wir ausschließen. Sie sollen nur für sehr schwere Erkrankungen beim Menschen als
490 letztes Mittel eingesetzt werden.

491

492 **Ambrosia bekämpfen**

493

494 Die fortschreitende Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze stellt eine außerordentliche Belastung in einigen
495 Landkreisen dar. Schon wenige Pollen dieser aus Nordamerika eingewanderten Pflanzenart können bei
496 einigen Menschen schwere Allergien auslösen. Wir wollen die weitere Ausbreitung gezielt verhindern und
497 die vorhandenen Bestände nachhaltig zurückdrängen. Dafür wollen wir ein Monitoring aufbauen und die
498 betroffenen Landkreise und Kommunen bei der Erfassung und Bekämpfung organisatorisch und fachlich
499 unterstützen.

2.6NEU3 Würdevoll alt werden: Pflege

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

348 Ziel grüner Politik ist es, die Gesundheit und Selbstständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu
349 erhalten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür entstehen im Quartier, in der Kommune. Für ein
350 gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein gutes Wohnumfeld, die gute Erreichbarkeit von
351 Arztpraxis, Apotheke, Bank und Geschäften. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen
352 sind ein barrierefreier Öffentlicher Personennahverkehr und der barrierefreie Zugang zu sozialen und
353 kulturellen Angeboten entscheidend.

354 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen wünscht sich, in den vertrauten vier Wänden bis zum
355 Lebensende wohnen zu bleiben. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Organisation von Pflege, sondern
356 vor allem auch auf die Planung und Gestaltung des Wohnumfeldes. Wir brauchen neue Wohnformen. Wir
357 wollen den Genossenschaftsbau stärker fördern, prüfen, wie und für wen Wohngemeinschaften eine echte
358 Alternative zu den eigenen vier Wänden oder der stationären Pflegeeinrichtung sein können. Außerdem
359 wollen wir den barrierefreien sozialen Wohnungsbau entschlossener fördern. Unser Ziel ist, gute
360 Rahmenbedingungen für lebenswerte Orte für Zu-Pflegende und Pflegende zu schaffen.

361 **Neue Wege in der Pflege**

362 In Brandenburg gibt es überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen (im Bundesdurchschnitt sind
363 es 3,5 Prozent, in Brandenburg 4,5 Prozent). Durch den demographischen Wandel werden zukünftig noch
364 mehr alte und sehr alte Menschen hier leben. Gleichzeitig gibt es immer weniger junge Leute und eine
365 zurückgehende Zahl an Pflegekräften. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird immer weniger
366 Pflegepersonal immer mehr Pflegebedürftigen gegenüber stehen.

367 Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Wir stehen für eine würdevolle Pflege, die begleitet und
368 unterstützt. Die Anforderungen an Pflege und Unterstützung steigen, da die Zielgruppen vielschichtiger
369 werden. Menschen mit einer Demenz, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, mit
370 verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und Bedürfnisse müssen auch im Alter
371 berücksichtigt werden. Alte Menschen wollen selbst entscheiden, wie und mit wem sie leben und wie sie
372 gepflegt werden. Ambulante Pflegeangebote, zukunftsweisende Wohnformen und solidarische
373 Nachbarschaften entsprechen zeitgemäßer Pflege. Alle diese Initiativen werden wir unterstützen.

374 Insbesondere wollen wir die „Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ) stärken, die sich um den
375 Aufbau eines guten Pflegeumfeldes vor Ort kümmert. Pflegestützpunkte und Pflegenetzwerke wollen wir
376 ausbauen.

377 **Mehr Nachwuchs, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**

378 Die pflegerische Arbeit ist äußerst belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch anstrengend, die
379 Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der Krankenstand ist weit
380 über dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt bundesweit nur bei 8,4
381 Jahren. Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig, die Fortbildungs- und
382 Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen unterschiedlichen Mindestlohn
383 in West- und Ostdeutschland (10,55 Euro versus 10,05 Euro), die Teilzeitquote liegt zwischen 53 Prozent
384 und 75 Prozent. Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.

385 Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in
386 der Pflege deutlich verbessern. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land
387 Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer
388 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über
389 Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der

390 Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Weiterhin setzen wir uns für eine
391 vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine Ausbildungsvergütung ein. Das Angebot einer
392 akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten.

393 Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von
394 sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.

395 **Mehr Mitsprache für Pflegebedürftige**

396 Wir wollen auch im Pflegebereich mehr Demokratie. Die Bewohner*innen in Heimen und ihre
397 Interessenvertretung – die Heimbeiräte – müssen ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung des
398 Alltags und bei Veränderungen des Angebots erhalten.

399 **Maßnahmen gegen Abrechnungsbetrug**

400 Die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste in Brandenburg und Berlin sorgen für
401 viel Verunsicherung. Um den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine größtmögliche
402 Sicherheit gewährleisten zu können, wollen wir das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste
403 weiterentwickeln. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegestärkungsgesetz III zwar Maßnahmen gegen
404 den Abrechnungsbetrug ergriffen. Es wurden aber hauptsächlich nur die Möglichkeiten für Pflegekassen
405 erweitert, gegen Betrugsfälle vorzugehen. Es fehlt hingegen weiterhin die Beteiligung der Sozialhilfeträger,
406 die über die Hilfe zur Pflege einen großen Teil der Kosten für Pflege in Deutschland tragen. Wir wollen im
407 Land Brandenburg durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Prüfsysteme für ambulante
408 Pflegedienste einführen, die dem Betrug entgegen wirken.

409 **Lebensende in Würde**

410 Zu einer guten Pflege gehört es auch, den Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir
411 streben an, über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hospizliche Leistungen in
412 stationären Pflegeeinrichtungen auszubauen.

413 Ein Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege wird bundesgesetzlich geregelt. Mit
414 Bundesratsinitiativen wollen wir für eine Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit
415 analog zur Elternzeit, sowie eine steuerfinanzierte, auskömmliche Garantierente und ein einheitliches
416 Rentenrecht in Ost und West eintreten. Wir fordern verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der
417 Pflege ein, damit klar geregelt wird, wie viele Patient*innen eine Pflegekraft maximal gut betreuen kann.

2.7NEU3 Willkommen bei uns: Integration von Geflüchteten

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

364 Weltweit sind über 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Von ihnen kommt in Brandenburg nur ein
365 winziger Teil an: Im Jahr 2017 wurden 4.340 Geflüchtete im Land Brandenburg aufgenommen und im
366 ersten Halbjahr 2018 etwa 1.500. Denn sowohl auf europäischer, als auch auf Bundesebene, sowie im Land
367 selbst, findet eine zunehmende Verschärfung der Flüchtlingspolitik statt. Wir schotten uns ab. Diese Politik
368 steht im Widerspruch zu unserer im Grundgesetz verankerten Verpflichtung, geflüchteten Menschen Hilfe
369 und Unterstützung zu gewähren und ein neues Zuhause zu geben.

370 **Kommunen bei Integration unterstützen**

371 Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Vieles können die Landkreise und kreisfreien Städte
372 eigenständig entscheiden: Die Einführung der Gesundheitskarte, den Vollzug der Abschiebungen, die
373 Festlegung der Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Selbstzahler*innen. Das führt dazu, dass
374 Integration in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich gelingt. Wir wollen die
375 Kommunen stärker unterstützen, indem wir mehr in die Integration investieren - in Sprachkurse, Bildung
376 und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit und Wohnungen. Die zu uns geflüchteten Menschen sollen ein
377 selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehört auch, dass wir prüfen wollen, ob und wie politische
378 Beteiligungsformen für Migrant*innen ermöglicht werden können. Außerdem möchten wir die Zahl der
379 Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken.

380 Das großartige ehrenamtliche Engagement der zahlreichen Willkommensinitiativen im Land wollen wir
381 weiter stärken, indem das Land pauschal Kosten der Verwaltung von Initiativen oder gemeinnützigen
382 Trägern der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, übernimmt.

383 **Integration in Arbeit voranbringen**

384 Geflüchtete Menschen machen 6 Prozent aller Arbeitssuchenden im Land Brandenburg aus. Unter allen
385 arbeitslosen Menschen beträgt ihr Anteil 4,4 Prozent.

386 Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür müssen
387 geflüchtete Menschen schnell und ausreichend Deutsch lernen. Sprachlernangebote und
388 Arbeitsmarktprogramme wollen wir daher deutlich ausbauen und flexibilisieren. Für neu angekommene
389 geflüchtete Menschen sind Sprachmittlungsangebote eine wichtige Bedingung für den Anfang in der
390 neuen Umgebung.

391 **Geflüchtete Kinder und Jugendliche besser integrieren**

392 Der Besuch von Kitas und Schulen ist der Schlüssel zum Erfolg der Integration von Kindern und
393 Jugendlichen. Wir wollen Kitas und Schulen stärken, um den Umgang mit Vielfalt und individuelle
394 Förderung zu gewährleisten. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Verbesserung des
395 Betreuungsschlüssels und die Qualitätssicherung in Kitas ein.

396 Der Schulbesuch geflüchteter Kinder und Jugendlicher muss für jedes Kind gesichert sein, ihre Verteilung
397 in den Schulen hat sich nach anfänglicher Konzentration etwas verbessert. Auf unseren Druck hin wurden
398 so auch die Freien Schulen mit einbezogen. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen.

399 In Brandenburg leben rund 1.300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in jugendhilferechtlicher
400 Zuständigkeit. Das Land erfüllt mit einer Quote von ca. 80 Prozent das Aufnahmesoll nicht. Unsere
401 Landtagsfraktion hat mit Erfolg darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten
402 minderjährigen Geflüchteten entsprechend ihrer Bedürfnisse als Jugendliche in speziellen

403 Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ behandelt werden. Wir
404 möchten, dass künftig Maßnahmen, die für alleinreisende Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, allen
405 jungen Erwachsenen bis 27 Jahren zur Verfügung stehen.

406 **Gesundheitsangebote für Geflüchtete ausbauen**

407 Die Gesundheitsversorgung, vor allem die psychotherapeutische Versorgung, wollen wir für Geflüchtete
408 sicherstellen. Zugänge zu psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten müssen vereinfacht und
409 vereinheitlicht, Sprachmittlungsangebote verstetigt werden. Die Behandlungsstelle für traumatisierte
410 Geflüchtete in Fürstenwalde wollen wir erhalten und mit mehr Mitteln ausstatten und darüber hinaus
411 Angebote von psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer landesweit ausbauen. Die Einführung
412 der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein voller Erfolg, sie erleichtert Ärzt*innen die
413 Behandlung und entlastet die Sozialämter. Leider ist sie bisher noch nicht in allen Landkreisen Standard,
414 wir wollen die noch fehlenden kommunalen Träger bei der Einführung tatkräftig unterstützen.

415 **Schutz für die Schwächsten verbessern**

416 Je größer die Unterkunft, desto größer das Konfliktpotential. Dieser Zusammenhang zeigt sich immer
417 wieder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise in der Erstaufnahme in
418 Eisenhüttenstadt. Auf unsere Forderung nach einer besseren psychosozialen Versorgung hat die
419 Landesregierung zumindest mit der Neueinstellung von Sozialarbeiter*innen reagiert. Das begrüßen wir.
420 Besonders gefährdete Geflüchtete, alleinreisende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und mit
421 anderen sexuellen oder religiösen Orientierungen brauchen auch besonderen Schutz.

422 **Faire Asylverfahren garantieren**

423 Wir wollen die bestehenden Ermessensspielräume zugunsten von Geflüchteten nutzen. Insgesamt 624
424 Personen wurden 2017 aus Brandenburg abgeschoben. Erschreckend hoch ist die Zahl der minderjährigen
425 Abgeschobenen: Allein im Jahr 2017 waren es 92 Jugendliche.

426 Die Sicherheitslage in Afghanistan und Syrien ist weiterhin prekär. Nach wie vor sind weite Teile beider
427 Länder heftig umkämpft. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind daher auf unbekannte Dauer
428 nicht zu verantworten. Wir fordern die allgemeine Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an alle
429 geflüchteten Menschen aus Afghanistan und Syrien, wie es das Aufenthaltsgesetz vorsieht.

430
431 Um allen Geflüchteten ein faires und schnelles Verfahren gewähren zu können, muss die angemessene
432 Ausstattung der Verwaltungsgerichte sichergestellt sein.

433 **Keine Abschiebehaftanstalt und keine AnKER-Zentren in Brandenburg**

434 Die wegen Brandschutzmängeln geschlossene Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt wollen wir nicht
435 wieder in Betrieb nehmen. Um die Zahl von Abschiebungen unter Zwang zu minimieren, wollen wir auch
436 künftig finanzielle Mittel für landeseigene Programme zur Förderung einer freiwilligen Rückkehr von
437 Flüchtlingen bereitstellen.

438 AnKERzentren sind integrationsfeindlich und Zeichen einer Politik der Abschreckung. Brandenburg darf sich
439 an dem Aufbau von AnKERzentren nicht beteiligen und muss auch auf Bundesebene diesen Vorstoß
440 entschlossen zurückweisen.

441 **Aufnahmeprogramm für Jesidinnen starten**

442 Die Aufnahme von Schutzsuchenden über humanitäre Sonderkontingente erspart den Betroffenen
443 lebensgefährliche Fluchtrouten, Ausbeutung und horrenden Geldzahlungen an Schlepper. Die IS-Terrormiliz
444 ist dabei, die religiöse Minderheit der Jesidinnen in Syrien und im Nordirak zu vernichten. Wir haben 2016
445 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für verfolgte Jesidinnen mit ihren Kindern initiiert. Das muss nun
446 zügig starten.

2.8NEU2 Das, was das Leben bereichert: Kultur

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

389 Kultur liefert unserer Gesellschaft sehr wichtige Impulse. Eine grüne Kulturpolitik fördert nicht nur die
390 etablierte Kultur (Theater, Orchester, große Museen), sondern auch viele Formen der Kleinkunst und
391 Subkultur. Eine offene und demokratische Gesellschaft gibt es nur mit kultureller Vielfalt, künstlerischer
392 Freiheit und dem Zugang zu kultureller Bildung für alle Menschen. Kulturelle Bildung soll als fester
393 Bestandteil im Alltag aller Bildungseinrichtungen und an außerschulischen Lernorten stattfinden.

394 Brandenburg bietet eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und engagierten Kulturschaffenden in
395 Stadt und Land. Es ist Ziel unserer Kulturpolitik, das kulturelle Leben des gesamten Landes in Theatersälen,
396 Museen, Galerien und Ateliers, Kirchen, Bibliotheken und Musikschulen zu beleben und zu vernetzen.

397 Die „Kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg“ unterstützen wir. Die Ziele sind aber nur zu
398 erreichen, wenn Brandenburgs Kommunen solide finanziert sind, denn es sind die Landkreise, Städte und
399 Gemeinden, die den größten Teil der kulturellen Infrastruktur des Landes tragen. Wir wollen diese dabei
400 zukünftig stärker unterstützen.

401 **Musik- und Kunstschulen in ländlichen Räumen voranbringen**

402 In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir wollen eine
403 Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum entwickeln, das Förderprogramm "Klasse
404 Kunst" und "Klasse Musik" ausbauen und eine bessere Ausstattung ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns
405 für eine angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften ein.

406 **Kulturschaffende, Freie Szene und Soziokultur stärker fördern**

407 Die berufliche Existenz vieler Kulturschaffender ist prekär. Viele zieht es nach Brandenburg, weil sie hier oft
408 noch bezahlbare Ateliers, Proberäume, Werkstätten und Spielstätten finden. Das muss auch im
409 Ballungsraum um Berlin und in Potsdam möglich bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche
410 Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und Aufführungshonorare für die freie Kunst- und Kreativszene
411 zahlen.

412 Auf die gut dreißig freien Theater im Land kommen ein Drittel aller Theaterbesuche, aber nur vier Prozent
413 der Förderung. Uns ist es gelungen, die Förderung der freien Theater ab 2017 deutlich zu verbessern. Das
414 wollen wir fortsetzen. Außerdem treten wir für die Schaffung eines Fonds ein, aus dem nicht nur die
415 Kommunen sondern auch gesellschaftlich aktive Vereine Geld für Theateraufführungen an ihrem Ort
416 beantragen können. Auch für die Kulturarbeit mit Geflüchteten wollen wir mehr Geld bereitstellen.

417 **Erinnerungskultur und Aufarbeitung lebendig halten**

418 Wir sehen uns in der politischen Verantwortung, Konsequenzen aus unserer wechselvollen Geschichte zu
419 ziehen. Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in unserer
420 Gesellschaft kommt den Gedenkstätten eine wichtige aufklärende und demokratiefördernde Funktion zu.
421 Die Erinnerungsorte an die Gräueltaten des Nationalsozialismus und an das Unrecht in der DDR sowie die damit
422 verbundene Bildungsarbeit werden wir finanziell und personell verlässlich weiter fördern. Außerdem
423 wollen wir bisher vernachlässigte Erinnerungsorte in den Blick nehmen, wie zum Beispiel der Armenier, der
424 Sinti und Roma, der Kolonialgeschichte oder jüdischen Lebens vor 1933.

425 **Dörfer und historische Ortsbilder erhalten, Denkmalschutz besser ausstatten**

426 Unsere Baudenkmäler sind wichtige Zeugen der vielfältigen Landesgeschichte Brandenburgs. Sie stiften
427 kulturelle Identität und Heimatverbundenheit. Deshalb haben wir ergänzend zu den bestehenden

428 Förderprogrammen einen Denkmalfonds initiiert, um historisch herausragende Gebäude schnell
429 notzusichern und vor dem endgültigen Verfall zu bewahren. Diesen Fonds wollen wir auf mindestens zwei
430 Millionen Euro aufstocken. Bauherr*innen und Vereine, die ortsbildprägende Gebäude wie Bahnhöfe,
431 Gutshäuser oder Schulen erhalten und sanieren, wollen wir mit einer Erleichterung bei den Bauauflagen,
432 besserer Beratung und einer Sonderförderung unter die Arme greifen.

433 **Filmförderung und Kreativwirtschaft unterstützen**

434 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist mit mehr als 27.000 Erwerbstätigen eine wichtige Branche in
435 Brandenburg und ein starker Motor für Innovationen: Die rund 12.000 Unternehmen setzen jedes Jahr etwa
436 1,4 Milliarden Euro um. Netzwerkarbeit und Mentoring-Angebote sind wichtige Förderungen für die
437 Branche, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir begrüßen daher den Start der Beratungs- und
438 Serviceagentur für Kultur und Kreativwirtschaft als wichtigen Baustein zur Stärkung der
439 Kultureinrichtungen und der Unternehmen der Kreativwirtschaft im Land. Viele Kulturschaffende sind
440 selbstständig und Kleinunternehmer*innen. Die geistigen, kreativen, kulturellen und sozialen Innovationen,
441 die sie schaffen und die zu einer lebendigen Demokratie beitragen, fallen aber bei den klassischen
442 Wirtschaftsförderprogrammen durch das Raster. Das wollen wir durch die Anpassung der Programme
443 ändern.

444 Babelsberg hat sich zu einem international anerkannten Medienstandort entwickelt, immer mehr
445 Menschen finden in der Kultur- und Medienwirtschaft Arbeit. Wir wollen die Entwicklung der Branche
446 gezielt fördern und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Die gemeinsame Filmförderung mit Berlin
447 durch das Medienboard hat sich bewährt. Da der Film ein wichtiger Wirtschafts- und Werbefaktor der
448 Region geworden ist, möchten wir die Film-Förderung durch das Medienboard fortsetzen. Die technische
449 Umsetzung wollen wir aber an ökologische Standards sowie soziale Kriterien (Bezahlung) knüpfen und die
450 Frauenförderquote einführen.

451 **Sorbische und wendische Traditionen machen unser Land bunt und vielfältig**

452 Die Sprach- und Kulturförderung für die lange unterdrückte sorbisch/wendische Minderheit in der Lausitz
453 zahlt sich aus. Sie trägt zum kulturellen Reichtum unseres Landes bei, macht unser Land vielfältiger und
454 bunter und verbindet uns mit unseren östlichen Nachbarn. Deshalb wollen wir die Zuschüsse deutlich
455 aufstocken.

2.9NEU2 Gemeinsam fit bleiben: Sport

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

406 Sport bringt Menschen in Bewegung und schafft soziale Kontakte. Er hält nicht nur den Körper, sondern
407 auch den Geist fit. Sport fördert soziale sowie kulturelle Integration und lebt vom bürgerschaftlichen
408 Engagement. Nirgendwo sonst wird so viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, wie im Sport.

409 Sport muss für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder sozialem Status. Wir
410 werden Breiten- als auch Spitzensport fördern und wollen so die Beteiligung der Brandenburger*innen am
411 Vereinssport erhöhen und gleichzeitig gesundheitsorientierte Sportangebote stark ausbauen. Ebenso
412 werden wir berücksichtigen, dass immer mehr Menschen vereinsungebunden Sport treiben möchten.

413 Initiativen für Frauen- und Mädchensport, die Integration von Geflüchteten und gegen Homo- und
414 Transphobie werden wir besonders unterstützen. *Turbine Potsdam* zeigt zum Beispiel eindrucksvoll, dass es
415 sich lohnt, ein größeres Augenmerk auf den Frauenfußball zu legen. Zudem werden wir dafür Sorge tragen,
416 dass unsere Sportvereine und Fußballclubs nicht von rechts unterwandert oder in irgendeiner Weise
417 instrumentalisiert werden.

418 Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierefreiheit, aber auch die aktive Aufnahme und Integration von
419 Parasporthler*innen in Vereine und Sportgruppen. *Jugend trainiert für Olympia* und *Jugend trainiert für*
420 *Paralympics* oder auch Sportveranstaltungen für Menschen mit und ohne Behinderungen sind gute
421 Beispiele dafür, wie Inklusion funktioniert, diese Projekte wollen wir stärker unterstützen.

422 Selbstvertrauen und Teamgeist sind zwei Werte, die Kinder in großem Maße auch bei sportlichen
423 Aktivitäten erlernen und vertiefen. Die Förderung von Verein- und Breitensports verstehen wir auch als
424 einen wichtigen Bestandteil präventiver Sozialarbeit. Im Schulsport und im Ganztagsmodell
425 verstärken wir die Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen.

426 Wir wollen in der Sportförderung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Breiten- und Spitzensport
427 erreichen. Die Fördermittel des Landessportbunds sollen zukünftig verstärkt den vielen kleinen Vereinen
428 zufließen, die bisher kaum von den Landesförderprogrammen profitiert haben. Die Infrastruktur für den
429 Spitzensport, die Olympiastützpunkte und die Sportschulen wollen wir erhalten.

430 **Mitbestimmung und Umweltschutz voranbringen**

431 In der Sportpolitik plädieren wir für mehr Umweltschutz und demokratische Mitbestimmung. Die Verbände,
432 Vereine und andere Träger des Sports werden wir bei der Erstellung von Konzepten zur Nachhaltigkeit
433 unterstützen. Sportstätten und -veranstaltungen sollen umwelt- und klimaverträglich sein. Vor allem bei
434 größeren Veranstaltungen sollen Themen wie Abfallvermeidung, Klimaschutz und umweltverträgliche
435 Mobilität stärker in den Blick genommen werden.

436 Unser Ziel sind demokratische Entscheidungsstrukturen in allen Bereichen des Sports. Das beginnt bei der
437 Sportförderung, die wir transparenter gestalten wollen, und reicht über den Alltag im Sportverein bis hin
438 zu mehr direkter Bürger*innenbeteiligung bei der Gestaltung kommunaler Infrastruktur für den
439 Freizeitsport.

440 **Schwimmunterricht nicht untergehen lassen**

441 Nach Angaben der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) kann mindestens jede*r zweite
442 Grundschüler*in in Brandenburg nicht richtig schwimmen, die Zahl der tödlichen Badeunfälle steigt. Für
443 die Grundschulen wird es immer schwieriger, den Schwimmunterricht durchzuführen, da öffentliche

- 444 Schwimmbäder gerade in ländlichen Regionen von Schließungen betroffen und oft schwer erreichbar sind.
445 Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt aller Frei- und Hallenbäder.
- 446 Aus der Doping-Geschichte Brandenburgs müssen wir Lehren ziehen. Daher setzen wir uns für einen
447 dopingfreien und fairen Sport ein und unterstützen Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung.

3.1NEU3 Sehnsucht und Zukunft: Ländliche Räume

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

418 Ein Flächenland wie Brandenburg muss sich auch über den Zustand seiner ländlichen Räume definieren. In
419 der Landespolitik aber kommen sie kaum vor oder werden einseitig mit Schlagworten wie Abwanderung,
420 Verlust, Alterung verbunden. Die Wirklichkeit ist viel differenzierter und im ständigen Wandel: Immer mehr
421 Menschen ziehen aus Großstädten wie Berlin bewusst in ländliche Räume, immer mehr
422 Dorfbewohner*innen engagieren sich für ihre Region, Rückkehrer*innen und Digitalisierung tragen zur
423 Landlust bei. Diesen Trend und diese Menschen muss die Landespolitik unterstützen. Gutes Leben muss
424 überall möglich sein!

425 **Eine Landesstrategie für die Ländlichen Räume entwickeln**

426 Den bisherigen Blick auf die ländlichen Räume, der in ihnen im Vergleich zum Urbanen vor allem das
427 Defizitäre sieht, wollen wir ändern. Die ländlichen Räume sind nicht grundsätzlich strukturschwach,
428 sondern verfügen über eine andere Struktur, die wir bewahren und stärken wollen. Natürlich kann nicht
429 jedes Dorf ein Kino, eine Ärztin oder eine Schule haben. Dafür können Dörfer viel Ruhe, Direktanschluss an
430 die Natur oder ein besonderes Miteinander bieten. Auch deshalb ist die Zufriedenheit der
431 Brandenburger*innen in den ländlichen Räumen in allen Umfragen insgesamt groß. Allerdings sinkt sie
432 deutlich mit abnehmender Gemeinde- bzw. Dorfgröße: In den kleineren Gemeinden und Dörfern haben nur
433 16 Prozent der Menschen das Gefühl, dass ihre örtlichen Interessen von der Landes- oder Kommunalpolitik
434 wahrgenommen und vertreten werden. Dies ist für uns ein Alarmsignal, auf das wir entsprechend reagieren
435 wollen. Als dafür notwendige Voraussetzung wollen wir in der amtlichen Statistik des Landes überhaupt
436 erstmal Daten über Dörfer bzw. Ortsteile erfassen. Dies ist bisher nicht der Fall und Teil des Problems.

437
438 Die Landespolitik muss daher eine landesplanerische Strategie für den ländlichen Raum entwerfen.
439 Raumordnungsprogramme müssen den Dörfern und kleinen Städten wieder mehr Raum geben. Der
440 Landesentwicklungsplan (LEP) geht auf die planerischen Erfordernisse im ländlichen Raum jedoch nur am
441 Rande ein. Schon der Name „LEP Hauptstadtregion“ zeigt eine starke Berlin-Zentrierung. Planerische
442 Aussagen zu den grundlegenden Herausforderungen des ländlichen Raums und zur Sicherung der
443 Daseinsvorsorge werden hingegen kaum getroffen, eine landesplanerische Strategie ist nicht erkennbar.
444 Die 2009 unter der SPD erfolgte Abschaffung der Grundzentren hat zur Ausdünnung der Infrastruktur
445 beigetragen. Wir wollen die Grundzentren wieder als Anker in der Fläche einführen. Bei der finanziellen
446 Ausstattung der Gemeinden, müssen wir zwischen Berliner Umland und dem weiteren Metropolenraum
447 klarer differenzieren. Im Berliner Umland geht es eher um die Bündelung und den Ausbau der
448 Infrastrukturen, im weiteren Metropolenraum hingegen mehr um die Sicherung der Daseinsvorsorge.

449 **Mehr Mitbestimmung bei der Dorfentwicklung ermöglichen**

450 Dorfbewohner*innen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft und schaffen erst
451 lebendige Dörfer. Der Sicht der lokalen Handlungsebene fällt daher eine zentrale Rolle zu. Deshalb streiten
452 wir für mehr Selbstbestimmung von Dörfern und Ortsteilen. Die jüngere Entwicklung von
453 Bürgerhaushalten ist beachtenswert und wir wollen sie in den ländlichen Räumen weiter vorantreiben.
454 Bürgerschaftliche und politische Beteiligung als „kommunale Selbstgestaltungsaufgaben“ sind jedoch
455 ohne ausreichende Finanzen nicht denkbar. Doch gerade daran mangelt es: Alle Kommunen in
456 Haushaltssicherung im Land Brandenburg befinden sich in den ländlichen Regionen, ebenso nahezu alle
457 Kommunen mit Kassenkrediten! Damit Gemeinden und Dörfer auch Mittel für freiwillige Aufgaben haben
458 und die Bewohner*innen sich an Lösungen vor Ort beteiligen können ist eine Umstellung des kommunalen
459 Finanzausgleichs nötig, um die ländlichen Räume zu stärken.

460 Im Unterschied zu den bestehenden Fördermaßnahmen im Rahmen der Dorferwicklung wollen wir vor
 461 allem die dörfliche Lebenskultur sowie den Erhalt des Charakters ländlicher Gemeinden und deren Kultur
 462 stärken und dabei auch Dorfbewohner*innen verschiedener Altersgruppen einbeziehen. Wir wollen ein
 463 neues Landesförderprogramm für Dorferwicklungskonzepte der sogenannten zweiten Generation
 464 einführen. Diese sollen explizit auch den sozialen Zusammenhalt stärken und sich nicht alleine auf den
 465 Erhalt des baukulturellen Erbes beschränken. Maßnahmen und Prozesse einer solchen sozialen
 466 Dorferwicklung, wie sie auch auf Bundesebene vorangetrieben werden, können Anreize für die
 467 Verbundenheit mit dem dörflichen Umfeld schaffen. Dies gilt vor allem für Jugendliche sowie für die
 468 Stärkung des Miteinanders zwischen Altansässigen und Zugezogenen.

469 **Infrastruktur: Anschließen statt abhängen**

470
 471 Je kleiner die Gemeinde, desto größer ist in Brandenburg die Unzufriedenheit mit dem ÖPNV und der
 472 digitalen Infrastruktur. Dabei ist Mobilität Voraussetzung für Teilhabe am öffentlichen Leben. Weite Wege
 473 bis zur Haltestelle, lange Fahrzeiten in Bus und Bahn, oft nur noch Schülerverkehr – diese Realität führt zu
 474 großer Abhängigkeit vom Auto. Das erschwert vor allem für Jugendliche und ältere Menschen die
 475 Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten, Arbeit oder Ausbildungsplatz sowie Arzt und schränkt die
 476 Freizeitgestaltung ein. Eine bestehende Zugsbindung ist in ländlichen Gegenden für die Bewohner*innen
 477 außerordentlich wichtig. Ebenso besitzen auch gering frequentierte Bahnhöfe für das gesamte
 478 Streckennetz eine gewisse Relevanz, da sie eine Art Eingangstür darstellen, wovon wiederum andere
 479 Strecken und Halte profitieren.

480 Außerdem möchten wir, dass in ländlichen Regionen flexible Angebote einen höheren Stellenwert
 481 erhalten. Intelligente Mobilitätslösungen wie Rufbusse, Sammeltaxis, Carsharing auf dem Land oder lokale
 482 Mitfahrzentralen können hier Abhilfe schaffen. Sollten Teile der klassischen Linien durch flexible Angebote
 483 ersetzt werden, darf die Qualität nicht sinken. Nur wenn zusätzliche Angebote attraktiv und verlässlich
 484 sind, werden sie von den Menschen auch genutzt und können in den Öffentlichen Nahverkehr integriert
 485 werden. Wir fordern daher mehr Geld für den Öffentlichen Nahverkehr, überregionale Buslinien und das
 486 Ende der Stilllegungen von Bahnhalten. Außerdem wollen wir prüfen bei welchen aufgegebenen
 487 Bahnstrecken eine Reaktivierung erfolgsversprechend wäre. Darüber hinaus gilt es aber auch unnötige
 488 Wege zu vermeiden. Schulwege müssen kurz gehalten werden. Die Kita und die Schule im Dorf sind für
 489 viele Familien entscheidende Faktoren auf das Land zu ziehen oder dort zu bleiben.

491 **Brandenburg- Gibt's das auch digital?**

492 Eine schlechte Internetanbindung ist generell ein massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und
 493 Wirtschaftsentscheidungen. Gerade in den ländlichen Räumen ist die Netzabdeckung mangelhaft. Der
 494 geringen Aufmerksamkeit von Landespolitik und den großen Anbietern wollen wir durch die Möglichkeit
 495 zum Aufbau einer eigenen kommunalen Infrastruktur begegnen. So könnten Landkreise, z.B. über Stadt-
 496 bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren Einnahmen generieren, wie sie dies bei
 497 anderen Netzen auch tun. Dabei wollen wir sie unterstützen.

498 **Chancen der ökologischen Landwirtschaft nutzen**

499 Die Agrarindustrie schafft menschenleere Landschaften. Eine ökologische und regional verankerte
 500 Landwirtschaft kann hingegen Rückgrat einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in unseren ländlichen
 501 Räumen sein. Brandenburg liefert bereits viele Rohstoffe in Bioqualität, die Verarbeitung findet jedoch
 502 größtenteils außerhalb der Landesgrenzen statt. Deswegen brauchen wir eine Verarbeitungs- und
 503 Vermarktungsoffensive für brandenburgische Produkte. Dazu wollen wir die Errichtung eines
 504 "Kompetenzzentrum Ökolandbau" unterstützen, in welchem Experten neue Produktkonzepte aus
 505 Brandenburger Bio-Zutaten entwickeln und den Aufbau entsprechender Verarbeitungsstrukturen fördern.

506
 507 Zusammen mit Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben, Betrieben der Lebensmittelverarbeitung und
 508 -vermarktung, der Gastronomie, dem ländlichen Tourismus, der Erzeugung erneuerbarer Energien, der
 509 Umweltbildung und dem Gesundheitswesen bilden Landwirtschaftsbetriebe Wirtschaftsstrukturen, welche

510 Werte schaffen und die Wertschöpfung in den Regionen halten. Allein im unterversorgten Absatzmarkt
511 Berlin liegen große Chancen für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen
512 Regionen. Aber auch der Landtourismus sowie die Imkerei, Fischerei und Aquakultur oder Wildvermarktung
513 bergen erhebliche Potenziale. Mehr noch: Die Produkte und Dienstleistungen einer stark diversifizierten
514 Landwirtschaft stabilisieren auch ländliche Strukturen, gestalten das dörfliche Leben lebendiger und
515 können dazu beitragen, in unseren Kleinstädten und auf unseren Dörfern eine funktionierende
516 Infrastruktur zu erhalten und voranzubringen. Die Vernetzung der ländlichen Wirtschaftsstrukturen und
517 Vermarktung von Produkten wollen wir deshalb stärker fördern.

3.2NEU3 Es könnte so einfach sein: Digitalisierung

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

437 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen um Menschen näher
438 zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu
439 machen und Teilhabe zu stärken. Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum,
440 die bisher an die Stadt gebunden waren. Gleichzeitig entsteht bei vielen ein Gefühl der Entfremdung, des
441 Abgehängt-Seins und der ständigen Beobachtung immer weiterer Lebensbereiche durch Firmen und den
442 Staat. Wir wollen daran mitwirken, die Chancen zu nutzen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues
443 ausprobiert wird, fördern wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich
444 selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen.

445

446 Große Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine
447 breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten geschaffen werden. Bei staatlichen Projekten gilt
448 für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind nicht optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung um
449 überhaupt zu starten. Großprojekte mit erheblichen Auswirkungen auf das alltägliche Leben, wie z.B.
450 Smart-City-Projekte müssen von Anfang an die Bürger*Innen sehr intensiv einbinden, damit tatsächlich die
451 Gesellschaft als ganzes profitiert. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,
452 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten
453 Leben.

454 **Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?**

455 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21.
456 Jahrhundert. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Errungenschaft eines leistungsfähigen Internets
457 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung ist außerdem ein
458 massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als
459 partizipatorisches Medium erhalten und ausbauen. Dafür muss eine Teilhabe auch technisch möglich sein.
460 Daher lehnen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle (unterschiedliche Up- &
461 Downloadgeschwindigkeiten) ab und setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der Netzneutralität
462 ein. Aus all diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen Ausbau von
463 Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte das ganze Land durch den
464 weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren.

465 Die Landesregierung hat zu lange zu wenig getan, um den Breitbandausbau voranzubringen. Statt eine
466 klare Strategie vorzugeben, ließ die Brandenburger Landesregierung die überforderten Kommunen
467 jahrelang im Regen stehen. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und
468 Up- wie Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbit/s in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jeder
469 einzelne Schritt und jede einzelne Maßnahme müssen anhand dieses Ziels bewertet werden. Wir wollen
470 die Kommunen in die Lage versetzen, Netze schnell auszubauen. Dazu gehört ein zentrales Monitoring der
471 Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen. Musterausschreibungen, wie sie
472 beispielsweise in Baden-Württemberg genutzt werden, können sehr effektiv zu einer flächendeckend
473 hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig, wollen wir ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

474 Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur. So könnten
475 insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren
476 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von
477 Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Dabei ist uns

478 besonders wichtig, dass sich einzelne Akteure nicht nur die Regionen rauspicken, in denen der Netzausbau
479 profitabel ist, sondern auch die anderen davon profitieren.

480 Eine Förderung von Vectoring, das existierende Monopole noch verstärkt und nicht langfristig
481 zukunftsfähig ist, lehnen wir genauso ab, wie das Ausspielen der Breitbandversorgung gegen den
482 anlaufenden 5G-Ausbau. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.
483 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei passend gelegenen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen
484 wir Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, aufgreifen und einbeziehen.

485 Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn
486 besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden.

487 Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen; der sog. "Mobilfunkgipfel" zwischen der
488 Landesregierung, den Providern und Vertretern der Wirtschaft hat kaum Ergebnisse geliefert. Hier ist ein
489 stärkeres Engagement dringend geboten. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung vehement dafür
490 einsetzen, dass sich bei den anstehenden Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung
491 der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen
492 Verkehrswegen orientiert. Zudem muss bei der Bundesnetzagentur die Mobilfunkversorgung als
493 Universaldienstleistung – also Daseinsvorsorge – eingestuft werden.

494 **Datenschutz ist Grundrechtsschutz!**

495 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche und private Stellen unter immer stärkerem Druck.
496 Wir sehen Datenschutz als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf
497 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
498 dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken.

499 Die Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber Behörden
500 verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.
501 Gerade bei Behörden müssen sich die Bürger*Innen darauf verlassen können, dass mit Ihren Daten
502 ordentlich umgegangen wird.

503 Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern wollen wir außerdem die Stellung der
504 Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten
505 entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten und
506 festschreiben, dass sie wie in der DSGVO vorgesehen in einem transparenten Prozess besetzt wird.
507 Außerdem müssen Bildungs- Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten entsprechend
508 des gesetzlichen Auftrags auch personell möglich sein.

509 Den immer übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch
510 Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen. Whistleblower, die die
511 Gesellschaft auf wichtige Missstände hinweisen, wollen wir bestmöglich vor Repressionen schützen.

512 **Verwaltung digitalisieren – downloaden statt abholen**

513 Die Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen kann Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
514 Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Gerade im Flächenland Brandenburg ist ein einfacher
515 Online-Zugang zur Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte
516 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine sinnvolle
517 Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigen.

518 Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
519 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Um niemanden auszuschließen ist für uns dabei aber
520 auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit auch analog vor Ort angeboten werden
521 muss.

522 Ein Ansatz um Bürger*Innen die Interaktion mit der Verwaltung deutlich zu erleichtern ist das
523 "Once-Only-Prinzip", bei dem die bei den Behörden bereits vorhandene Daten nicht erneut angegeben

524 werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip für die Daten innerhalb einzelner Behörden, die
525 regelmäßigen Kontakt mit Antragssteller*Innen pflegen zu erproben.

526 **Hohe Standards bei der IT-Sicherheit durchsetzen**

527 Grundvoraussetzung für jede Art von E-Government ist die Umsetzungsfähigkeit durch die Kommunen,
528 Landkreise und das Land. Bevor ein neuer Dienst an den Start gehen kann, müssen Datenschutz und
529 IT-Sicherheit sichergestellt sein. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann,
530 braucht es qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Wir wollen
531 auf allen Ebenen das IT-Know-How in den Behörden halten und ausbauen. Insbesondere den
532 IT-Dienstleister ZIT-BB der Brandenburger Landesverwaltung wollen wir stärken und als
533 Kompetenzzentrum aufbauen. Da Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss
534 besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

535 Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software wollen wir Sozial- und Umweltstandards,
536 standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards
537 zwingend festschreiben. Bei IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die
538 mit ausländischen Geheimdiensten u.ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.
539 Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Verschlüsselung
540 absichern. Bei der Kommunikation mit Bürger*innen und Wirtschaft wollen wir dies anbieten. Wie
541 vergangene Skandale zeigen, muss außerdem sehr viel größere Sorgfalt bei der Vergabe von
542 Zugriffsrechten gepflegt werden, um Missbrauch zu verhindern.

543 Die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern führt zu erheblichen Problemen, da nötige
544 Spezialanforderungen dadurch nicht effektiv durchgesetzt werden können. Sie muss daher dringend
545 verringert werden, nötigenfalls auch durch Eigenentwicklungen, z.B. in einem Zusammenschluss mehrerer
546 betroffener Behörden. Langfristig streben wir im Bereich der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten
547 Wechsel auf freie und quelloffene Software an, wie es z.B. schon Schleswig-Holstein beschlossen hat.
548 Damit auch Städte, Gemeinden und Landkreise an der Entwicklung teilhaben können, wollen wir, dass die
549 Landesverwaltung bei Planung, Umsetzung und Infrastruktur unterstützt. Das Anbieten von zentralisierten
550 Diensten kann an vielen Stellen sinnvoll sein, um Überforderung vor Ort zu vermeiden.

3.3NEU3 Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

460 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

461 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur
462 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,
463 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man
464 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
465 lehnen wir ab. Instrumentarien, die das Bundesverfassungsgericht dem Bundeskriminalamt ausnahmsweise
466 zur Terrorabwehr zugestanden hat, dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden. Laut Polizeilicher
467 Kriminalstatistik 2017 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass
468 keine grundsätzlich neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides:
469 Bürgerrechte bewahren und gleichzeitig sicher sein!

470 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
471 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den
472 Sorgen der Bürger*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage
473 versetzen, die zunehmenden Hass-Delikte im Internet und die Wirtschaftskriminalität wirksam zu
474 verfolgen. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
475 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der
476 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
477 Polizeibeamt*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir
478 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten
479 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen
480 undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten.

481 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung
482 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch
483 für Polizeibeamt*innen sein soll. Damit schaffen wir eine Art Kontaktzentrum für die Zivilgesellschaft mit
484 der Aufgabe, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur
485 Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir
486 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

487

488 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

489 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe
490 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das prinzipiell
491 private Informationen mitschneiden kann. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie
492 erfordern, dass der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen, geheim hält, um sie gegen
493 einzelne Verdächtige einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv
494 geschwächt. Von IT-Sicherheit hängt nicht nur die Privatsphäre aller Bürger*Innen ab, sondern auch das
495 Funktionieren unserer Behörden, Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte verheerende
496 Angriffe z.B. auf Britische Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits
497 jahrelang bekannt waren, zeigen, welcher immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen
498 Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns, Sicherheitslücken zu
499 beseitigen statt auszunutzen.

500 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar
501 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter*innen eingesetzt. Einen

502 vorbeugenden Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie
503 erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Auch eine
504 flächendeckende Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele
505 Ressourcen, die an anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von
506 Massendaten beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen
507 unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürger*innen. Außerdem ist sie weitgehend
508 ungeeignet, um terrorbereite Personen zu ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis
509 Amri als auch die NSU-Rechtsterrorist*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren
510 bereits vor ihren Attentaten den Sicherheitsbehörden aufgefallen. Es waren also keine solchen
511 Massendaten erforderlich, um diese Terrorist*innen als solche zu erkennen.

512 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter*innen und Terrorist*innen nicht abschrecken. Sie kann an
513 neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und
514 helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung gerecht zu
515 werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar reagiert
516 werden kann. Eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und
517 Freiheitsrechten nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der Videoüberwachungssysteme in
518 Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation von Personen lehnen wir ab.

519
520 Eine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als völlig
521 unverhältnismäßig zurück. Dafür gibt es andere Spezialeinheiten. Die Aufgaben von Polizeihunden
522 beschränken wir auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche
523 eingesetzt werden.

524 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,
525 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit
526 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen
527 Radikalisierung an. Die Prävention wollen wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der
528 Sozialarbeit und in Gefängnissen stärker fördern. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen
529 durch internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei,
530 insbesondere für Spezialist*innen im Staatsschutzbereich, geschaffen werden, die bundesweit gelten. Wir
531 wollen für eine ausreichende Personaldecke sorgen.

532 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

533 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende
534 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,
535 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.
536 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen
537 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass
538 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der
539 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung widersprechen wir, stattdessen fordern wir einen Ausbau der
540 Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich. Wir wollen
541 auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen Einrichtungen entsprechend
542 unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege, solche Inhalte zu melden und anzuzeigen. Die
543 massenhafte Nichtbearbeitung von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der
544 Sicherheitsbehörden darf nicht mehr vorkommen.

545 **Die Justiz arbeitsfähig machen**

546 Ein funktionierender Rechtsstaat ist zu allererst ein Schutz für die schwächsten Mitglieder einer
547 Gesellschaft, die nicht die Macht haben, auf anderen Wegen zu ihrem Recht zu kommen. Damit erfüllt er
548 eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige
549 Säule jedes demokratischen Staates. Wir sind stolz auf den guten Rechtsstaat, der in 25 Jahren in
550 Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu

551 beheben.

552

553 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den
554 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafrabatten“ für Verurteilte.
555 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund
556 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe
557 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch
558 weiter verschärfen. Wir wollen wir den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene
559 Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle
560 Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern.
561 Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es entsprechend ausgebildeten Personals in ausreichender
562 Zahl. Die von der Landesregierung angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

563 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug
564 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte
565 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch
566 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die
567 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht
568 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine
569 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht
570 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

571

572 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.
573 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwäl*innen und Rechtspfleger*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der
574 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

575

576 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

577

578 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein
579 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und
580 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die
581 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den
582 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler*innen
583 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.
584 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

585

586 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und
587 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der
588 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen
589 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

590

591 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die
592 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch
593 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der
594 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen
595 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges
596 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte
597 rasch eingeführt werden.

598

599 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,
600 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in
601 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in

602 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.
603 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis
604 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

605
606 Wir wollen Feuerwehrkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt
607 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Ölsuren auf Straßen,
608 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen
609 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der
610 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen
611 Ländern ein.

612 **Mehr Freiheit wagen**

613 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung
614 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit. Sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder
615 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden.

616 Aktuell gibt es neue autoritäre Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten
617 und damit auf die Rückabwicklung vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen.

618 Aber auch Umweltverschmutzung, wirtschaftliche Zwänge, unkontrollierte Machtkonzentrationen
619 beeinflussen maßgeblich, welche Freiheiten wir tatsächlich ausleben können.

620 Wir wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Wo
621 durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht, können
622 gesetzliche Regelungen und Verbote nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und sinnvoll sein.
623 Alles, was anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der persönlichen
624 Lebensgestaltung überlassen werden.

625 Daher wollen wir unnütze Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot am Karfreitag:
626 solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede*r, der tanzen will, dies auch tun!
627 Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir auch Polizei und
628 Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.

3.4NEU3 Alle für eine, eine für alle: Demokratie

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

499 Für uns bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Und Demokratie ist kein starrer Rahmen, sondern
500 ist einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel wollen wir aktiv im Sinne demokratischer
501 Willensbildung voranbringen. Wir wollen direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung
502 miteinander verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen. Bereits als
503 Opposition konnten wir in den letzten Jahren die rot-rote Landesregierung zu einigen Veränderungen
504 bewegen. So tagen seit 2009 die Ausschüsse des Landtages auf unseren Antrag hin öffentlich und nicht
505 mehr hinter verschlossenen Türen. Ebenfalls auf unseren Antrag hin wurde das Wahlalter in Brandenburg
506 auf 16 gesenkt. Zuletzt konnten wir im Bereich der direkten Demokratie Verbesserungen erreichen. So
507 braucht es zukünftig bei Bürgerbegehren nur noch eine amtliche Kostenschätzung statt eines konkreten
508 Kostendeckungsvorschlags, weiterhin wird das jeweilige Anliegen nicht mehr von der betroffenen
509 Gemeinde, sondern von der neutraleren Kommunalaufsicht auf seine Rechtmäßigkeit geprüft. Im siebten
510 Anlauf konnten wir die Landesregierung schließlich überzeugen, die Kinder- und Jugendbeteiligung
511 obligatorisch in der Kommunalverfassung zu verankern. Endlich sollen Kinder und Jugendliche einbezogen
512 werden, wenn es in der Kommunalpolitik um ihre Belange geht. Für uns gibt es in diesem Bereich aber
513 weiterhin viel zu tun. Wir wollen die Demokratie in Brandenburg weiter voranbringen und sie gegen Feinde
514 verteidigen.

515 **Repräsentative Demokratie weiter entwickeln**

516 Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe
517 funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind. Die
518 Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe Einflussnahme auf die personelle
519 Zusammensetzung des Parlaments sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beteiligung am
520 Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend reformieren, dass
521 zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt wird. Zum anderen
522 sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf die konkrete
523 personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Wir wollen eine Debatte über die Senkung des
524 Wahlalters auf 14 Jahre anstoßen. Damit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch
525 während der Schulzeit stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte. Untersuchungen betonen,
526 dass die Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen
527 ist. Bürgermeister*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir parallel zu den
528 Gemeindevertretungen und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren. Stichwahlen und
529 Mindestquoten wollen wir abschaffen und stattdessen ein Rangfolgeverfahren einführen.

530 Bei der Gesetzgebung wollen wir die Erfahrungen aus Baden-Württemberg mit der „Politik des Gehört
531 Werdens“ aufgreifen. So sollen auch Bürger*innen wichtige Gesetzesvorschläge der Regierung auf einem
532 zentralen Beteiligungsportal im Zuge der ohnehin stattfindenden Verbändeanhörung kommentieren
533 können. Das zuständige Ministerium gibt nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme ab,
534 die auf dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und
535 Bürgerpanels, Runden Tischen, World-Cafés u.a. werden Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürger*innen
536 einbezogen und können die Gesetzesentwürfe diskutieren und Vorschläge und Hinweise sammeln. Ein*e
537 Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung verantwortet das Ganze und weist potentiell Interessierte aktiv auf
538 laufende Beteiligungsverfahren hin. Wir wollen dies in eine Gesamtstrategie einbetten, welche die
539 Anregungen der Bürger*innen mit bestehenden Beteiligungsinstrumenten verzahnt, die nötigen
540 Kompetenzen in der Verwaltung aufbaut und den gesamten Ablauf transparent auf dem Beteiligungsportal
541 zusammenführt. Alle öffentlichen Ausschuss- und Plenums-Sitzungen sollen durch einen Livestream auch
542 im Internet verfolgbar sein, wie es in einigen Gemeinden bereits der Fall ist.

543 **Direkter Demokratie zum Durchbruch verhelfen**

544 Die auch von uns angeschobenen Verbesserungen der letzten Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen,
 545 dass es die direkte Demokratie in Brandenburg immer noch deutlich schwerer hat als in anderen
 546 Bundesländern. Wir wollen die Themenausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie
 547 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -Entscheiden eine
 548 Kampagnenkostenersatzung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Auf der kommunalen Ebene wollen wir
 549 insbesondere die Möglichkeit auch über Themen der Bauleitplanung abzustimmen schaffen und die
 550 Fristen für Bürgerbegehren gegen Entscheidungen der Kommunalvertretungen verlängern. Sollte es zu
 551 Privatisierungen von landesweiter Bedeutung kommen, wollen wir dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit
 552 vorschreiben. Sollten diese lediglich mit einfacher Mehrheit zustande kommen, müsste ein dann
 553 obligatorischer Volksentscheid dem zustimmen. Ausgeschlossen sind dabei Privatisierungen, die aus
 554 Entscheidungen höherer Ebenen resultieren. Termine von Abstimmungen und Wahlen wollen wir nach
 555 Möglichkeit zusammenlegen. Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadtebene zuzulassen,
 556 wenn das Begehren sich lediglich auf diese Ebene bezieht.

557 **Dialogische Verfahren stärker nutzen**

558 Dialogische Verfahren jenseits von Parlament und direkter Entscheidung helfen gegen
 559 Falschinformationen und können Debatten versachlichen. Damit wirken sie Pauschalurteilen, Polarisierung
 560 und innerer Emigration vor. Dafür gibt es eine Fülle von Formaten, welche teilweise auch schon genutzt
 561 werden, wie zum Beispiel Bürgerhaushalte, Einwohnerversammlungen oder durch Los bestimmte
 562 Zufallsgruppen. Sogenannte aufsuchende Formate, wie sie z.B. in Rahmen des Programms „Soziale Stadt“
 563 praktiziert werden, können dabei helfen, eher politik- und bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge
 564 Erwachsene und Familien, sowie Menschen mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der Gesellschaft
 565 teilhaben zu lassen. Wichtig ist, dass auch die Verwaltung die nötigen Kompetenzen für die
 566 Beteiligungsformate erhält. Bereits im Verwaltungsstudium und in späteren Weiterbildungen wollen wir in
 567 Brandenburg Bürgerbeteiligung als Bestandteil des Lehrplans etablieren. Diese Kenntnisse ermöglichen es,
 568 den Wert von Beteiligung zu erkennen und Beteiligungsprozesse souverän zu initiieren und zu gestalten.

569 **Transparenzgesetz einführen**

570 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen, welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
 571 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
 572 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
 573 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
 574 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, AIG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem
 575 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
 576 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
 577 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft), sollen in offenen, maschinenlesbaren
 578 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
 579 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
 580 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

581 **DDR-Unrecht weiter aufarbeiten**

582 Knapp 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist eine Aufarbeitung des dort geschehenen Unrechts weiterhin
 583 wichtig. Viele der Betroffenen bzw. ehemals Verfolgten leiden bis heute unter den Folgen und müssen
 584 unterstützt werden. Zugleich gilt es, die Erinnerung wachzuhalten und hieraus das Bewusstsein für die
 585 Demokratie zu stärken. Der Brandenburger Landtag hat insbesondere aufgrund unserer Initiative für eine
 586 Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode einen umfangreichen Aufarbeitungsprozess
 587 durchlaufen, welcher nach wie vor andauert. Von 2010 bis 2014 setzte sich die Enquetekommission 5/1 des
 588 Landtags Brandenburg ausführlich mit dem Thema „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von
 589 Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“
 590 auseinander. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussionen stehen die Verbesserung der sozialen Lage

591 ehemals Verfolgter sowie das Engagement dafür, dass es auch zukünftig eine Außenstelle der
592 Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) in Brandenburg geben wird.

593 Wir fordern eine fortdauernde und umfangreiche Aufarbeitung von DDR-Unrecht und eine Umsetzung der
594 Empfehlungen der Enquetekommission. Maßnahmen zum Gedenken an das geschehene Unrecht, z.B. in
595 Form von Mahnmalen und Gedenkstättenbesuchen, wollen wir weiter fördern. Opfer der kommunistischen
596 Gewaltherrschaft brauchen die Unterstützung und Solidarität des Landes bei der Anerkennung,
597 Rehabilitierung und Entschädigung.

598 **Ehrenamt stärken**

599 Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Willkommensinitiativen, in Sportvereinen, in der Jugendarbeit, im
600 Kulturbereich, beim Bürgerbus, bei sozialen Organisationen und den Tafeln, im Umweltschutz, in der Politik,
601 bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen weiteren Orten. In ungezählten Stunden bringen sich viele
602 Menschen für die Gesellschaft ein. Und stützen somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
603 Alteingesessene und Neuzugewanderte packen im Land freiwillig an und füllen so manche Lücke in der
604 Versorgung. Wir machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark und wollen sie dabei weiter
605 unterstützen.

606 Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler*innen
607 profitieren, attraktiver und bekannter machen sowie den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im
608 Öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die Dienste der
609 Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer Fortbildung aufkommen
610 müssen. Auf einen Großteil der Angebote der Ehrenamtskarte kann man derzeit nur in Berlin und im
611 berlinnahen Raum zugreifen. Von Vergünstigungen im Öffentlichen Nahverkehr würden daher
612 Ehrenamtler*innen in ländlichen Regionen besonders stark profitieren.

613 Die freiwillige Arbeit junger Menschen wollen wir honorieren, wo wir nur können. Ein freiwilliges soziales,
614 ökologisches oder kulturelles Jahr ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung ebenso wie für
615 unsere Gesellschaft. Es muss dafür ausreichend Angebote geben. Wir werben auch dafür, dieses
616 Engagement zu berücksichtigen, etwa bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen. Auch in der
617 Schule wollen wir ehrenamtliches Engagement stärken, etwa die Mitarbeit bei der Schüler*innenvertretung
618 oder Schüler*innenzeitung. Die Schulen wollen wir ermuntern, den Schüler*innen den Einsatz innerhalb
619 eines Ehrenamtes näher zu bringen und dieses in Projekttag oder Wochen zu integrieren.

620 Die Arbeit der Freiwilligen benötigt auch professionelle Unterstützung. Deshalb wollen wir in der
621 Projektförderung für die Arbeit mit Geflüchteten die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen
622 einführen. Außerdem möchten wir Angebote zu Fortbildung, Beratung und Supervision fördern. Wir wissen,
623 dass der Staat für ein funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle Sozialarbeit zuständig ist.
624 Ehrenamtliches Engagement kann qualifizierte Arbeit, vor allem im Sozialbereich, nur ergänzen, nicht
625 ersetzen. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück der aktiven Gesellschaft ist, wollen wir
626 es vor Missbrauch schützen.

627 Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu
628 erwerben sind.

3.5NEU4 Bunt statt Grauland: Konsequenz gegen rechts

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 25.10.2018

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

518 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
519 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
520 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten sowie
521 für unser friedliches Zusammenleben dar. Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
522 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und Biphobie sowie jeglicher Form von
523 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen
524 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit
525 Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie
526 unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht
527 durchgesetzt.

528 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
529 gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen
530 und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz
531 insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger AfD und die „Pegida“-Partner
532 von „Zukunft Heimat“ immer noch nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei erfüllt deren
533 Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver Nationalismus, der Wunsch
534 nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der
535 demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle Parteien außer der AfD,
536 gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD
537 müssen folglich dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

538

539

540 **Verfassungsschutz auf den Prüfstand**

541 Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so
542 lange es ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss im
543 Brandenburger Landtag hat allerdings erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich
544 gemacht. Wir wollen eine grundlegende Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der
545 Meinung sind, dass eine wissenschaftliche Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann
546 als ein Nachrichtendienst. Sofern der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber
547 eine parlamentarische Kontrolle sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die
548 Kontrolle darf nicht überwiegend auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der
549 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre
550 Mitarbeiter*innen müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen.
551 Abgesehen davon lehnen wir das V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht sein, dass die
552 zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die verfassungsfeindlichen
553 Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für Initiativen,
554 Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich
555 und dauerhaft aufstocken.

3.6NEU3 Modern, effizient, bürgernah: Verwaltung, Finanzen, Kommunales

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

524 **Verwaltung modernisieren**

525 Die Landespolitik hat es bisher versäumt, die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten und
526 Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen
527 Wandel machen und modernisieren. Starke Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen in Zukunft das
528 Eingangstor zur gesamten Kommunalverwaltung sein, also auch für Angebote der Kreisverwaltung. Beim
529 neu eingeführten Mitverwaltungsmodell, bei dem eine Gemeinde durch eine andere mitverwaltet wird,
530 sehen wir erhebliche Legitimationsprobleme und lehnen es daher ab. Gemeinsam mit den neuen Chancen
531 des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit
532 kurzen Wegen für die Bürger*innen. Der Gang zum Amt wird damit in den meisten Fällen überflüssig.
533 Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und transparenter. Die
534 anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen, um die Transparenz
535 zu stärken. Im Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal einrichten, in
536 welchem alle nicht-personenbezogene oder als vertraulich eingestuft Informationen für alle
537 Bürgerinnen und Bürger öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der
538 Verwaltung sind für uns Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende
539 Voraussetzungen.

540 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben auf
541 allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der
542 kleineren Städte und Dörfer erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht
543 nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin
544 unterstützen. Perspektivisch wollen wir alle Ämter zur brandenburgischen Verbandsgemeinde
545 weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeister*innen und Verbandsgemeindevertretungen. Deutlich
546 ausweiten wollen wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der
547 Bürger*innen. Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während das gemeinsame
548 Tarifgebiet des VBB oder der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der Zusammenarbeit abgeben,
549 gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein gemeinsames Bundesland
550 Brandenburg-Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, dieses kann es aber nur geben, wenn die Bevölkerung
551 beider Länder in einem Volksentscheid die Fusion befürwortet. Voraussetzung ist, dass die zentralen
552 Fragen - wie der Umgang mit der milliardenschweren Verschuldung beider Länder – vorab geklärt sind.

553 **Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben**

554 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
555 insgesamt sehr positiv aus. Alleine für den Landeshaushalt Brandenburg wird für 2020 ein
556 Steuereinnahmenplus von mehr als eine Milliarde Euro gegenüber 2017 veranschlagt. Seit 2010 wurden
557 keine neuen Schulden gemacht. Durch unerwartete Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem
558 auf unter 18 Milliarden Euro leicht gesenkt und Rücklagen von über einer Milliarde Euro aufgebaut
559 werden. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden absehbar
560 weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Milliarden Euro eingeplant wurden, wird dieser Betrag 2020 die
561 10 Milliarden-Grenze übersteigen.

562 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
563 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
564 hat. Zugleich wurde durch jahrelangen massiven Personalabbau in Verwaltung, Polizei und Justiz des
565 Landes deren Funktionen gefährdet. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende

566 Kreditzinsen oder die rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte. Immer noch steht jede
567 fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, d.h. deren Einnahmen decken die Ausgaben auch bei
568 sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne Finanzhilfen des Landes
569 und einer Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs kommen sie nie auf einen grünen Zweig. Die
570 Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche
571 Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.

572 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen, die
573 Investitionsquote dagegen seit Jahren sinkt. Öffentliche Investitionen, ein guter Zustand der Verkehrswege,
574 der Grad der Digitalisierung und eine hohe Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich um
575 die finanziellen Möglichkeiten des Landes auch morgen sicherzustellen oder auszuweiten. Zugleich steigen
576 die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangenen Versorgungsverpflichtungen. Unser
577 Vorschlag, die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in
578 die Schulden tilgung zu stecken wurde von der Landesregierung abgelehnt.

579 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und eines dauerhaft höheren
580 Haushaltsrahmens können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich abzeichnenden
581 Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu
582 gefährden. Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei
583 der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen. Zugleich benötigen wir deutlich
584 mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr und den Breitbandausbau. Die Kommunen in
585 Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
586 meistern können. Wir wollen den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent machen und dafür das
587 Landesvermögen inventarisieren. Dadurch wird für später auch eine Umstellung der Buchführung auf ein
588 Verfahren möglich, das die Entwicklung des öffentlichen Vermögens deutlicher darstellt (Ablösung der
589 Kameralistik durch Doppik). Die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unterstützen wir, uns
590 ist es aber auch wichtig, die Tilgung der Altschulden nach klaren Regeln voranzutreiben. Die Gelder im
591 Pensionsfonds des Landes wollen wir nachhaltig anlegen. Um transparent zu machen, wie die Geschlechter
592 von den Ausgaben des Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin die Auswirkungen der
593 Mittelverwendung auf diese erkennbar machen ("Genderbudgeting").

594 **Brandenburgs Kommunen auskömmlich finanzieren**

595 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
596 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
597 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
598 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
599 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
600 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56 Prozent der
601 West-Kommunen. Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb
602 Brandenburgs, auf die die Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 Prozent der
603 brandenburgischen Kommunen in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch
604 bei sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen
605 kommunale Kassenkredite von knapp 750 Millionen Euro. Die rot-rote Landesregierung will das Problem
606 mit einer höheren Verbundquote (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes) lindern und
607 hat angekündigt, den Soziallastenausgleich von 20 auf 60 Millionen Euro zu erhöhen. Letzteres ist bei
608 einer Gesamtsumme von zwei Milliarden Euro aber viel zu wenig; der Ausgleich zwischen ärmeren und
609 reicheren Kommunen kann mit beiden Maßnahmen alleine nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte
610 Teilentschuldung der Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten, die wir für unzureichend halten.
611 Wir wollen die kommunale Ebene dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens
612 den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die
613 Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen stärken und an Stelle der sogenannten
614 Einwohnerveredelung den Fokus auf die Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland setzen.
615 Mit einer solchen nachhaltigen Finanzausstattung der Kommunen wollen wir die kommunale

616 Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen, die nötigen Finanzmittel für freiwillige Leistungen sicherstellen
617 und damit die Kommunen als Basis unseres föderalen Staates stärken.

3.7NEU3 Frauen an die Spitze: Gleichstellung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

534 Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach noch ein uneingelöstes Versprechen. Wir wollen
535 gleiche Chancen für alle, in allen Bereichen und Lebenslagen.

536 Was die Gleichstellung angeht, steht Brandenburg in vielen Bereichen im Bundesvergleich ganz gut da: Die
537 Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen ist mit 73 Prozent relativ hoch und die geschlechtsspezifische
538 Lohnungleichheit („gender pay-gap“) mit sechs Prozent niedrig. Aber: Unter den Teilzeitbeschäftigten sind
539 drei Viertel Frauen, viele unfreiwillig, weil sie gerne mehr arbeiten würden. In Brandenburg legen 46
540 Prozent der Mädchen gegenüber 35 Prozent der Jungen das Abitur ab. Aber: An den Hochschulen sind
541 trotzdem nur 23 Prozent der Professuren weiblich besetzt. Obwohl sie durchschnittlich erfolgreicher in der
542 Schule abschneiden, entscheiden sich weiterhin fast 50 Prozent aller junger Frauen für nur zehn
543 Ausbildungsberufe – darunter viele der sogenannten „Frauenberufe“ mit schlechter Bezahlung und
544 geringen Aufstiegschancen. Wir wollen überkommene Rollenbilder aufbrechen und mehr Männer in die
545 sozialen Berufe und mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaft holen. Deshalb möchten wir aus dem
546 jetzigen „Zukunftstag“ wieder einen echten „Girl’s Day“ machen und analog dazu einen „Boy’s Day“
547 einführen.

548 Wir wollen die Armut von Frauen wirksam bekämpfen. In der Regel sind es noch immer die Frauen, die
549 unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige pflegen. Das Armutsrisiko von
550 Alleinerziehenden liegt sehr hoch, und Alleinerziehende sind zu über 90 Prozent Frauen. Dabei ist die
551 Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel
552 gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder
553 selbstständige berufliche Existenz und die gerechte Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit.
554 Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die
555 Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde
556 Mindestlöhne, für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im
557 Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. Auf Landesebene wollen wir Möglichkeiten zu einer weiterführenden
558 Unterstützung alleinerziehender Frauen prüfen.

559 Den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen wollen wir zu einem Vorbild für gleiche
560 Chancen und Chancengerechtigkeit machen. Insbesondere wollen wir Möglichkeiten zur besseren
561 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und für angehende Lehrer*innen und Jurist*innen ein
562 Teilzeitreferendariat ermöglichen.

563 Da es noch immer Defizite bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes gibt, wollen wir in der
564 nächsten Legislaturperiode gezielte Initiativen und Maßnahmen zur konsequenten Umsetzung des
565 Landesgleichstellungsgesetzes entwickeln.

566 Mit dem Aufstieg der AfD in Brandenburg sind auch frauenfeindliche Tendenzen verbunden. Wir müssen
567 wieder heftige Reaktionen des neurechten Milieus gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und
568 Mädchen in unserer Gesellschaft erleben. Wir werden der antiemanzipatorischen Propaganda der Neuen
569 Rechten gegen Frauen, LSBTTIQ*, Menschen mit Behinderungen, Migranten*innen, Langzeitarbeitslose
570 entschieden Einhalt gebieten.

571 Auffällig ist, dass der Frauenanteil in der Politik im Bundestag stark gesunken ist und in Brandenburg von
572 der Landtagebene zur kommunalen Ebene hin kontinuierlich abnimmt. So beträgt der Frauenanteil im
573 Bundestag 37,1 Prozent, im Landtag Brandenburg zu Beginn der 6. Wahlperiode 36,4 Prozent, bei den
574 Kreistagsmandaten 25 Prozent und in den Gemeindevertretungen gerade einmal 23 Prozent. Hier wollen

575 wir mit mehr Unterstützung wie einem „Mentoring-Programm“ und einem „Parité-Gesetz“, das wir 2018 in
576 den Landtag eingebracht haben, entgegenwirken.

577 Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir in ihrer Arbeit stärken.
578 Gleichstellungsbeauftragte setzen den Wandel für mehr Geschlechtergerechtigkeit um, sie wirken nach
579 innen und außen und benötigen mehr Rechte. Unser Ziel sind volle, hauptamtliche
580 Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen mit mehr als 20.000 Menschen.

581 Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die Lebenssituation und die Interessen von Frauen
582 berücksichtigen, d.h. wir setzen uns konsequent für das Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit
583 („Gender-Mainstreaming“) ein. Wir stehen für den geschlechtergerechten Haushalt („Gender Budgeting“),
584 damit sich Gleichberechtigung auch im Landeshaushalt als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.

585 Damit Frauen frei wählen können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen, stärken wir die
586 Hebammenversorgung.

587 Frauen und Kinder sind leider immer noch in allen sozialen Schichten besonders häufig Gewalt ausgesetzt
588 und können sich oft aus strukturellen Gründen dieser besonders schwer entziehen. Daher wollen wir für
589 den Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter oder häuslicher Gewalt deutlich mehr tun.

590 Wir begrüßen das Leitbild der Landesregierung Brandenburg „Gleiche Chancen für Frauen und Mädchen“
591 und wollen das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm fortschreiben, mit verbindlichen Zielvorgaben
592 und verlässlicher Mittelausstattung. Die Brandenburgische Frauenwoche mit ihren vielfältigen Aktivitäten
593 und die Arbeit des Frauenpolitischen Rats unterstützen wir.

3.8NEU5 Vielfältig und frei leben: Selbstbestimmung und Anti-Diskriminierung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

546 Unsere Gesellschaft ist im Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schulen und
547 Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen
548 Identitäten und Hautfarben, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land.
549 Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle
550 gleichermaßen gelten müssen, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und
551 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält. Eine
552 Gesellschaft, in der jede*r selbst bestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche
553 Identität geschützt sind, auch im Netz.

554 **Religion: Alle nach ihrer Fassung**

555 Glaubensfreiheit hat in Brandenburg eine lange Tradition. Alle Menschen sollen "nach ihrer Fassung selig
556 werden" und müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, sei er jüdisch, christlich, muslimisch,
557 buddhistisch, hinduistisch usw. oder auch ganz frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Unsere
558 vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz, das wir achten und verteidigen. Wir
559 verurteilen die Diskriminierung Andersgläubiger, antidemokratische Einstellungen und
560 menschenverachtenden Fanatismus. Wir verurteilen insbesondere, wenn Religionen in diesem Sinne
561 instrumentalisiert werden oder sich instrumentalisieren lassen. Wir schätzen es zudem sehr, wenn sich
562 Religionsgemeinschaften mit wertegebundenen Positionen aktiv an der Meinungsbildung zur Stärkung
563 unseres demokratischen Gemeinwesens beteiligen

564 Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für
565 Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen
566 wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da stehen wir Seit an Seit. Das
567 friedensstiftende und befreiende Element findet sich in nahezu allen Religionen. Der Glaube soll frei
568 machen, nicht fesseln. Unsere Geschichte in Brandenburg ist eng mit dem emanzipatorischem Wirken der
569 Kirchen verbunden.

570 Wir unterstützen den Brandenburger Weg, das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in
571 den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder
572 Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des Humanistischen Verbands zu ermöglichen.

573 Das kirchliche Arbeitsrecht sehen wir kritisch. Wir wollen die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmer*innen
574 außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches stärken und Ausnahmeregelungen beschränken.

575 In staatliche Zuwendungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wollen wir mehr
576 Transparenz bringen.

577 **Queeres Brandenburg**

578
579 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTIQ*)
580 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Nach einer im Jahr 2017
581 durchgeführten Online-Befragung hat fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ* in Brandenburg in den
582 vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser
583 Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität. Um für
584 Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der
585 Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner*innen für die
586 Belange der LSBTTIQ* schaffen. Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und trans*feindlicher

587 Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und
588 Sozialarbeit.

589

590 Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt wollen wir stärken und
591 landesweit ausbauen. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) wollen wir mit mindestens einer*m
592 hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung und
593 Qualifizierung besetzen.

594 Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und
595 für gleiche Rechte von LSBTTIQ* gemacht. Der Aktionsplan stellt bisher allerdings lediglich eine einfache
596 Zustandsbeschreibung dar. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen
597 und Kosten konkretisieren und seine schnelle Umsetzung angehen. Diese soll anhand eines regelmäßigen
598 Berichts überprüft werden. Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte Verwaltung eine
599 Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ*-Menschen entwickelt wird und Beschäftigte entsprechend
600 geschult werden.

601

602 Die gesundheitliche und soziale Situation der LSBTTIQ* wollen wir deutlich verbessern. Sexuelle
603 Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken, wir bekennen uns zu den
604 UN-AIDS-Zielen, um HIV bis 2030 zu beenden.

605 Ein erhöhtes Selbstmordrisiko, gerade unter Jugendlichen, ist leider traurige Realität, ebenso wie
606 psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Die Schulsozial- und die Jugendarbeit wollen wir
607 stärken und Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, verlässlich und dauerhaft
608 fördern.

609 Der von unserer Landtagsfraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz hat noch
610 keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen.

611 Den Schutz vor Diskriminierung wollen wir auch auf Bundesebene vorantreiben und unterstützen
612 entsprechende Bundesatsinitiativen. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen und
613 geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Das menschenrechtsverletzenden Transsexuellengesetz wollen
614 wir abschaffen und fordern eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen von Trans*
615 ausrichtet. Operationen an Inter* im Kindesalter wollen wir verbieten und die Aufbewahrungsfrist für
616 Krankenakten verlängern. Inter*-Personen und ihre Eltern brauchen qualifizierte Informations- und
617 Beratungsangebote. Entsprechende Initiativen aus Berlin begrüßen wir.

618 **Inklusion und Teilhabe: Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

619 Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderung
620 können – genauso wie alle anderen. Unsere Behindertenpolitik im Land Brandenburg ist eine
621 menschenrechtsorientierte Politik ohne Wenn und Aber. Die Selbstvertretungsorganisationen behinderter
622 Menschen sind bei der Gestaltung dieser Politik unsere Partner auf Augenhöhe. „Nicht ohne uns über uns“,
623 das gilt für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung.

624 Im Land Brandenburg wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen.
625 Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen an, mit den gleichen
626 Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber
627 entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen
628 werden. Wir haben deshalb im Landtag eine Debatte über das Bundesteilhabegesetz initiiert. Damit haben
629 wir erreicht, dass sich Brandenburg beim Bund für das Wunsch- und Wahlrecht von beeinträchtigten
630 Menschen eingesetzt hat.

631 Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand
632 ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung
633 erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller
634 Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit.

635 Grundsätzlich gilt: Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb braucht es neben der
636 staatlichen Verantwortung die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Kommunale Beauftragte und Beiräte für
637 Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Brandenburg muss zukünftig die
638 UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion vollständig umsetzen und die
639 Menschenrechte behinderter Menschen umfassend garantieren. Unter diesem Aspekt wollen wir das
640 „Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0“ evaluieren und mit konkreten
641 Maßnahmen fortschreiben. Dazu gehört auch ein entsprechendes Monitoring.

642 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

643 Kanada und die Niederlande machen mit ihrer liberalen Cannabispolitik vor, dass Prohibition kein
644 besonders wirksames Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen ist. Kriminalisierung und Repression sind
645 keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von
646 Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir wollen dem Schwarzmarkt das
647 Wasser abgraben und zugleich Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der
648 Bürger*innen stärken. Wir befürworten eine Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der
649 Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese besagt, dass gegen den Besitz von weniger als 10 Gramm
650 Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden darf und auch noch bei Mengen von bis zu 15 Gramm eine
651 Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir möchten diese Regelung auch in Brandenburg einführen.
652 Außerdem soll ein Modellprojekt die legale Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen. Als letzten
653 Schritt wollen wir uns im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine Streichung von
654 Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für Cannabis
655 starkmachen. Wir wollen Jugendschutz mit strengen Kontrollen und mehr Prävention – ganz nach dem
656 Prinzip „Aufklärung und Transparenz statt Vorenthaltung von Information“.

657 Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir zur
658 Minimierung von Gesundheitsrisiken und vermeidbaren Todesfällen, Drugchecking, also die anonyme
659 Überprüfung von chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen. Die Zulässigkeit der Praxis wollen
660 wir gutachterlich prüfen lassen.

661 Unsere Leitlinie ist klar: Gesundheit und Mündigkeit, statt Repression und Angst.

3.9NEU Vereint und solidarisch: Pro-Europa

Gremium: landesvorstand

Beschlussdatum: 22.10.2018

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

573 Die Europäische Union ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, für Europa und ganz
574 besonders auch für Brandenburg. Durch die EU-Osterweiterung 2004 ist Brandenburg von der Peripherie in
575 die wirtschaftliche und gesellschaftliche Mitte des Kontinents gerutscht. Niemals zuvor in der Geschichte
576 unseres Kontinents gab es eine vergleichbare Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und
577 persönlichen Freiheit für alle und des relativen Wohlstands für viele. Dennoch steht Europa vor vielen
578 Herausforderungen, die seinen Bestand als Staatenunion in Frage stellen. Im Vereinigten Königreich hat
579 eine Mehrheit der Bürger*innen für den Brexit gestimmt, in Ungarn, Polen, der Slowakei und mittlerweile
580 auch in Italien machen die Regierungschefs Stimmung gegen die EU

581 Wir Brandenburger Bündnisgrünen können uns eine gute Zukunft für Brandenburg nur im Rahmen eines
582 gemeinsamen Europas vorstellen. Weil Europa ein Erfolgsmodell ist, wollen wir es gegen Populist*innen
583 verteidigen. Natürlich sehen auch wir Defizite in der derzeitigen Verfasstheit des europäischen
584 Staatenbündnisses – aber genau deshalb arbeiten wir auch mit aller Kraft daran, Europa
585 weiterzuentwickeln. Wir haben konkrete Vorstellungen, was wir uns für Europa in Brandenburg und für
586 Brandenburg in Europa wünschen.

587 **EU-Mittel für ein ökologisches und soziales Brandenburg einsetzen**

588 Für uns bedeutet die Förderung durch den Europäischen Strukturfonds nicht nur einen wesentlichen
589 Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, sondern sie sind auch ein wichtiges Instrument
590 um ein friedliches Miteinander innerhalb Europas zu sichern. Der Brexit führt jedoch zu einer deutlichen
591 Kürzung der verfügbaren EU-Mittel. Damit ist für uns klar, dass wir keine Förderung für Brandenburg auf
592 Kosten viel ärmerer Regionen in der EU verlangen werden. Das Land muss andererseits auch
593 verantwortungsvoll und transparent mit den Mitteln umgehen. Die Verzögerung oder der Stopp der
594 Auszahlung von Fördermitteln hat verheerende Auswirkungen auf die Projekte im Land und beschädigt
595 Brandenburgs Reputation maßgeblich. Es muss gelingen, den Haushalt der Europäischen Union für den
596 Strukturfonds aufzustocken, ansonsten müssen zusätzliche Mittel aus dem bundesdeutschen Haushalt
597 dafür zur Verfügung gestellt werden.

598 Die Europäische Union hat sich mit dem Übereinkommen von Paris dazu verpflichtet, der Klimakrise
599 wirkungsvoll entgegen zu treten. Deshalb gilt: Europa muss auf dreckigen Kohlestrom verzichten. Wir
600 fordern neben dem absolut notwendigen Ausstieg aus den Kohlekraftwerken ein zukunftsweisendes
601 EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels, das auch unsere Lausitz begleitet. Der Ausstieg aus der
602 Kohle ist eine gesamteuropäische Aufgabe und darf nicht alleine den Regionen überlassen werden.

603 Die Förderarchitektur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stellt mit rund 40 Prozent des Gesamtbudgets
604 der Europäischen Union den zweitgrößten Posten im EU-Haushalt dar. Gefördert wird jedoch keine
605 bäuerlich orientierte und naturverträgliche Landwirtschaft, sondern ein agroindustrieller Kurs auf Kosten
606 von Umwelt, bäuerlichen Erzeuger*innen, Verbraucher*innen- und Tierschutz, der auch in Brandenburg
607 deutlich spürbar ist. Das wollen wir ändern und die europäische Agrarwende einleiten. Vor allem kann
608 Europa noch viel mehr für die Junglandwirt*innen und Existenzgründungen in der Brandenburger
609 Landwirtschaft tun.

610 **Mehr Europa in den Kommunen – und die Kommunen europäisch stärken**

611 Europa spielt für die Brandenburger*innen eine immer stärkere Rolle, sowohl für die einzelnen
612 Bürger*innen, aber auch für Initiativen, Vereine, Kultur und Sport, für die kommunale Verwaltung und die

613 Brandenburger Wirtschaft, von selbstständig Tätigen bis hin zum mittelständischen Unternehmen. Vor
 614 allem im Bereich der Europäischen Förderpolitik, aber auch bei Auswirkungen europäischer Richtlinien und
 615 Verordnungen ist oft europapolitische Kompetenz oder wenigstens der Zugang zu Informationen gefordert.
 616 Hier sehen wir Grüne in Brandenburg starken Nachholbedarf – zu viele Möglichkeiten können nicht
 617 genutzt werden, die Expertise ist oft am falschen Ort.

618 Wir wollen deshalb zentrale Anlaufstellen, sogenannte „One-Stop-Shops“ für alle Fragen rund um
 619 Europäische Politik und Förderung einrichten. In der Brandenburger Landesvertretung in Brüssel soll
 620 außerdem eine Informations- und Kontaktstelle für die Brandenburger Kommunen eingerichtet werden. Im
 621 Rahmen des Erasmus-Programms möchten wir einen Austausch für kommunale und regionale
 622 Mandatsträger*innen in Brandenburg einführen.

623 **Brücken und Verbindungen herstellen**

624 Durch den Großraum Berlin-Brandenburg führen entscheidende, paneuropäische Verkehrsachsen. Volle
 625 Autobahnen und anwachsender Auto- und LKW-Verkehr sprechen eine deutliche Sprache. Waren und
 626 Menschen kennen innerhalb Europas und vor allem zwischen Brandenburg und Polen keine Grenzen mehr.
 627 Trotzdem mangelt es an schnellen Zugverbindungen zwischen Brandenburg und Polen, besonders an einer
 628 schnellen, konkurrenzfähigen Zugverbindung zwischen Berlin, Frankfurt (Oder) und den polnischen
 629 Großstädten und an einem konsequenten grenzüberschreitenden Verkehrskonzept.

630 Verständigung funktioniert vor allem dort, wo sich Menschen begegnen können. Daher wollen wir
 631 grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote weiter ausbauen. In den letzten Jahren sind hier bereits viele
 632 Fortschritte erreicht worden, es gibt aber noch immer viel zu tun. Dabei trägt ein attraktiver und faktisch
 633 gemeinsamer öffentlicher Personen- und Schienennahverkehr zu einem Zusammenwachsen der
 634 Ballungsgebiete und zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in einer integrierten
 635 Grenzregion bei und kann eine spürbare Abnahme des autogebundenen Individualverkehrs und der damit
 636 verbundenen Belastungen bewirken.

637 **Gute Nachbarschaft mit unseren polnischen Nachbarn**

638 Die zwischenmenschliche Grenze zwischen Brandenburg und Polen ist gefühlt noch immer größer als
 639 diejenige, zwischen den westdeutschen Bundesländern und ihren jeweiligen Nachbarn. Polen hat die
 640 Gräueltaten der NS-Zeit in besonderem Ausmaß erlebt. Gleichzeitig ist die aktuelle Situation in Polen und
 641 vor allem die Politik der PiS-Nationalregierung in Warschau besorgniserregend. Beide lassen sich nicht
 642 mehr auf diesen geschichtlichen Hintergrund beziehen. Die gefühlte und tatsächliche Abkehr der
 643 PiS-Regierung von einigen europäischen Idealen und Werten, der zunehmende Nationalismus und das
 644 Erstarken von Xenophobie, Homophobie und religiösem Eifer in der polnischen Politik nehmen
 645 erschreckende Züge an.

646 Die Vergangenheit hat schon oft gezeigt: Europa wächst auch von unten. Hier gibt viele positive
 647 Entwicklungen: Menschen in den Grenzregionen wohnen immer öfter auf der jeweils anderen Seite. Täglich
 648 pendeln mittlerweile mehr als 1600 Pol*innen nach Ost-Brandenburg und mehr als 2100 Pol*innen nach
 649 Berlin und die Zahlen steigen stetig an. Pol*innen sind die mit Abstand häufigsten Ehepartner*innen in
 650 binationalen Ehen. Vor Ort entstehen grenzüberschreitende Vereine und Initiativen, wie „Slubfurt“ in
 651 Frankfurt (Oder) und Slubice. Daher wollen wir gerade jetzt die Zusammenarbeit und den Austausch
 652 zwischen brandenburgischen und polnischen Bürger*innen weiter intensivieren, insbesondere bei den
 653 Städte- und Gemeindeparterschaften. In diesem Zusammenhang spielt auch die Gemeinschaftsinitiative
 654 der EU „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (INTERREG) für uns Grüne in Brandenburg eine
 655 besondere Rolle. Wir möchten mehr Polnisch-Unterricht an Brandenburger Schulen und die Gründung von
 656 deutsch-polnischen Schulen unterstützen. Auch die Brandenburgisch-Polnische Zusammenarbeit bei Film-
 657 und Serienproduktionen soll stärker gefördert werden, z.B. über das Medienboard Berlin-Brandenburg.
 658 Polen ist unser Nachbar und wir freuen uns auf unsere gemeinsame Zukunft.

3.10NEU3 Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

588 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
589 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
590 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
591 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
592 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
593 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
594 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
595 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
596 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir
597 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

598 Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen

599 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in
600 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig
601 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

602 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
603 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
604 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
605 Mandate geplant oder geführt werden.

606 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung
607 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und
608 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen
609 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnahe Forschung bekennen. Zur Beratung
610 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der
611 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg
612 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen
613 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor
614 Ort ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter
615 Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden.
616 Zur Finanzierung können die eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

617 Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften

618 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
619 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
620 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
621 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über drei
622 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen
623 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,
624 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
625 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
626 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den
627 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden

628 hierzulande immer noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines
629 Produktes ausgerichtet.

630 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
631 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
632 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
633 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der
634 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit
635 gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung wie z.B. eine Zertifizierung nach dem "Forest
636 Steward Ship Council" (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das
637 Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“
638 sehr positiv beeinflussen. Dazu kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc.
639 angelegten Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen,
640 die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder
641 Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger
642 Behörden sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.

643 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
644 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU
645 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites
646 Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende
647 Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren
648 Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im
649 Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen
650 TiSA wollen wir stoppen und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für
651 gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise
652 fördern und Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen.

653 **Die Eine Welt in Brandenburg**

654 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund
655 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit
656 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild
657 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
658 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,
659 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,
660 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und
661 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den
662 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das
663 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den
664 Fairen Handel und die Eine-Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische
665 Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des
666 Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für
667 nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung
668 Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.

A-1 Nachhaltige Entwicklung ins Zentrum der Politik stellen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

599 Wir wollen die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden
600 verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von der
601 rot-roten Landesregierung abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat wollen wir wieder einsetzen und ihn als
602 zentrales Beratungsorgan etablieren. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien
603 möchten wir auf Staatssekretärebene in der Staatskanzlei verankern.
604 Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen. Dabei wollen wir weg von einem Wohlstandsbegriff, der
605 ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild.
606 Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und
607 erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem
608 regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17
609 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die
610 Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte
611 berücksichtigt.
612 Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig
613 noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Für eine integrierte Landesplanung wollen wir den
614 Landesentwicklungsplan (LEP) mit den bisher ausgelagerten Plänen zur Braunkohle und zum Flughafen
615 BER sowie mit der Mobilitätsstrategie enger verzahnen.

A-2NEU Unser Countdown für mehr Naturschutz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

602 Wir wollen Lebensraumverluste und den Schwund der Artenvielfalt, wie das Insektensterben, stoppen. Der
603 industrialisierten konventionellen Landwirtschaft, der Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
604 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, der Aushöhlung der Naturschutzgesetze, der
605 Vernachlässigung von Schutzgebieten, dem Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner
606 Landnutzer zu Lasten der Allgemeinheit, dem Rückbau des Naturschutzes unter der rot-roten
607 Landesregierung setzen wir dafür unser bündnisgrünes Konzept entgegen: In den nächsten fünf Jahren
608 wollen wir den Personalabbau der letzten zehn Jahre im Naturschutz rückgängig machen. Die
609 Naturschutzstationen und Großschutzgebiets-verwaltungen wollen wir wieder arbeitsfähig machen und
610 ausbauen. Den Flächenschutz wollen wir ausweiten und vorantreiben. Den ehrenamtliche Naturschutz
611 wollen wir wieder stärken und das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wiederherstellen. Als feste
612 Zielgrößen wollen wir u.a.

613 100% des Landeswaldes lassen wir nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren.

614 20 % der Landwirtschaftsfläche machen wir durch Ökolandbau pestizidfrei.

615 10 % der Landesfläche erklären wir zum landesweiten Biotopverbund.

616 2 % der Landesfläche machen wir als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei.

617 1 % der Waldflächen weisen wir rechtssicher als Naturwaldzellen aus und reservieren sie für die Wald- und
618 Wildtierforschung (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel).

619 0 % erlauben wir Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft.

A-3NEU Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit machen

Gremium: Annette Weiß
Beschlussdatum: 25.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

609 Unser Ziel ist Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
610 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
611 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
612 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
613 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
614 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
615 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
616 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
617 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
618 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass die Stellen der
619 Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität der jeweiligen
620 Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete wollen wir wieder in einer
621 organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich
622 Umwelt/Landwirtschaft zusammenführen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programme
623 zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den
624 ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus.

A-4NEU2 Massentierhaltung überwinden: Tiere schützen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

610 Wir wollen ein absehbares Ende der Massentierhaltung und dafür den Tierschutzplan, der aus dem
611 Volksbegehren gegen Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen. Wir
612 drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens
613 von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie
614 das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durch die Überarbeitung des
615 Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der
616 Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände
617 einführen und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So
618 wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb
619 auch sicher stellen. Wir wollen eine absolute Tierzahlen-Obergrenze für Ställe einführen, die sich
620 mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen Tierschutzbundes
621 orientiert. Den Brandschutz wollen wir stärken, so dass die Rettung der Tiere auch in der Praxis möglich ist.
622 Eine flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend
623 selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen.
624 Insbesondere die Freilandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen wollen wir fördern.
625 Hierzu wollen wir u.a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern
626 abschaffen.

A-5NEU2 Vielfalt auf dem Acker: Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

611 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
612 Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische
613 Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten
614 Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren. Dazu wollen wir
615 Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und
616 Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ausschließen. Die Förderung des
617 Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und
618 Heckenstrukturen wollen wir stärken. Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in
619 Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage
620 zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Zudem wollen wir
621 die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeiten:
622 Diese soll Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von
623 Bodenhumus vorgeben.
624 Agrogentechnik forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent
625 gentechnikfreie Landwirtschaft. Auf Bundes- und EU-Ebene wollen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung
626 und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter
627 Pflanzen und Tiere einsetzen.

A-6NEU Grünes Licht für Jungbäuer*innen und Hofnachfolge

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

613 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst-und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
614 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
615 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
616 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
617 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs-und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
618 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
619 möglichst niedrig halten. Beratungs-und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
620 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen. Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land.
621 Wir wollen mit dem Bund über die Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese
622 als Grundstock für eine landeseigenen Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist,
623 wollen wir die Überarbeitung der Vergaberegeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt*innen
624 sowie Existenzgründer*innen einfordern. Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz vorlegen um den Erwerb von
625 landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche
626 Investoren zu erschweren und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu
627 verbessern. Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen.

A-7NEU Grüne Energie: Brandenburg wird erneuerbar

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

614 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Dabei setzen wir auf den Dreiklang
615 dezentral, umweltverträglich, beteiligend. Bei Biogas sehen wir die Grenze der Umweltverträglichkeit
616 bereits erreicht und wollen einen weiteren Ausbau stoppen. Das Potenzial der Sonnenenergie wird
617 dagegen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden
618 wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter*innen ein
619 Anreizprogramm auflegen. Das bisher kaum genutzte Erdwärme-Potential wollen wir in der Förder- und
620 Energiepolitik stärker berücksichtigen. Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach
621 Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“
622 initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen
623 Windenergieanlagen als auch die Klärung planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für
624 Bürger*innen und Kommunen sein.

625 Die Stromproduktion aus den Erneuerbaren in Brandenburg steigt. Doch aufgrund des Überschusses an
626 Braunkohlestrom entstehen immer häufiger Engpässe im Übertragungsnetz, sodass insbesondere
627 einspeisende Windanlagen gedrosselt werden müssen. Ertüchtigung und teilweiser Ausbau der
628 Hochspannungsleitungen sind erforderlich. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht problematisch sind,
629 wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.

A-8NEU Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

616 Wir wollen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht ausschließen. Spätestens mit dem Auskohlen
617 der bestehenden Tagebaue muss mit der Braunkohleverstromung in Brandenburg Schluss sein. Bis dahin
618 wollen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die
619 anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die
620 Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit
621 ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten
622 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde
623 gegenüber der LEAG festzusetzen. Analog des Berlin/Bonn-Gesetzes wollen wir gemeinsam mit dem Bund
624 und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz verhandeln, um die
625 Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.

626 Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis aus Vertretern aus der Region, der Politik und Vertretern aus
627 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die
628 zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Wir
629 wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die
630 Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf,
631 übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/ regionalen Förderanträgen und die Kommunikation
632 und Öffentlichkeitsarbeit.

A-9 Schluss mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

618 Die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen
619 Aktionsplan gegen Plastemüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für den
620 Kaffeebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und
621 –besteck wollen wir vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder
622 Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten,
623 für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen
624 verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich
625 reduzieren. Ein Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-Cafés und
626 kommunalen Gebrauchtwarenläden. Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung
627 von abbaubarem Plaste machen. Mit 2,5 Millionen Euro unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am
628 Potsdamer Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste
629 entwickelt. Das wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf
630 Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen
631 verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen
632 brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

A-1ONEU Trendwende für die Öffis

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

619 Wir wollen einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit Berlin, damit die Mobilitätspolitik nicht an den
620 Landesgrenzen endet. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel wollen wir stufenweise
621 komplett für den Schienenverkehr einsetzen und damit deutlich mehr Züge bestellen. Wichtige
622 Querverbindungen zwischen den Bahnlinien wollen wir durch ein Netz landesbedeutsamer Buslinien
623 schaffen. Wir wollen Regionalbahnen an allen Bahnhaltungen halten lassen, während Regionalexpress die
624 größeren Halte schneller verbinden. Wir wollen die neue Zugart „Metropolexpress“ einführen, die das
625 Umland schnell an das Berliner Zentrum anbindet. Wir wollen auf allen Strecken zwischen 5 und 22 Uhr
626 mindestens einen Einstudentakt an Wochentagen durch Regionalverkehr und landesbedeutsame Busse
627 und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die S-Bahn in Brandenburg ist der Zehnminutentakt
628 unser Ziel. Infrastrukturengpässe und nötige Erweiterungen wollen wir mit dem Ziel eines integralen
629 Taktfahrplans (Brandenburgtakt bzw. Deutschlandtakt) zügig angehen. Durch die Elektrifizierung der
630 Strecken, technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge sowie die Versorgung durch 100
631 Prozent erneuerbare Energien wollen wir die Emissionen des ÖPNV deutlich senken. In den Zügen und den
632 landesbedeutsamen Buslinien wollen wir kostenloses W-LAN etablieren. Wir wollen langfristig sehr
633 günstige Monats- & Jahrestickets (365 Euro-Ticket) anbieten sowie Schüler*innen und Auszubildende
634 kostenlos fahren lassen. Als ersten Schritt wollen wir ein 365 Euro-Ticket für Schüler*innen einführen. Die
635 Tarifzonengrenzen wollen wir kritisch überprüfen und mit Regionen der angrenzenden Bundesländer
636 gemeinsame Tarifegebiete entwickeln. Damit wollen wir den VBB erweitern und einem deutschlandweiten
637 Tarifsystem (Deutschlandtarif) näher kommen.

A-11 Drahtesel/Futter und Fläche geben: freie Bahn für den Radverkehr

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

620 Für den Klimaschutz und die Lebensqualität ist eine flächendeckende, gute Radinfrastruktur unverzichtbar.
621 Die politische Planung dafür wollen wir im Verkehrsministerium in einem eigenständigen Referat bündeln.
622 Wir wollen, dass das Land jährlich mindestens 20 Euro pro Einwohner*in für den Radverkehr ausgibt. Wir
623 wollen ein Radgesetz auf den Weg bringen, in dem das langfristige Ziel eines Radverkehrsanteils von 25
624 Prozent am Gesamtverkehr (Modal Split) festgeschrieben wird.
625 Dafür sollen zwischen allen Orten mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km
626 voneinander entfernt liegen, breitspurige Radschnellwege angelegt werden. Radwege sollen zunehmend
627 unabhängig von Straßen verlaufen. Um die Zuständigkeiten eindeutig zu klären, wollen wir im
628 Brandenburger Straßengesetz die Kategorie "selbstständiger Radweg" einführen. Zudem sollen
629 Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen sollen
630 die Kosten all ihrer geförderten Baumaßnahmen für den Radverkehr nur zu zehn Prozent selbst tragen. Die
631 übrigen 90 Prozent sollen aus EU- & Landesmitteln finanziert werden. Die vom Land Berlin geplanten
632 Radschnellwege sollen vom Land Brandenburg bis in das Berliner Umland verlängert werden. Ebenso
633 braucht es einen Radschnellweg, der als Außenring die Berliner Vororte miteinander verbindet. Ein
634 umfassendes Monitoring soll der Verschleppung von Vorhaben vorbeugen. Eine „Lastenradprämie“ von
635 1.000 Euro soll die Anschaffung betrieblich oder gemeinnützig genutzter Lastenräder fördern.

A-12 BER – Flugverkehr begrenzen, Vorrang für Lärmschutz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

622 Wir wollen das Projekt BER bestmöglich zu Ende führen. Der Luftverkehr muss selbst für die
623 Wirtschaftlichkeit sorgen. Es dürfen keine weiteren Steuergelder versenkt werden. Illusorische
624 Ausbaupläne lehnen wir ab, da der Flughafen durch Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung faktisch
625 immer mehr innerstädtisch wird und dies auch aus klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel wäre. Das
626 Wachstum des Luftverkehrs in der Hauptstadtregion hat aufgrund massiver Anwerbung von Billig-Airlines
627 bisher immer alle Prognosen übertroffen. Wir wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen,
628 sondern den Flugverkehr auf das nötige Maß begrenzen. Das Projekt Masterplan 2040 lehnen wir ab. Der
629 BER darf im dichtbesiedelten Gebiet nicht für 55 Mio Passagiere ausgebaut werden. Weder mit noch ohne
630 Planfeststellungsverfahren. Bei Kapazitätsengpässen müssen die Start- und Landerechte
631 marktwirtschaftlich versteigert werden. Die Offenhaltung von Tegel ist für uns keine Option. Konkret
632 fordern wir ein generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine endgültige Absage an alle Pläne zu
633 einer dritten Start- und Landebahn. Alle betroffenen Haushalte müssen den Schallschutz gemäß den
634 Schutzziele des Planfeststellungsbeschlusses erhalten.

A-13 Für natürliche Flüsse und eine Klare Spree

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

623 Wir wollen unsere Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren
624 Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür wollen wir den
625 Flüssen ausreichend Raum geben. Überschwemmungsgebiete wollen wir nicht weiter für Ackerbau und
626 Neubau zur Verfügung stellen, stattdessen wollen wir dort extensive Landnutzungen fördern.
627 Altwasserarme und Auengebiete wollen wir wieder reaktivieren und an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse
628 anschließen. Auf diese Weise wollen wir der Elbe, der schwarzen Elster und der Havel langfristig ihre
629 natürlichen Formen zurückgeben. Einen Ausbau von Oder oder Elbe lehnen wir ab. Damit wollen wir auch
630 den zunehmenden Extremwetterereignissen durch den Klimawandel begegnen: Bei Hochwasser gibt es
631 mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird der Abfluss verlangsamt.
632 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, wollen wir einen
633 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vorlegen. Für die
634 Braunkohletagebaue wollen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat einführen. Die Vorsperre Bühlow
635 und die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen
636 das Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlamms in anderen
637 stehenden Gewässern lehnen wir ab und streben eine Deponierung oder eine Wiedernutzung des darin
638 enthaltenen Eisens ein.

A-14 Mehr regionale und ökologische Lebensmittel auf unseren Tellern!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

625 Immer mehr Menschen legen Wert auf eine gesunde und nachhaltige Ernährung. In Berlin übersteigt die
626 große Nachfrage nach regionalen Bio-Produkten derzeit das Angebot, vor allem bei Obst und Gemüse. Wir
627 wollen den Ökolandbau fördern, indem wir ein landeseigenes Regionallabel mit hohen Qualitätsstandards
628 etablieren. Wir wollen, dass der Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes auf die Unterstützung kleinerer
629 Betriebe und Nischenmärkte gelegt wird. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der
630 Lebensmittelproduktion neu. Wir fördern Unternehmen, die neben Nachhaltigkeit auch auf gute
631 Arbeitsbedingungen Wert legen. Denn so entstehen gute Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die
632 nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Standortfaktor und wir tun gleichzeitig etwas für den
633 Klimaschutz. Wir wollen in öffentlichen Kantinen, Kitas und Schulen, Krankenhäusern und
634 Seniorenresidenzen konsequent regionale Produkte und auch mehr bio auf den Teller bringen. Um das
635 Kita- und Schulesen zu verbessern, wollen wir die Einrichtung von Kita- und Schulküchen fördern und die
636 Vernetzungsstelle Schul- und Kitaverpflegung personell aufstocken.

A-15NEU Es kann so einfach sein: Sanften und naturnahen Tourismus ausbauen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

626 Die Tourismuswirtschaft ist in Brandenburg mit knapp 18.400 Beschäftigten eine umsatzstarke und
627 beschäftigungsintensive Branche. Tagestourist*innen und Urlauber*innen genießen die Schönheit der
628 Landschaft, der Dörfer und Städte, der historischen Schlösser und Gärten. Davon profitieren Gaststätten und
629 Beherbergungsbetriebe, der Einzelhandel ebenso wie die Anbieter von Freizeitaktivitäten im Bereich Sport,
630 Erholung, Freizeit und Kultur. Wir setzen auf nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus mit
631 vielfältigen Sport-, Gesundheits- und Wellness- und Kulturangeboten. Wir wollen die Attraktivität unseres
632 Landes für den Tourismus weiter stärken, indem wir dafür sorgen, dass unsere Natur erhalten bleibt und die
633 Infrastruktur gestärkt wird. Lebendige Dörfer, gute regionale Nahversorgung, schnelles Internet und
634 nachhaltige Mobilität kommen den Menschen vor Ort sowie dem Tourismus zugute. Fahrradurlaub und
635 Wassertourismus boomen, diese Chancen wollen wir nutzen. Tourist*innen wollen immer häufiger stressfrei
636 ohne Auto anreisen. Deshalb wollen wir die Mobilitätsangebote vor Ort mit ÖPNV und Fahrrad ausweiten.
637 In der Landesplanung wollen wir die Weichen stellen für umweltfreundlichen und naturnahen Tourismus.
638 Die Tourismusverbände und die Tourismusmarketingagentur des Landes (TMB) wollen wir stärken und die
639 sinkenden EU-Mittel hier konzentrieren. - Das könnte so einfach sein! Indem wir unser touristisches
640 Potenzial besser ausschöpfen, schaffen wir neue Jobs und Einkommensmöglichkeiten und damit auch
641 Perspektiven auch für junge Leute in den ländlichen Regionen.

A-16 Attraktiv und nachhaltig planen und bauen

Antragsteller*in: Martin Kündiger (LGS)

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

627 Für öffentlich geförderte Neubau- und Sanierungsvorhaben müssen zukunftssichere Standards gelten. Das
628 betrifft neben energetischen Qualitäten (Energiehausplus im Neubau), Schallschutz, Belichtung und
629 Belüftung natürlich auch die Verwendung von gesundheitlich unbedenklichen, ressourcenschonenden und
630 nachhaltigen Baumaterialien und -techniken. Wir wollen, dass die Landesförderung bei kommunalen
631 Baumaßnahmen und landeseigenen Bauten die Verwendung von pestizidhaltigen und
632 gesundheitsbeeinträchtigenden Baustoffen definitiv ausschließt. Die Energiehausplus-Bauweise soll
633 verpflichtend werden. Auch fordern wir ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Standort- und
634 Investitionsentscheidungen. Hierfür sind auch Lebenszyklusbetrachtungen notwendig. Bei der Auswahl von
635 Baukonstruktion und Baustoffen sind die Auswirkungen nicht nur für Bau und Nutzung, sondern auch
636 Instandhaltung und Entsorgung zu betrachten. Wichtige Voraussetzung ist immer eine Planung an den
637 Bedürfnissen der späteren Nutzung. Deshalb braucht es Workshopverfahren mit den späteren Nutzer*innen
638 und Vertreter*innen der Bauherr*innen unter Leitung und Moderation beteiligungserfahrener Planer*innen.
639 Das Ergebnis dieses Verfahrens bildet die Grundlage für die haushalterische und inhaltliche
640 Investitionsentscheidung. Gestaltungsbeiräte helfen bei der baukulturellen Ausgestaltung. Gute Planung
641 führt zu geringeren Kosten für Infrastruktur und Instandhaltung, da Gebäude effizienter genutzt und
642 Nachbesserungen eingespart werden.

A-17 Raum für Ideen: Innovationszentren und Sharing-Werkstätten

Antragsteller*in: Martin Kündiger (LGS)

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

628 Wir wollen außeruniversitäre Innovationszentren schaffen, in denen – themen- oder branchenspezifisch -
629 mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung spezifischer Lösungsideen
630 gearbeitet wird. Sie können eine inspirierende Gemeinschaft bieten, in denen durch Formate wie
631 Hackathons oder Prototypen-Wochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung stattfinden
632 können. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung, wie
633 Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet. Wir wollen mindestens zwei
634 Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden
635 modellhaft fördern und im Rahmen eines begleitenden Forschungsprojekts evaluieren lassen. Zur
636 Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der
637 regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und
638 Technologien genutzt und geteilt werden, die für jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären. Zur
639 Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und
640 Wirtschaftskraft der Nutzer unterschiedlich hoch ausfallen. Für derartige offene Werkstätten wollen wir die
641 Fachhochschulen im Land nutzen. Auch genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in
642 Anlehnung an landwirtschaftliche Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der
643 Ressourcenschonung, da somit weniger Geräte notwendig sind und diese besser ausgelastet sind.

B-1NEU2 Ein guter Start ins Leben: Hebammenversorgung und „Frühe Hilfen“ ausbauen

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

629 **Ein guter Start ins Leben: Hebammenversorgung und „Frühe Hilfen“ stärken**

630 Ein guter Start ins Leben ist die Grundlage für das gesunde Aufwachsen eines Kindes, für den Aufbau fester
631 Bindungen und für ein gelingendes Familienleben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass es in Brandenburg
632 auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der Geburtshilfe sowie
633 der Vor- und Nachsorge gibt. Deshalb wollen wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen und
634 Entbindungspfleger erweitern und das Fach Hebammenwissenschaften als Studienfach an einer
635 Brandenburger Hochschule einführen. Jede Frau soll die Möglichkeit haben, ihr Kind selbstbestimmt zur
636 Welt zu bringen, sei es in einer Klinik, in einem Geburtshaus oder Zuhause. Wir wollen die noch
637 bestehenden Geburtsstationen an den Kliniken erhalten und den hebammengeleiteten Kreissaal
638 einführen. Die vier Geburtshäuser und die Gründung von neuen Geburtshäusern wollen wir fördern. Die
639 derzeitige Aus- und Fortbildung von Familienhebammen sowie von Gesundheits- und
640 Kinderkrankenpfleger*innen für den Einsatz in den „Frühen Hilfen“ wollen wir fortsetzen. Die Angebote der
641 „Frühen Hilfen“ und die „Netzwerke gesunder Kinder“ wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien
642 Städten weiter professionalisieren und ausbauen. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung in der
643 Geburtshilfe ein und wollen auf Bundesebene die Frage der Haftpflichtversicherungsprämien so geregelt
644 haben, dass auch in Zukunft Haus- und Geburtshausgeburten stattfinden können.

B-2 Familien stärk machen: Bildungskarte gegen Kinderarmut!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

631 Die Chancen für ein gutes Leben sind ungleich verteilt. 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18
632 Jahren in Brandenburg sind arm oder von Armut bedroht. Armut trifft besonders Alleinerziehende und
633 kinderreiche Familien. Wir wollen Familien besser fördern und Alleinerziehende gezielt unterstützen,
634 indem wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote, wie die „Frühen Hilfen“, Trennungs- und
635 Erziehungsberatung, Elternkurse und Familienzentren ausbauen. Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht
636 viele Familien nicht. Wenn Kinder oder Jugendliche sich das Mittagessen in Kita oder Schule nicht leisten
637 können, im Kino oder bei den Klassenfahrten nicht dabei sein können, dann läuft etwas gründlich schief.
638 Wir wollen, dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer „Bildungskarte“ einen
639 freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten erhalten. Besonders die
640 Teilnahme am Mittagessen muss unkompliziert und kostenfrei möglich sein. Das Land soll den bisherigen
641 Eigenanteil von einem Euro übernehmen. Den Aufbau kommunaler Präventionsketten gegen Kinderarmut
642 wollen wir voranbringen. Kinderarmut muss auf Bundesebene endlich wirksam bekämpft werden. Deshalb
643 wollen wir eine Bundesratsinitiative für eine Reform des Bildungs- und Teilhabepakets starten. Wir streiten
644 für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen, einen automatisch ausgezahlten Kindergeldbonus, der
645 Familien wirklich erreicht und eine Kindergrundsicherung. Denn: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel
646 wert sein.

647 #familienstärken #kinderarmutbekämpfen

B-3NEU2 Gute Kitas beitragsfrei

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

633 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Kindes, denn hier wird der
634 Grundstein für die sozialen, emotionalen, motorischen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten gelegt.
635 Kitas sind Bildung und die sollte für Eltern kostenfrei sein. Deshalb wollen wir sowohl in die
636 Weiterentwicklung der Qualität und den Ausbau des Angebots als auch in die Beitragsfreiheit investieren.
637 Die Zeit, die ein*e Erzieher*in für jedes Kind hat, ist immer noch viel zu knapp bemessen und Brandenburg
638 ist nach wie vor Schlusslicht beim Betreuungsschlüssel. Deshalb wollen wir die Gruppengrößen senken
639 und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut, möglichst schnell auf die empfohlene Relation von 1:3
640 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für Drei- bis Sechsjährige verbessern. Wir wollen den Beruf mit guten
641 Arbeitsbedingungen, besserer Entlohnung und interessanten Fortbildungsmöglichkeiten attraktiver für
642 junge Menschen machen, für Männer ebenso wie für Frauen. Die Kita-Finanzierung wollen wir auf neue
643 Füße stellen. Die Ausbildung an den Erzieherfachschulen muss kostenfrei sein. Wie in den dualen
644 Ausbildungsberufen müssen junge Menschen eine Ausbildungsvergütung erhalten. Das wollen wir in
645 einem Kita-Gesetz neu regeln und individuell an die Bedürfnisse der Kinder (Alter, Betreuungszeiten,
646 Integrationskinder) anpassen.

647 #kita #beitragsfrei #bildung

B-4NEU2 Wir machen Kinder und Jugendliche fit fürs digitale Zeitalter

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

635 Wir wollen Kinder und Jugendliche zu souveränen, aktiven Netzteilnehmer*innen machen. Medienbildung
636 unter fachübergreifenden und fächerverbindenden Aspekten ist Querschnittsaufgabe jeden Unterrichts.
637 Programmieren kann schon spielerisch in der Kita gelernt werden und sollte auch in der Grundschule auf
638 dem Stundenplan stehen. An allen weiterführenden Schulen wollen wir Informatik oder das neue Fach
639 "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Neben technischen Fähigkeiten müssen im Unterricht
640 auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres
641 technischen Lebensumfelds vermittelt werden. Über Chancen, Gefahren und Risiken des Netzes / ? der
642 alltäglichen uns umgebenden Technik wollen wir Kinder und Jugendliche umfassend aufklären. Wir wollen
643 mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit den Kommunen die technische Ausstattung an allen
644 Brandenburger Schulen für innovativen, digital gestützten Unterricht auf den erforderlichen Stand bringen.
645 Dazu gehören ein Breitbandanschluss, WLAN und Medienbeauftragte für alle Schulen. Auf einer
646 landesweiten Plattform wollen wir freie Lernangebote (Open Educational Resources) zugänglich machen
647 und so den Austausch zwischen Lehrer*innen unterstützen. Wir werden auch die außerschulische
648 Medienarbeit stärken und die Kooperation mit Schulen und Kitas fördern. Wir wollen einen Runden Tisch
649 Medienbildung etablieren, um alle beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen.

650 #Digitalisierung #Schule

B-5 Neue Lehrer*innen braucht das Land!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

637 Der eklatante Mangel an Lehrer*innen ist eines der gravierendsten Probleme, mit dem die Schulen derzeit
638 zu kämpfen haben. Um den großen Bedarf zu decken, wollen wir die Ausbildungskapazitäten an der
639 Universität Potsdam dauerhaft erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und
640 Inklusionspädagogik. Wir wollen auch prüfen, ob an der Universität Cottbus ein Lehramtsstudium, evtl.
641 speziell für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), eingeführt werden kann.
642 Doch dies allein wird nicht reichen. Schon jetzt sind mehr als 20 Prozent der Lehrkräfte
643 Quereinsteiger*innen, bald wird es jede*r zweite Lehrer*in sein. Und sie werden noch viele Jahre benötigt.
644 Sie können eine Bereicherung für die Schule sein. Sie müssen aber während der Einstiegsphase so
645 qualifiziert werden, dass sie fachlich und didaktisch an die von der Kultusministerkonferenz formulierten
646 pädagogischen Standards herangeführt werden. Dazu wollen wir Fortbildungs- und
647 Weiterbildungsangebote sowie das Beratungs- und Unterstützungssystem ausbauen. Wir wollen möglichst
648 vielen Quereinsteiger*innen einen vollwertigen Lehramtsabschluss ermöglichen. Um auch Lehrkräfte für
649 metropolferne Regionen zu werben, bedarf es eines engen Zusammenwirkens von Landesregierung,
650 Schulverwaltung, Kommunen und Schulen. Unsere Vorschläge hierzu, wie z.B. Vorverträge, dezentrale
651 Seminarstandorte der Lehramtsausbildung und Stipendien mit Lehrverpflichtung liegen seit 2011 vor. Wir
652 wollen sie endlich zur Anwendung bringen.

B-6NEU Guter Ganzttag landesweit!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

638 Unser Ziel ist die möglichst flächendeckende Erweiterung des Ganztagsangebots für Grund-, wie auch
639 weiterführende Schulen. Von einer guten Ganzttagsschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages,
640 Phasen intensiven Lernen wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle
641 Unterrichtsphasen haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie ein gesundes Mittagessen. Das Konzept
642 der Verlässlichen Halbtagsgrundschule wollen wir ausbauen und für die fünften und sechsten
643 Jahrgangsstufen, die nicht mehr im Hort betreut werden („Lückekinder“), um zusätzliche
644 Nachmittagsangebote ergänzen. Wir möchten erreichen, dass sich auch mehr weiterführende Schulen für
645 den Ganzttag entscheiden.

646 Die Ganztagsangebote wollen wir durch das Land verlässlich und auskömmlich finanzieren und qualitativ
647 weiterentwickeln, das beinhaltet auch ein eigenes Budget und die organisatorische und pädagogische
648 Beratung sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen.

649 #guter Ganzttag

B-7NEU Mehr Kreativität und Handwerk in die Schulen

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

641 Wir wollen jungen Menschen schon früh die Möglichkeit geben, sich kreativ zu entfalten, eigene Ideen zu
642 entwickeln und handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben. Wir wollen deshalb in unseren Schulen mehr
643 Freiräume für kreative und offene Projekte. Dazu soll das Land an allen weiterführenden Schulen Schritt
644 für Schritt offene Werkstätten („Fablabs“) einrichten, um Schüler*innen Räume zur kreativen Entfaltung zu
645 geben. Unser Ziel ist es, dass ähnlich wie in Dänemark alle Schüler*innen frühzeitig handwerkliches
646 Geschick und Erfindergeist entwickeln. Sie sollen Vertrauen seitens der Lehrkräfte und der Schulverwaltung
647 bekommen und diese Räume selbstverwaltet organisieren. Die „Fablabs“ bieten außerdem die Möglichkeit,
648 Nachhaltigkeit zu „lernen“. So sollen sie auch Raum für die Reparatur defekter Geräte, Fahrräder oder
649 sonstiger Dinge bieten. Bei künstlerischen Projekten kann der Fokus auf der Wiederverwendung
650 gebrauchter Gegenstände liegen. Für Personal und Ausstattung wollen wir im Landeshaushalt ein eigenes
651 Budget bereitstellen.

652 #kreativeschulen

B-8NEU Bau von Kitas und Schulen: Räume zum Leben und Lernen schaffen

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

643 Viele unserer Kitas und Schulen sind baulich in einem schlechten Zustand und müssen dringend saniert
644 werden. Oft ist auch nicht genügend Platz vorhanden, flexible Neubauten mit vielfältigen
645 Nutzungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Die Herausforderungen unserer Zeit, individualisiertes
646 Lernen und Inklusion, Bewegungsmangel, Ganzttag und Digitalisierung erfordern aber andere Räume als die
647 herkömmlichen Klassenzimmer. Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die die Lernfreude und
648 Kreativität unserer Kinder wecken und die positive Wechselwirkung von Architektur, Organisation und
649 Pädagogik nutzen. Denn der Raum ist bekanntlich „der dritte Pädagoge“. Deshalb wollen wir ein
650 Förderprogramm auflegen, um die Kommunen bei der Sanierung und beim Neubau von Kitas und Schulen
651 besser zu unterstützen. Wir wollen die Kita- und Schulbaurichtlinie modernisieren, ein zeitgemäßes
652 Musterraumkonzept entwickeln und eine kompetente Beratung für Kita- und Schulträger anbieten. Dabei
653 stehen gesundheitliche, ökologische und pädagogische Aspekte im Mittelpunkt.

654 #schulneubau

B-9NEU Von Anfang an und lebenslang: Kulturelle Bildung für Alle

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

645 Unter kultureller Bildung verstehen wir den Lern- und Auseinandersetzungsprozess des Menschen mit sich,
646 seiner Umwelt und der Gesellschaft im Medium der Künste. Sie trägt wesentlich zur gesellschaftlichen
647 Teilhabe bei. Daher wollen wir kulturelle Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen und das
648 Angebotsnetz für Schulen stärken. Wir wollen das Programm „Klasse Musik“ fortführen, das Programm
649 „Klasse Kunst“ ausbauen und die bestehenden Fördermöglichkeiten zur Unterstützung von
650 Kooperationsprojekten zwischen Schulen und Anbietern der Kulturellen Bildung ausweiten. Zudem
651 möchten wir Träger bei der Realisierung von ausbildungs- und studienvorbereitenden Angeboten
652 künstlerisch-kreativer Sparten besser unterstützen und einen Jugendkulturpreis des Landes Brandenburg
653 etablieren. In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir
654 wollen eine Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum auflegen und eine bessere
655 Ausstattung ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns für eine angemessene Bezahlung von Personal und
656 Honorarkräften ein. Für die Entwicklung des ländlichen Raums setzen wir verstärkt auf mobile
657 Bildungsprojekte, Maßnahmen der Soziokultur und die Gründung von „Kinder- und Jugendmuseen“.

B-10 Raus aus dem Prekariat: Von der Wissenschaft leben können

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

646 Brandenburg verfügt über eine vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studierendenplätzen. Doch
647 Prekarisierung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Vor allem junge
648 Wissenschaftler*innen sind befristet angestellt und befinden sich dadurch oft in starken
649 Abhängigkeitsverhältnissen.. Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen
650 gute, existenzsichernde Arbeitsplätze anbieten. Länger laufende Verträge sollen eine planbare Karriere in
651 der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Wir
652 unterstützen die Forderung nach Abschluss eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte, um ihnen
653 angemessene Arbeitskonditionen zu sichern.

654 #uni #rausausdemprekariat

B-11NEU3 Öffentliche Verwaltung zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

648 Wir wollen den Öffentlichen Dienst in Brandenburg zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen und die
649 Verwaltung attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Davon profitieren die Mitarbeiter*innen genauso wie
650 die Bürger*innen. Wir planen eine Ausbildungsoffensive und eine finanzielle Besserstellung der unteren
651 Einkommensgruppen, besonders in der Justiz. Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen
652 und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit
653 und das Rückkehrrecht auf Vollzeit sind für uns selbstverständlich. Wir sorgen für gute Fort- und
654 Weiterbildungsangebote und setzen auf eine konsequente Qualifikation für eine wertschätzende
655 Personalführung. Da, wo Frauen unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für eine fünfzig Prozent Quote ein,
656 insbesondere in den Führungsebenen und Aufsichtsgremien. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten
657 wollen wir im Landesgleichstellungsgesetz ausbauen. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb wollen wir
658 das Gesundheitsmanagement verbessern, jede Verwaltung soll einen eigenen Etat für
659 Gesundheitsangebote bekommen. Die Beteiligungsrechte der Personalräte in den öffentlichen
660 Verwaltungen wollen wir stärken. Befristete Arbeitsverhältnisse, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen
661 werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der
662 Arbeitgeber*innen einseitig auf die Beschäftigten. Deshalb wollen wir, dass im gesamten Bereich des
663 öffentlichen Dienstes keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund mehr abgeschlossen werden.
664 Betriebe der öffentlichen Hand, die in privaten Gesellschaftsformen geführt werden, müssen der
665 Tarifbindung unterworfen werden.

B-12 Ärzt*innen für Brandenburg: Medizinische Fakultät gründen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

649 Der Mangel an Ärzt*innen ist die zentrale Herausforderung in der Gesundheitsversorgung der Zukunft. Wir
650 wollen vielfältige Instrumente nutzen, um Menschen für eine Tätigkeit in Brandenburg zu begeistern. Wir
651 wollen aber besonders jungen Menschen in und aus Brandenburg gewinnen, Ärzt*innen hier im Land zu
652 werden und wollen dafür eine medizinische Fakultät an einer der Brandenburger Universitäten einrichten.
653 Diese soll ihren Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt klar auf die Gesundheitsversorgung in ländlichen
654 Räumen setzen. Die Ortsentscheidung ist für uns auch eine wichtige strukturpolitische Weichenstellung im
655 Land. Um Absolvent*innen nicht wieder an den europäischen Arbeitsmarkt zu verlieren, wollen wir sie mit
656 Stipendien, enger Verzahnung von landesweiter Patient*innenversorgung mit der Lehre und fachlich wie
657 finanziell attraktiven Facharztweiterbildungsprogrammen für eine langfristige Tätigkeit in Brandenburg
658 begeistern.

659 #medizinstudiereninbrandenburg #ÄrztinnenfürBrandenburg

B-13NEU Gute Pflege im Wohnumfeld

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

651 Im Land Brandenburg leben 112.000 pflegebedürftige Menschen. Ihre Zahl wird in den in den nächsten
652 Jahren weiter zunehmen. Die meisten pflegebedürftigen Menschen möchten möglichst lange in ihrer
653 vertrauten Wohnumgebung bleiben. Wir wollen die Angebote dafür stärken und die Bildung eines
654 pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen. Die Arbeit der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“
655 (FAPIQ) wollen wir durch eine dauerhafte Förderung aus Landesmitteln verstetigen. Sie unterstützt
656 Kommunen und Bürger*innen beim Aufbau pflegefreundlicher Bedingungen vor Ort, in Dörfern, Städten
657 und Gemeinden. Die Arbeitsbelastung in der Pflege verdichtet sich mehr und mehr und es wird immer
658 schwieriger, Pflegepersonal zu gewinnen. Wir wollen auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem
659 Modellprojekt „Innovative Personaleinsatz- und Personalentwicklungskonzepte“ prüfen, welche
660 Möglichkeiten das Land bei der Umsetzung von familienfreundlicherer Arbeitsorganisation und größerer
661 Zeitsouveränität für Pflegekräfte hat. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land
662 Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer
663 unterstützen. Pflege als Berufsfeld muss attraktiver werden. Die Ausbildung an den Pflegefachschulen
664 muss kostenfrei sein. Wie in den dualen Ausbildungsberufen auch, müssen junge Menschen eine
665 Ausbildungsvergütung erhalten. Außerdem wollen wir flexible Ausbildungsangebote schaffen, um
666 Pflegehelfer*innen zu Fachkräften weiter zu qualifizieren.

B-14NEU2 Integration voranbringen: Mehr Ressourcen für die Kommunen

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

652 Erfolgreiche Integration braucht viele Eltern und ist eine facettenreiche, anspruchsvolle Aufgabe.
653 Deswegen werden wir die Kommunen bei der Integration von Geflüchteten mit mehr
654 Migrationssozialarbeiter*innen unterstützen. Dadurch wollen wir die Quartiersarbeit stärken und
655 sicherstellen, dass Geflüchtete in den ersten Monaten von Ausbildung und Angestelltenverhältnis
656 professionell begleitet werden. Das Sprachförderprogramm für Geflüchtete werden wir flexibler gestalten,
657 damit der Besuch von Deutschkursen auch in den Abendstunden und am Wochenende möglich wird. Kitas,
658 Schulen und Ausbildungsbetriebe wollen wir finanziell und personell unterstützen, z.B. mit
659 Lerntherapeut*innen und Qualifizierungsangeboten für Erzieher*innen, Lehrer*innen und
660 Sozialarbeiter*innen. Maßnahmen, die für alleinreisende, minderjährige Kinder- und Jugendliche entwickelt
661 wurden, sollen angelehnt an die Altersvorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bis zum Alter von 27
662 Jahren bedarfsgerecht für alle Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Für die Stärkung
663 ehrenamtlicher Initiativen sowie gemeinnütziger Träger der Alltags- und Freizeitkultur, die mit
664 Geflüchteten arbeiten, werden wir die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen einführen.

B-15 Lebendige Erinnerungskultur für Brandenburg

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 15.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

653 Brandenburgs Geschichte ist bekanntlich mehr als Großer Kurfürst, Alter Fritz und Preußens "Glanz und
654 Gloria". Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus und der SED-Diktatur hat
655 inzwischen ihren festen Platz in der Brandenburger Gedenkkultur. Zusätzlich zu den zentralen Orten der
656 Erinnerung wollen wir weitere dezentrale Erinnerungsorte erhalten und in die Arbeit der
657 Gedenkstättenstiftung einbeziehen. Dazu gehört auch, die bislang vernachlässigten Militärliegenschaften
658 zu Orten der politischen Bildung zu entwickeln. Die Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in
659 Brandenburg wollen wir erhalten. Außerdem wollen wir die deutsche Kolonialgeschichte vor 1918
660 aufarbeiten und an einem authentischen Ort sichtbar machen. Ebenso wollen wir an den Völkermord an
661 den Armeniern, die Geschichte der Sinti und Roma und die Geschichte jüdischen Lebens in Brandenburg
662 vor dem nationalsozialistischen Völkermord erinnern. Eine lebendige Erinnerungskultur setzt mehr als
663 staatlich verordnete Gedenktage, den Erhalt historischer Relikte und die Gestaltung von Ausstellungen
664 voraus: Wir wollen die Bildungsangebote für Schulen und Jugendliche weiter entwickeln und die Zahl der
665 an den Gedenkstätten eingesetzten Lehrkräfte erhöhen. Alle Schüler und Schülerinnen sollen in ihrer
666 Schulzeit mindestens einen Erinnerungsort des Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit in
667 pädagogischer Begleitung besuchen können. Um dies zu ermöglichen wollen wir die Stiftung
668 Brandenburgische Gedenkstätten und die freien Träger finanziell und personell besser ausstatten und die
669 Gedenkstättenlehrkräfte im Haushalt absichern.

670 #Gedenkstaetten #Aufarbeiten

B-16 Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen – sozial gerecht und zukunftssicher!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(B) Soziales (Projekte)

655 Steigende Mieten und knapper werdender bezahlbarer Wohnraum belasten nicht nur die Landeshauptstadt
656 und die Gemeinden im Berliner Umland. Menschen mit geringeren Einkommen, Familien, Ältere, Menschen
657 mit Behinderung, Studierende oder Geflüchtete haben es schwer auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen
658 Wohnungen mit bezahlbaren Nettokaltmieten, die an die Bewirtschaftungskosten gekoppelt und
659 sozialorientiert gestaltet sind. Dazu wollen wir das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und
660 das Landesprogramm für den sozialen Wohnungsbau im Bereich Neubau von Mietwohnungen aufstocken,
661 die Wohnungsbaugesellschaften besser bei der Planung neuer Bauvorhaben unterstützen und, wo nötig,
662 die Gründung neuer kommunaler Wohnungsbaugesellschaften fördern. Kommunen, Land und Bund
663 müssen Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellen, in
664 der Regel auf Erbpachtbasis. Auch die Gründung von Genossenschaften oder Baugemeinschaften wollen
665 wir vorantreiben. Für Wohnungsbauprojekte von Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder
666 Baugemeinschaften soll zugunsten der „Konzeptvergabe“ vom Versteigerungsprinzip abgewichen werden.
667 Ältere Menschen, die ihre zu groß gewordenen Wohnungen oder Häuser aufgeben, wollen wir beim Umzug
668 in kleinere Wohnungen besonders unterstützen, z.B. durch Umzugshilfen, Tauschportale und erleichterten
669 Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen einen Wohnungstausch
670 ohne Mieterhöhung ermöglichen.

C-1NEU Unsere Dörfer bewahren: Bahnhöfe und ortsbildprägende Gebäude vor dem Verfall retten

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

656 Die Denkmäler in Brandenburg schaffen Identität und einen kulturellen Wert, ihr Erhalt sorgt für
657 Arbeitsplätze in Handwerk und Tourismus auch in den ländlichen Räumen. Da der Denkmalfonds zur
658 Sicherung von gefährdeten Denkmalen und zur Anschubfinanzierung von wichtigen Bauarbeiten nicht
659 reicht, wollen wir ihn auf zwei Millionen Euro erweitern. Wir wollen die Unterstützung eines
660 Landesdenkmalpflegevereins mit beratenden Funktionen für private und öffentliche Bauherren prüfen.
661 Insbesondere gefährdete und ortsbildprägende Gebäude in Dörfern und Kleinstädten, wie z.B. Bahnhöfe,
662 alte Schulen oder Gutshäuser wollen wir sichern und so den Verfall stoppen. Dafür soll es einen
663 landesweiten Katalog geben, mit dem die Gemeinden diese Gebäude vermitteln können. Dieser soll über
664 den Sanierungsstand, die Baunutz- und die Grundstücksfläche, sowie über die Geschichte und
665 architektonische Eigenschaften Auskunft geben. Ehrenamtliche Vereine und Initiativen brauchen mehr
666 Unterstützung, Nutzungskonzepte wie die Einrichtung von Dorfläden, Gemeindezentren, Museen oder
667 Kultureinrichtungen wollen wir fördern. Das Personal der Denkmalschutzbehörden wollen wir aufstocken,
668 damit private Eigentümer*innen, Vereine und Investor*innen eine gute Beratung erhalten und ihre Anträge
669 in kürzeren Fristen bearbeitet werden können. Die Neunutzung zum Wohnen oder als Werkstätten, Ateliers
670 oder Seminarhäusern mit Beherbergung wollen wir erleichtern und die Bauordnung entsprechend
671 anpassen. Konflikte zwischen etappenweisem Umbau und Beantragung des Gesamtprojekts, zwischen
672 Denkmalschutz und geplanter Nutzung, zwischen Vorschriften für Neu- und Umbau wollen wir pragmatisch
673 lösen. Dafür wollen wir auf Landesebene zwei Stellen für einen „Initiatoren-Lotsendienst“ schaffen, welcher
674 gemeinsam mit den lokalen Bauämtern und den Antragstellenden nach Lösungen sucht. Wir werden uns
675 dafür einsetzen, dass analog zum Naturschutz auch im Denkmalschutz ein Verbandsklagerecht im Gesetz
676 verankert wird.

C-2NEU Es lebe das Dorf!

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)
Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

657 Dörfer finden in der Kommunal- und Landespolitik kaum Gehör und haben nur wenig
658 Einflussmöglichkeiten. Das liegt vor allem an der letzter Gemeindegebietsreform, bei der viele Dörfer zu
659 größeren Gemeinden zusammengelegt oder gleich in mehr oder weniger große Städte eingegliedert
660 wurden. Dieser Prozess halbierte die landesweite Zahl von in den Gemeindevertretungen aktiven
661 Menschen von 12.000 auf nur noch rund 6.000. Wir wollen die Reform nicht zurücknehmen, aber die
662 Mitbestimmung der Dörfer deutlich verbessern. Dazu gehört für uns, dass die Dörfer durch Ortsteilbudgets
663 mehr finanzielle Eigenverantwortung erhalten. Für Entscheidungen der Gemeindevertretung, die den
664 Ortsteil betreffen, wollen wir in der Kommunalverfassung ein aufschiebendes Veto-Recht der Ortsbeiräte
665 festschreiben. Der Ortsbeirat wäre dann in der folgenden Gemeindevertretung anzuhören und die
666 Entscheidung kann anschließend überdacht werden. Um die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung
667 der Dörfer zu stärken, wollen wir ein sogenanntes „Parlament der Dörfer“ im Sinne der Vorschläge der
668 brandenburgischen und europäischen Dorfbewegung ins Leben rufen, bei dem sich u.a. die Landespolitik
669 jährlich den Gedanken, Fragen und Anmerkungen aus den Dörfern stellen muss.

C-3NEU Breitbandausbau im ganzen Land voranbringen

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

658 Ein Zugang zu schnellem Internet ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21. Jahrhundert. Wir
659 wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaser-Versorgung bis ins Haus und Up- wie
660 Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbits in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jede einzelne
661 Maßnahme muss anhand dieses Ziels bewertet werden. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, den
662 zügigen Ausbau der Netze zu organisieren, wollen wir ein regelmäßiges Monitoring der Situation, gezielte
663 Initiativen und Unterstützung mit Informationen in einem Kompetenzcenter. Musterausschreibungen,
664 können sehr effektiv zu einer flächendeckend hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig soll das Land
665 ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen, die zwingend an das Kriterium des Ausbaus von
666 Gigabit-Infrastrukturen zu knüpfen sind. Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener
667 kommunaler Infrastruktur. So könnten insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke Netze
668 aufbauen und durch die Leitungsgebühren Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch
669 tun. Auch Zusammenschlüsse von Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene
670 Hand zu nehmen. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.
671 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei wichtigen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen wir
672 Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, einbeziehen.

C-4NEU Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

659 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
660 Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Online-Zugang zur
661 Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir
662 wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
663 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden, das
664 "Once-Only-Prinzip" erproben, so dass Bürger*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut
665 angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es
666 qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in
667 diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und
668 Ausbildung gelegt werden.

669 Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte
670 Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben. Bei IT-Verträgen
671 wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen Geheimdiensten u.Ä.
672 zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können. Langfristig streben wir bei der öffentlichen
673 IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Kommunikation zwischen
674 Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern.

C-5NEU Bürgernahe Polizei mit mehr Personal und guter Ausstattung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

661 Brandenburg braucht mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und
662 auf Augenhöhe mit den Sorgen der Bürger*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und
663 sie in die Lage versetzen, die zunehmenden Hass-Delikte im Internet und die Wirtschaftskriminalität
664 wirksam zu verfolgen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Ausrüstung verbessern.
665 Die Aufgaben von Polizeihunden wollen wir auf Such- und Spürtätigkeiten beschränken. Tiere sind keine
666 Waffen und dürfen nicht als solche eingesetzt werden. Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein
667 transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle
668 an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger als auch für Polizeibeamt*innen sein soll.
669 Damit hätte die Zivilgesellschaft eine Art Kontaktzentrum, dessen Aufgabe es ist, reale oder vermeintliche
670 Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur Wahrung der Unabhängigkeit soll die
671 Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. Wir wollen das demokratische Grundrecht auf
672 Versammlungsfreiheit so wenig wie nötig einschränken. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild anderer
673 Bundesländer ein liberales Landesversammlungsgesetz erarbeiten. So schaffen wir mehr Vertrauen in eine
674 bürgernahe Polizei.

C-6NEU Direkte Demokratie und Mitbestimmung stärken

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

662 Die direkte Demokratie in Brandenburg hat es im Ländervergleich immer noch besonders schwer. Wir
663 wollen die Themenausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie
664 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -entscheiden eine
665 Kampagnenkostenersatzung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Über Privatisierungen von Landeseigentum
666 mit landesweiter Bedeutung, die im Parlament keine Zwei-Drittel-Mehrheit gefunden haben, soll es
667 obligatorisch einen Volksentscheid geben. Ausgeschlossen sind dabei Privatisierungen, die aus
668 Entscheidungen höherer Ebenen resultieren. Termine von Abstimmungen und Wahlen wollen wir
669 weitestgehend zusammenlegen. Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadtelebene zulassen,
670 wenn die Begehren sich lediglich auf diese beziehen.

671 Auch die parlamentarische Demokratie wollen wir für Bürgerbeteiligung öffnen. Dafür sollen auf einem
672 Beteiligungsportal zentrale Gesetzesentwürfe der Regierung offen kommentiert werden können. Das
673 zuständige Ministerium soll nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme abgeben, die auf
674 dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und Bürgerpanels,
675 Runden Tischen, World-Cafés u.a. sollen Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger
676 einbezogen und die Gesetzesentwürfe diskutiert und Vorschläge und Hinweise gesammelt werden. Ein*e
677 Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung soll das Ganze verantworten und potentiell Interessierte aktiv auf
678 laufende Beteiligungsverfahren hinweisen.

C-7NEU2 Transparenzgesetz einführen, Informationen zugänglich machen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

664 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um
665 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch
666 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur
667 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen
668 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, IFG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem
669 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle
670 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit
671 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft) sollen in offenen, maschinenlesbaren
672 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar
673 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von
674 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

C-8NEU Nachhaltige Finanzen für das Land und die Kommunen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

665 Schulden schränken die finanzielle Handlungsfähigkeit ein, da ein Teil der vorhandenen Mittel in der
666 Zinszahlung gebunden werden. In guten Zeiten müssen deshalb Schulden getilgt werden, um die
667 Handlungsfähigkeit der nachkommenden Generationen nicht über die Maßen einzuschränken. Wir wollen
668 die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern und Regeln aufstellen, nach denen die
669 aufgelaufenen Schulden planmäßig abgebaut werden.

670 Auch ausbleibende Investitionen belasten zukünftige Generationen, wenn erst einmal der aufgelaufene
671 Investitionsstau aus der Vergangenheit abgearbeitet werden muss. Im Moment zehrt das Land vom
672 aufgebauten Vermögen, während der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt dramatisch gesunken ist.
673 Wir wollen das Landesvermögen inventarisieren und den Werteverzehr transparent machen.

674 Um die kommunale Ebene ausreichend zu finanzieren, streben wir eine Neuordnung des kommunalen
675 Finanzausgleichs in Brandenburg an. Wir wollen uns stärker am Bedarf orientieren und soziale Aspekte wie
676 zum Beispiel die Anzahl von Bedarfsgemeinschaften bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen
677 wesentlich stärker berücksichtigen. Die investiven Schlüsselzuweisungen wollen wir auf hohem Niveau
678 stabilisieren, damit auch finanzschwache Städte und Gemeinden Zukunftsinvestitionen tätigen können.
679 Außerdem wollen wir die Kontrolle über die Kommunalen Finanzen wieder dem Landesrechnungshof
680 übertragen.

C-9NEU2 Marktmacht der öffentlichen Hand nutzen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

668 Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen sind mit weit über drei Milliarden Euro
669 Vergabevolumen pro Jahr wichtige Auftraggeber. Damit kann die öffentliche Hand Vorreiterin einer
670 nachhaltigen Entwicklung sein. Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht so gestalten, dass Arbeit
671 gerecht bezahlt wird. Die Höhe des Mindestlohns darf sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren,
672 sondern muss es auch ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Wir begrüßen eine deutliche
673 Erhöhung des Mindestlohns. Wir richten unabhängige Ombudsstellen ein, die sowohl die
674 Arbeitnehmer*innen als auch die Arbeitgeber*innen beraten, um Trickereien beim Mindestlohn
675 zurückzudrängen.

676 Bei öffentlichen Aufträgen sollen ökologische Kriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich
677 vorgeschrieben werden. Im Rahmen einer Nullemissionsstrategie sollen nur noch klimaneutrale Produkte,
678 wie Strom aus Erneuerbaren Energien, Busse und Dienstwagen mit E-Motor, Biogas- oder
679 Wasserstoffantrieb, erworben werden. Stehen solche Produkte noch nicht oder nicht ausreichend zur
680 Verfügung sollen anteilig Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Moorfuture, Atmosfair) finanziert werden.

681 Auf den Prüfstand kommen auch die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten
682 Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder
683 nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch
684 verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.

C-10NEU Brandenburgs Beitrag zu Frieden und Entwicklung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

671 Wir wollen die Förderung der Internationalen Luftfahrtaustellung (ILA) beenden, da dort Militärausrüstung
672 im großen Stil zur Schau gestellt wird. Das eingesparte Geld wollen wir zum Aufbau einer kleinen
673 Friedensakademie wie in Rheinland-Pfalz nutzen. Dort wollen wir die vielen verschiedenen
674 friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzen, Kurse für Friedensfachkräfte anbieten und
675 anwendungs- und lösungsorientierte Friedensarbeit leisten. Dabei wollen wir auch Umweltkatastrophen
676 und Klimakrise als Konfliktursachen thematisieren.
677 Nach dem Vorbild einiger Bundesländer wollen wir in Absprache mit dem Bundesministerium für
678 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine konkrete und breit aufgestellte
679 Entwicklungspartnerschaft mit einer zu bestimmenden Region aufbauen. Etablierte Verbindungen und
680 Vorleistungen wollen wir fortentwickeln und mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung
681 Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., dem entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg,
682 zusammenarbeiten. Ziele sind z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren
683 Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische
684 Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des
685 Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Müncheberg und des Deutschen Instituts für
686 Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.

C-11 Die Hälfte der Macht den Frauen – Parität in den Parlamenten und in Führungspositionen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

673 Wir fordern: Die Hälfte der Macht den Frauen – in der Politik, in der Verwaltung, in der Wissenschaft und in
674 der Wirtschaft. Damit haben wir innerhalb unserer Partei Erfahrung: Frauenquote, Doppelspitze und
675 Frauenstatut gehören bei uns seit der Gründung von Bündnis 90/Die Grünen dazu. Mit der Einbringung
676 unseres Paritégesetzes wollen wir erreichen, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung, in
677 allen gewählten Gremien der Politik Brandenburgs (Landtag, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen,
678 Gemeindevertretungen) vertreten sind. Für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, das einen
679 Frauenanteil von 50 Prozent für die Landes- und Kommunalverwaltungen und eine entsprechende Quote
680 für Aufsichtsgremien und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, vorsieht, fordern wir klare
681 zeitliche Zielvorgaben. Bei allen durch das Land geförderten Programmen in Wirtschaft und Kultur, z.B.
682 Wirtschaftsförderung oder Medienboard Berlin-Brandenburg, wollen wir die Förderung an die Vorlage von
683 Frauenförderplänen und gleiche Bezahlung für Frauen koppeln.

C-12 Zuflucht und Hilfe vor Gewalt für Frauen und Kinder

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.09.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

674 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Die Dunkelziffer ist hoch, oft werden Frauen
675 allein gelassen. Beim Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter und häuslicher Gewalt wollen wir
676 deutlich mehr tun. Polizei und Justiz müssen umfassender geschult und weitergebildet werden als bisher.
677 Wir setzen uns dafür ein, dass Opfer von Sexualstraftaten in allen Krankenhäusern die Möglichkeit
678 erhalten, die Spuren sichern und anonymisiert verwahren zu lassen, ohne direkt Anzeige zu erstatten.
679 Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den ländlichen Räumen erreichbar
680 sein. Wir wollen alle Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen in Brandenburg erhalten und die
681 Kommunen besser in die Lage versetzen, sie verlässlich zu finanzieren. Dazu gehört auch ein Konzept, wie
682 die Kommunen die Frauenhäuser mit mehr Personal ausstatten können. Insbesondere wollen wir, dass
683 mehr in die qualifizierte Betreuung der dort mit zufluchtsuchenden Kinder investiert wird. Wir setzen uns
684 darüber hinaus für ein ausreichendes Angebot an Sprachmittlung und den kultursensiblen Umgang mit
685 geflüchteten Frauen ein. Die Koordinierungsstelle des Netzwerks Brandenburgischer Frauenhäuser und
686 Kampagnen wie "rosaROT" unterstützen wir.

C-13NEU3 Diskriminierung beenden, Homo- und trans*phobe Gewalt bekämpfen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

675 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*)
676 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Menschen, die wegen ihrer
677 (vermuteten) sexuellen oder geschlechtlichen Identität Beleidigungen, Schmähungen oder sogar tätliche
678 Übergriffe erleben, leiden häufig erheblich unter den physischen und psychischen Folgen. Die bestehenden
679 Beratungsstrukturen für Opfer trans*-und homophober Gewalt wollen wir daher stärken und landesweit
680 ausbauen. Um Betroffenen den Kontakt zur Brandenburger Polizei und zur Staatsanwaltschaft zu
681 erleichtern, wollen wir dort hauptamtliche Ansprechpersonen für die Belange der LSBTTIQ* schaffen.
682 Wir wollen die in Brandenburg eingerichtete Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) stärken. Diese soll
683 mit mindestens einer bzw. einem hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten besetzt werden.
684 In einem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) nach Berliner Vorbild wollen wir alle Fragen regeln, die
685 in die Zuständigkeit des Landes fallen, z.B. Diskriminierung im Bereich der Polizei und an den Schulen.
686 Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, wollen wir verlässlich und dauerhaft
687 unterstützen.
688 Geflüchteten, die in ihrer Heimat wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden,
689 wollen wir in Brandenburg ein Zuhause bieten und dafür die entsprechenden Richtlinien zur Aufnahme von
690 Asylsuchenden modifizieren. In bestehenden Unterkünften und in Notfall- bzw. Übergangswohnungen
691 wollen wir Schutzräume für besonders Schutzbedürftige einrichten.

C-14 Inklusive Gesellschaft – Teilhabe für alle!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

678 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Hindernissen und Vorurteilen sowie
679 Diskriminierungen ist – eine Gesellschaft, an der alle teilhaben können, Menschen mit Behinderung
680 genauso wie alle anderen auch. Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen
681 voranbringen: durch die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Fördermöglichkeiten und durch
682 Bewusstseinsbildung. Das Thema Inklusion muss als Querschnittsaufgabe im Land Brandenburg sowie in
683 den Kommunen verankert sein. Das Land soll durch Empfehlungen zur Sozialraumentwicklung die
684 Kommunen unterstützen. Dabei geht es nicht nur um den Abbau baulicher Barrieren, sondern auch um
685 kommunikative und soziale Barrieren. Wir wollen Politik verständlicher für alle machen. Deshalb wollen
686 wir bei öffentlichen Informationen sowie bei Anträgen und Formularen für Übersetzungen in leichte
687 Sprache sorgen und Kommunen und Verbände dazu beraten. Das vom Land gezahlte Pflegegeld müssen
688 alle Menschen erhalten, auch wenn sie in Heimen oder ähnlichen Einrichtungen leben. Wir setzen uns
689 dafür ein, dass es mehr Alternativen zur Heimunterbringung gibt, zum Beispiel inklusive Wohnkonzepte. Zu
690 einem selbstbestimmten Leben gehört auch, selbst zu entscheiden, wie und wo man leben, arbeiten oder
691 zur Schule gehen möchte. Wir möchten eine echte Teilhabe für alle Menschen ermöglichen und sehen
692 daher großen Nachbesserungsbedarf beim Bundesteilhabegesetz und der Umsetzung in Brandenburg.

C-15NEU Neue Wege in der Sucht- und Drogenpolitik – Cannabis legalisieren

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

679 Wir wollen eine grundlegende Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention,
680 Entkriminalisierung und die Minimierung von Gesundheitsrisiken. Die Regulierung von Drogen soll sich an
681 den tatsächlichen Risiken orientieren. Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und -konsum aus dem
682 rechtsfreien Raum in die staatliche Kontrolle holen. Bisher beschert der Schwarzmarkt der organisierten
683 Kriminalität hohe Gewinne, Streckmittel und unklarer Wirkstoffgehalt sind ein hohes Risiko für
684 Konsumierende. Mit einem Cannabismodellprojekt wollen wir die legale Abgabe an volljährige
685 Konsument*innen ermöglichen und dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben. Entsprechend der Berliner
686 Rechtslage soll das Mitführen von bis zu 10 bzw. 15 Gramm Marihuana nicht mehr strafrechtlich verfolgt
687 werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine generelle Streichung von Cannabis aus dem
688 Betäubungsmittelgesetz. Wir wollen eine umfassende Ausweitung und Verbesserung präventiver und
689 therapeutischer Angebote an Kitas, Schulen und im Freizeitbereich durch mehr qualifiziertes Personal.
690 Werbung für Drogen – somit auch Werbung für Alkohol und Tabak – wird von vielen Minderjährigen
691 wahrgenommen und steuert der Prävention aktiv entgegen. Das Land Brandenburg soll sich daher für ein
692 generelles Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung einsetzen. Da sich der Konsum illegaler Drogen nie
693 hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir Drugchecking, also die anonyme Überprüfung von
694 chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen und somit die Gesundheitsrisiken senken.

C-16NEU Europa vor Ort erfahrbar machen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

680 Wir stehen zu Europa. Wir wollen Europa für die Brandenburger*innen erfahrbar machen. Dafür wollen wir
681 in allen Regionen, vorzugsweise in den kreisfreien Städten und in den Kreisstädten, in zentral gelegenen
682 Ladenlokalen Anlaufstellen, sogenannte „One-stop-shops“ einrichten. Hier stehen kompetente
683 Ansprechpartner*innen zur Verfügung, die auf alle Fragen rund um Europa eine Antwort geben können,
684 egal ob es sich um Fördermöglichkeiten oder Erasmusprogramme handelt. Die „One-Stop-Shops“ können
685 auch die Funktion eines Willkommens-Centers für EU-Bürger*innen erfüllen, die sich in Brandenburg
686 niederlassen wollen und einen Arbeitsplatz suchen. Sie bieten Hilfe bei allen notwendigen Formalitäten: bei
687 der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, bei der Vermittlung von Sprachkursen und
688 Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder Rechtsfragen. Gleichzeitig wollen wir, dass die
689 Brandenburger Kommunen in Brüssel besser vertreten sind. Deshalb wollen wir in der Landesvertretung in
690 Brüssel eine Informations- und Kontaktstelle einrichten, die u.a. regelmäßig einen Newsletter herausgibt,
691 um die Brandenburger Kommunen über alle europapolitisch relevanten Fragen und Ausschreibungen zu
692 informieren. Wir wollen den Austausch zwischen Kommunalpolitiker*innen und
693 Verwaltungsmitarbeiter*innen aus Brandenburg und den anderen Ländern Europas konsequent ausbauen
694 und erleichtern. Daher setzen wir uns für den entsprechenden Ausbau des ERASMUS-Programms ein.

C-17NEU Herz statt Hetze – Demokratie und weltoffene Gesellschaft stärken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

681 Hass und Hetze im Netz und auf der Straße: Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen und ihr
682 Gedankengut nehmen in erschreckender Weise zu und werden hoffähig. Wir streiten für eine weltoffene
683 Gesellschaft und treten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen. Wir
684 wollen unsere Demokratie im Widerstand gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
685 stärken. Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch
686 Rechtsextreme gewappnet sind. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD müssen dringend vom
687 Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten
688 Verfassungsschutz kritisch gegenüber und wollen einen grundlegenden Neustart. Aber so lange es ihn gibt,
689 muss er auch seine Aufgaben erfüllen und die parlamentarische Kontrolle muss sichergestellt sein.
690 Mitglieder und ihre Mitarbeiter*innen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) müssen
691 umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen. Das V-Leute-System lehnen wir
692 ab. Es kann nicht sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die
693 verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für
694 Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen
695 wir deutlich und dauerhaft aufstocken.